



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Oliver Schulte, Sebastian Franz, Stefan Rößle, Markus Ferber, Christoph Göbel, Josef Mederer und Michael Kießling.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Europa beginnt in den Kommunen

Ein eindringliches Plädoyer für ein Europa, das durch starke Regionen getragen wird, gab der CSU-Europaabgeordnete und wirtschaftspolitische Sprecher der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Markus Ferber, im Rahmen der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München unter der Leitung des Vorsitzenden Stefan Rößle ab. „Die Subsidiarität bleibt für uns Leitprinzip“, unterstrich Ferber und bekannte sich deshalb zu „Mehr Europa im Großen und weniger Europa im Kleinen“.

„Europa ist in unserem Alltag omnipräsent“, so der Bobinger Europaabgeordnete. Als sechstgrößte Volkswirtschaft der EU und als exportorientiertes Land profitiert der Freistaat enorm vom freien Handel und einem starken Europa: Jeden zweiten Export-Euro verdient er durch den Handel mit EU-Partnern.

EU-Fördermittel

Die Förderung Deutschlands aus europäischem Struktur- und Investitionsfonds beträgt von 2021 bis 2027 rund 21 Mrd. Euro. 6 Mrd. Euro jährlich erhält die deutsche Landwirtschaft als Direktzahlung. Über 8.000 Forschungsprojekte von 16.500 Forschern werden durch die EU unterstützt. EU-Fördermittel gehen an Dörfer, Gemeinden, Städte, Landkreise und Regionen für Dorferneuerung, Stadtentwicklung und innovative Projekte. Kleinere und mitt-

lere Unternehmen profitieren von Hilfen, Darlehen und Bürgschaften.

Gemeinsame Lösungen

„Viele Herausforderungen unserer Zeit können nur gemeinsam mit den europäischen Partnern gelöst werden. Städtepartnerschaften sind ein wichtiger Teil dieser Zusammenarbeit“, betonte Ferber. Für sie bestehe seit vielen Jahren die Möglichkeit, sich für EU-Gelder zu bewerben. Das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel diene dabei als wichtiger Ansprechpartner.

Kompromiss zur Asylreform

Nach jahrelangem Ringen hat das EU-Parlament einen Kompromiss zur Asylreform zugestimmt. Künftig sollen mit Hilfe der neuen Regelungen schnellere Abschiebungen ermöglicht werden. Ferber zufolge bedarf es sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene weiterer Schritte, um der illegalen Migration in die EU und insbesondere nach Deutschland Einhalt zu gebieten. Bereits an der Außen- grenze zu erfassen, ob ein Asyl- antrag überhaupt eine Aussicht auf Erfolg hat, sei ebenso vonnöten wie die Umsetzung des Konzepts sicherer Drittstaaten bei Asyl, der Abschluss von Abkommen mit Transit- und Herkunftsstaaten wie zuletzt zwischen der EU und Ägypten sowie eine möglichst weitgehende Angleichung von Standards bei der Versorgung Schutzbedürftiger in der gesamten EU.

Da die Rückführung von Flüchtlingen sich grundsätzlich schwierig gestalten würde, wäre es aus Ferbers Sicht sinnvoll, Rücknah- meabkommen nicht mit den

Herkunftsländern, sondern den Flüchtlingsländern zu schließen. Insgesamt müsse für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten gesorgt werden, damit nicht nur einige wenige EU-Länder die Hauptlast tragen müssen.

Kommunen am Limit

„Klar ist auch: Die jetzt beschlossene Reform der EU-Asylregeln wird frühestens erst in zwei Jahren Wirkung entfalten“, erläuterte der CSU-Europaabgeordnete. Von einer schnellen Lösung könne keine Rede sein. Nach fast zwei Jahren Migrationskrise seien die deutschen Kommunen jedoch längst am Limit. Die Bundesregierung müsse endlich die illegale und unkontrollierte Migration als Si-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gewinner des Wettbewerbs „Land.Dorf.Zukunft“:

Fit für kommende Generationen

Die diesjährigen Gewinner des Wettbewerbs „Land.Dorf.Zukunft“ stehen fest. Die für die Ländliche Entwicklung zuständige Staatsministerin Michaela Kaniber wird am 17. Oktober in der Münchner Residenz für vorbildliche Projekte der Ländlichen Entwicklung zehn Staatspreise sowie einen Innovationspreis verleihen. Die Staatspreise sind mit jeweils 5.000 Euro dotiert, der Innovationspreis mit 2.500 Euro.

In der Kategorie „Umfassende Leistungen für Dörfer und Gemeinden“ geht der Staatspreis 2024 an die Dorferneuerung Kößlarn (Landkreis Passau), an die Dorferneuerung Heidenheim (Lkr. Weißenburg-Gunzenhausen) und an die Integrierte Ländliche Entwicklung (ILE) Iller-Roth-Biber (Lkr. Neu-Ulm).

Schmuckstück Ortskern

Den Bürgerinnen und Bürgern des Marktes Kößlarn ist es dank ihrer Ausdauer, Hingabe und Hartnäckigkeit gelungen, ihren Ortskern in ein Schmuckstück zu verwandeln und den Markt für die Herausforderungen der Zukunft zu wappnen. Ein neu gestalteter Dorfplatz, ein Nahwärmenetz, eine Senioren-Tagespflege und mustergültige Privatsanierungen machen die Kommune lebens- und sehenswert.

Während der Dorferneuerung nahmen die Heidenheimer ihre Häuserfassaden in Angriff, begrünten einen Fußweg mit Blick auf das Münster und legten eine Blühwiese mit Lümmelbank sowie Totholzhaufen an. Ein of-

Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags:

Landkreise zwischen Baum und Borke

Die Themen Kreishaushalte, Krankenhausreform und Deutschlandticket bestimmten die Präsidiumssitzung des Deutschen Landkreistags im Landkreis Oberspreewald-Lausitz. Mit Blick auf die schwierige Finanzsituation stellte DLT-Präsident Reinhard Sager fest: „Die kommunale Ebene hat im vergangenen Jahr mit einem Defizit von etwa 6 Milliarden Euro abgeschlossen. Vor allem die stark steigenden Ausgaben machen den Städten, Landkreisen und Gemeinden zu schaffen. Die Lage der Kreisfinanzen ist mit einem Defizit von ca. 2 Milliarden Euro ebenso besorgniserregend und bleibt es selbst nach den Prognosen des Bundesfinanzministeriums auch für die kommenden Jahre.“

Gerade die Kreishaushalte seien alles andere als krisenfest, denn die Landkreise hätten keine eigenen Steuereinnahmen und seien bei der Erhebung der Kreisumlage durch ein Rücksichtnahmegebot gegenüber den Gemeinden begrenzt. „Um dieses Dilemma aufzulösen, unterstützt der Deutsche Landkreistag den Gang der Landkreise Mansfeld-Südharz und des Salzlandkreises vor das Bundesverfassungsgericht. Eine andere Möglichkeit sehen wir nicht“, machte Sager deutlich.

Kostendynamik

Der düstere Befund der stark steigenden Ausgaben treffe insbesondere für die 294 Landkrei-

se zu: Hohe Personalausgaben, steigende Sachaufwände, ein üppiger Tarifabschluss und vor allem die Sozialausgaben seien die wesentlichen Kostentreiber. Gerade bei den Ausgaben für – ukrainische und andere – Geflüchtete hätten es die Landkreise aktuell mit einer wachsenden Kostendynamik zu tun: „Unsere Kernforderung nach einer vollständigen Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge durch den Bund ist noch immer unerfüllt.“

Fünf Milliarden Euro mehr für die Unterbringung

Allein hier geht es 2022 und 2023 zusammen um 5 Milliarden Euro. Nur so können die be-

troffenen Landkreise, die die Unterbringung leisten, unmittelbar von den damit verbundenen Kosten entlastet werden“, erklärte der DLT-Präsident.

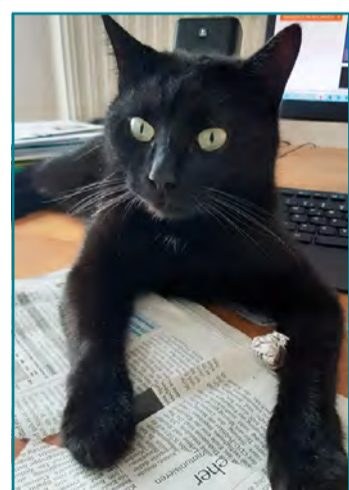
Kreise haben keine eigenen Steuereinnahmen

Für die Landkreise komme erschwerend hinzu, dass sie keine eigenen Steuereinnahmen haben und zudem bei der Erhebung der Kreisumlage durch das Bundesverwaltungsgericht sehr reglementiert seien. Sager zufolge „fordern wir deshalb, die Widerstandsfähigkeit der kommunalen Haushalte, insbesondere der Kreishaushalte gezielt politisch anzugehen. Dazu bedarf es einer Aufstockung der originären kommunalen Steuereinnahmen durch einen erhöhten Umsatzsteueranteil, die gezielt den Landkreisen zugutekommen sollte. Dabei muss man sich aber vom bisherigen wirtschaftsbezogenen Verteilungsmaßstab lösen und die Mittel nach Einwohnern verteilen.“

Verzwickte Lage

Wie der Verbandschef erläuterte, müssten die Landkreise einerseits in Anbetracht ih-

(Fortsetzung auf Seite 2)



„Es hat ja ganz vielversprechend angefangen“, denkt Pino, der Rathauskater, über den Zustand unserer Bundeswehr nach. Die Zwischenbilanz hält er für ernüchternd. Seite 13

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Stärkung des Kongressstandorts Bayern	2
Heimat.Erlebnistag 2024	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Kommunalpolitischer Wahlauftrag zur Europawahl 2024	3
OB-Barometer 2024: Kommunale TOP-Themen In wenigen Schritten zur Kur	3
Kommunale Entwicklungszusammenarbeit	4-6
Kommunale Abfall- und Umweltthemen	7-8
Kommunale Bauthemen	9-10
Kommunale Verkehrsthemen	10-11
Aus den bayerischen Kommunen.	12-14

Bayerischer Ministerrat:

Stärkung des Kongressstandorts Bayern

2023 war ein Erfolgjahr für den bayerischen Tourismus. Zum zweiten Mal überhaupt wurde die magische Grenze von 100 Millionen Gästeübernachtungen überschritten. Der Tourismus in Bayern steht für gut 28 Milliarden Euro Wertschöpfung (Gesamtumsatz 48 Milliarden Euro) und rund 550.000 Erwerbstätige. Auf ihn entfallen sieben Prozent aller Arbeitsplätze im Freistaat. „Auf dieser beachtlichen Bilanz bauen wir auf und entwickeln den Tourismus weiter“, informierte Staatsministerin Michaela Kaniber im Rahmen einer Kabinettsitzung.

Handlungsansätze sieht die Staatsregierung dabei unter anderem in den Bereichen Digitalisierung und im Einsatz von künstlicher Intelligenz. Wichtigstes Vorhaben ist hier die Bayern-Cloud Tourismus, ein weiterer Baustein ist die digitale Besucherlenkung. Durch die Eingliederung des Tourismus in das Bayerische Landwirtschaftsministerium sieht die Staatsregierung große Chancen, weitere Synergieeffekte zu heben. Gerade im Bereich der regionalen Produktvermarktung gibt es vielversprechende Potenziale. Auch im Bereich des Agritourismus werde Bayern erhebliche Synergieeffekte realisieren, zeigte sich Kaniber überzeugt.

Tourismusförderung

Im Bereich der Tourismusförderung plant der Freistaat Ausgabemittel in Höhe von 48,6 Millionen Euro pro Jahr im Doppelhaushalt 2024/25, um den Tourismus zu stärken und Wachstumschancen wie etwa im Gesundheitstourismus zu nutzen.

Da der Freistaat einen hervorragenden Ruf als Geschäftsreisestdestination genießt, sieht Bayern laut Kaniber einen Chancenmarkt beim Geschäftstourismus. Da das Potenzial in diesem Bereich in den vergangenen Jahren jedoch nicht immer voll ausgeschöpft worden sei, soll eine Initiative für Bayerns Kongresswirtschaft auf den Weg gebracht werden. Ziel ist es, im Wettbewerb der Destinationen wieder aufzuschließen und gleichzeitig eine Pionier-Rolle zu übernehmen. Der Freistaat ist das erste deutsche Flächenland, das entsprechende Maßnahmen auf den Weg bringt und damit das erste Land, das Städte und ländliche Regionen bei der Kon-

gressakquisition gleichermaßen unterstützt. In den vergangenen letzten Jahren hätten zahlreiche Standorte im In- und Ausland die Anwerbung von Kongressen finanziell unterstützt und damit auch zu ihren Gunsten beeinflusst, berichtete Kaniber und stellte klar: „Wir wollen hier nicht tatenlos zuschauen. Unsere neue Initiative ist der richtige Weg, damit Bayern als Kongressstandort auch zukünftig in der höchsten Liga spielt.“ In den kommenden fünf Jahren sei ein finanzielles Engagement des Freistaats in Höhe von 25 Millionen Euro geplant.

Gefördert werden können Kongresse und Tagungen, die bis Ende 2029 stattfinden. Projektträger ist die Bayern Innovativ GmbH mit Sitz in Nürnberg. Die Beteiligten wickeln die Verfahren vollelektronisch ab, um den bürokratischen Aufwand für alle Seiten gering zu halten. Voraussichtlich ab dem 22. Juli können Anträge für die Kongressförderung gestellt werden.

Festbetragsfinanzierung

Die Projekte fördert der Freistaat mit einer Festbetragsfinanzierung, gestaffelt nach Teilnehmerzahl und Veranstaltungsdauer, mit Förderzuschlägen für internationale Veranstaltungen und solche in der Kongress-Nebensaison. Dabei können geschlossene Fachveranstaltungen mit mindestens 300 Teilnehmern und einer Dauer von mindestens zwei Tagen eine Förderung erhalten. Entsprechende Veranstaltungen müssen entweder grundsätzlich neu konzipiert sein oder als etabliertes Format erstmals wieder in Bayern stattfinden.

Vermehrt Kongresse in Bayern

„Die vermehrte Ausrichtung von Kongressen in Bayern erhöht die touristische Nachfrage vor Ort und bringt Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Hotels, Gaststätten, Handel und touristische Dienstleister werden unmittelbar von dieser Entwicklung profitieren. Kongressförderung ist effektive Wirtschaftspolitik“, unterstrich die Ministerin. Kongresse fungierten als Keimzelle für neue Ideen, trügen maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei und seien Motor für wissenschaftlichen Fortschritt. Mit der neuen Initiative würden somit drei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. **DK**

Zur Europawahl:

Fünf Millionen Wahlbenachrichtigungen

Die AKDB druckt seit Jahren bei allen Wahlen auf EU-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene die Wahlbenachrichtigungen. Im Vorfeld der diesjährigen Europawahl erhalten mehr als fünf Millionen Menschen Wahlbenachrichtigungsbriefe von der AKDB.

Eine anspruchsvolle Aufgabe, diese Herausforderung in einem eng begrenzten Zeitfen-

ter technisch zu meistern. 10,4 Millionen bayerische Bürgerinnen und Bürger sind am 9. Ju-

ni wahlberechtigt – so viele wie niemals zuvor, denn hier macht sich die Herabsetzung des Mindestwahlalters auf 16 Jahre bemerkbar. Mehr als die Hälfte davon erhalten ihre Einladung zur Wahl durch die AKDB: Im Druck- und Kuvertierzentrum in Bayreuth werden derzeit rund um die Uhr über fünf Millionen Wahlbenachrichtigungen gedruckt und kuvertiert. Die Systeme produzieren ins gesamt bis zu 60.000 Seiten und bis zu 20.000 Briefe pro Stunde. Das geschieht wieder mit Hilfe von Hightech-Produktionslaserdruckern, Hochleistungskuvertiermaschinen – und vor allem hochmotivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Dreischichtsystem. Diese leisten damit einen wichtigen Beitrag zur erfolgreichen Durchführung demokratischer Wahlen.

Hohe Briefwahlquote

Ende April wurden der Deutschen Post im Bayreuther Briefzentrum die ersten Benachrichtigungen für die Zustellung übergeben. Peter Leicht, Leiter des Briefzentrums der Deutschen Post AG und DHL in Bayreuth, sagte bei einem gemeinsamen Pressetermin mit Vertretern der AKDB: „Wir haben uns auf den Auftrag intensiv vorbereitet und sind uns unserer Verantwortung bewusst. Dabei freuen wir uns über die erneute sehr gute Zusammenarbeit mit der AKDB.“ Markus Förster, AKDB-Dienststellenleiter Bayreuth und Abteilungsleiter Rechenzentrums-Services und Partnermanagement, bestätigt:

(Fortsetzung von Seite 1)

„Gemeinsam mit der Deutschen Post nehmen wir die Herausforderung an, in kurzer Vorlaufzeit die Wahlbenachrichtigungsbriefe zu drucken, zu kuvertieren und der Post zu übergeben. Innerhalb von nur drei Wochen kommen insgesamt 5,3 Millionen Wahlbenachrichtigungsbriefe aus dem Druck- und Kuvertierzentrum der AKDB. Die intensive Planung und gute Abstimmung mit der Deutschen Post sind uns dabei sehr wichtig.“

Ablehnung der Krankenhausstrukturreform

Rundum abgelehnt wird vom Deutschen Landkreistag die Krankenhausstrukturreform in der derzeitigen Form. Befürchtet wird ein Kahlschlag bei den stationären medizinischen Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen, wenn der vorliegende Gesetzentwurf beschlossen werden sollte. Aus Sagers Sicht müssen die Krankenhäuser zunächst in ihrem Bestand gesichert werden. Hierzu bedürfe es einer zusätzlichen, umfassenden Liquiditätssicherung und einer massiven Erhöhung des Landesbasisfallwerts. Erst dann könne es um eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur gehen, für die die Bundesregierung zügig eine Auswirkungsanalyse vorlegen muss.

Für den Präsidenten ist das grundsätzliche Problem der Krankenhausreform, im Mo-

ment eine „Black Box“ zu sein. Liest man den vorliegenden Entwurf, sei man danach kaum schlauer. „Die entscheidende Frage für uns ist, was die vorgeschlagenen Maßnahmen ganz konkret für die Städte, Landkreise und ihre Krankenhäuser bedeuten. Diese Antwort ist der Bund noch schuldig. Es gibt im Moment keine Analyse, was aber für ein so in die Lebenswirklichkeit der Menschen einschneidendes Gesetz selbstverständlich sein sollte.“

Die Versorgung in der Fläche müsse nach wie vor aufrechterhalten werden. „Es darf unter keinen Umständen zum Regelfall werden, dass das nächste voll ausgestattete Krankenhaus 80 Kilometer weit weg ist. Im Moment ist dieses Szenario nicht ausgeschlossen. Gerade in dünn besiedelten Landkreisen braucht es Krankenhäuser, in denen man auch mit kleineren Beschwerden ambulant versorgt wird.“

Freiheit bei den Krankenhausplanungen

In den ländlichen Räumen gebe es sehr leistungsfähige Krankenhäuser, die fachlich ebenso wie Häuser in Ballungsräumen in der Lage seien, zusätzliche medizinische Leistungen zu übernehmen. „Die darf man nicht schließen und Spezialbehandlungen nur noch in Großstadt-Kliniken anbieten. Das ginge an den Bedürfnissen der Menschen vorbei. In den Landkreisen leben schließlich 68 Prozent der deutschen Bevölkerung“, verdeutlichte Sager. Die Länder benötigten deshalb Freiheit in der konkreten Ausgestaltung über die Krankenhausplanungen, sonst drohe die Reform auf jeden Fall zulasten der ländlichen Räume zu gehen.

Berücksichtigung der Vorhaltekosten

Die stärkere Berücksichtigung von Vorhaltekosten bei der Finanzierung sei demgegenüber ein richtiger Ansatz. Die tatsächliche Ausgestaltung lasse allerdings nicht erwarten, dass es dadurch zu wesentlichen Verbesserungen gerade für Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung kommen werde. „Das Problem ist, dass es kaum Veränderungen für bedarfsnotwendige, aber besonders belastete Krankenhäuser in der Fläche geben wird. Die Vorhaltepauschalen müssten deshalb, um einen wirklichen Effekt zu haben, einen sehr viel höheren Anteil an der Finanzierung ausmachen.“

Mit Blick auf die Liquiditätshilfen von bis zu 6 Mrd. Euro, die im Rahmen des Krankenhaustransparenzgesetzes zugesagt worden sind, erklärte der DLT-Präsident: „Wir können nicht nachvollziehen, wie der Bund auf diese Summe kommt. Denn diese Mittel werden nicht ausreichen, um einen kalten Strukturwandel zu verhindern. Der unkontrollierte Wegfall von Kliniken und Versorgungsleistungen muss aber unbedingt vermieden werden.“

Allein die Landkreise müssten nach Schätzungen des Deutschen Landkreistags heuer 3 Mrd. Euro aufbringen, um als Krankenträger ihre Kliniken – also nicht private oder frei gemeinnützig betriebene – zu stützen. „Wir müssen Zeit gewinnen, um mit einer wohl überlegten und gesteuerten Strukturreform die Situation zu verbessern und nicht voreilig Porzellan zu zerschlagen“, so Sager.

Mit zahlreichen Baustellen sehen sich die Landkreise auch beim Deutschlandticket konfrontiert. Sowohl bei der Einnahmeaufteilung als auch beim Defizitausgleich gehe es nicht

voran und es müsse weiterhin auf Sicht gefahren werden. Wie das endgültige Finanzierungssystem aussieht, sei ebenfalls unklar. Präsident Sager zufolge „ist das für die Kunden, die kommunalen Aufgabenträger und die Verkehrsunternehmen ein unzumutbarer Zustand, der schleunigst beendet werden muss. Wir brauchen einen verlässlichen und auf Dauer angelegten Rechtsrahmen, der die deutschlandweite Anwendbarkeit des Tickets sicherstellt und Planungssicherheit schafft. Das gilt insbesondere für die finanziellen Fragen.“

Nachdem das Deutschlandticket zum 1.5.2023 gestartet ist, sei es weiterhin in seinen wesentlichen Bestandteilen ein Provisorium. „Bei der Aufteilung der Einnahmen des Tickets verharren wir immer noch in der ersten Stufe, bei der jeder seine jeweiligen Erlöse behält. Das ist kein Dauerkonstrukt, sondern muss erst noch ein belastbares System werden. Bislang sind die damit einhergehenden Verwerfungen vor Ort noch nicht spürbar, aber künftig werden auf diese Weise die Anreize gehemmt, den ÖPNV weiter auszubauen, da die Einnahmen nicht vor Ort bleiben“, stellte Sager fest und forderte, umgehend in die zweite Stufe der Einnahmeaufteilung nach Postleitzahlen einzusteigen.

Auch der Defizitausgleich, der bei dem auf 49 Euro begrenzten Preis an Bedeutung gewinnt, sei trotz vieler Bund-Länder-Gespräche eine weiterhin ungelöste Frage. Gesetzlich geregelt sei bislang nur, dass Bund und Länder bis 2026 jeweils 1,5 Mrd. Euro pro Jahr für den Ausgleich der Mindereinnahmen bereitstellen. Lediglich für 2023 bestand eine Nachschusszusage. „Weil das Ticket erst mitten im Jahr gestartet ist, hatten wir 2023 noch kein Finanzierungsproblem. Deshalb konnte auch im laufenden Jahr bislang auf eine Tarifanpassung verzichtet werden. Voraussetzung ist allerdings, dass die Restmittel aus 2023 für 2024 zusätzlich bereitgestellt werden, wofür die gesetzliche Grundlage nun zügig geschaffen werden muss.“

Für 2025 und darüber hinaus sei die Situation vollständig ungeklärt. „Das Risiko liegt nach derzeitiger Rechtslage damit weiterhin allein bei den kommunalen Aufgabenträgern. Denn infolge ihrer Tarifvorgabe gegenüber den Verkehrsunternehmen sind sie in vollem Umfang ausgleichspflichtig und können sich insoweit nicht auf einen Haushaltsvorbehalt berufen. Der einzige Ausweg aus kommunaler Sicht ist daher ein gesetzlicher Anwendungsbefehl in den ÖPNV-Gesetzen der Länder, aufgrund dessen die Länder den Aufgabenträgern gegenüber zum Ausgleich verpflichtet werden“, so Sager. Kommt dieser nicht, sei eine dauerhafte Teilnahme aller kommunalen Aufgabenträger an dem Deutschlandticket keinesfalls sichergestellt.

Auf Sicht fahren beim Deutschlandticket

Wie das endgültige Finanzierungssystem des Deutschlandtickets aussieht, sei insgesamt noch offen. Dazu gebe es derzeit nur eine grobe Vorstellung. In einer solchen Situation könne vorerst weiterhin nur „auf Sicht gefahren“ und die Tarifvorgabe seitens der Aufgabenträger nur jeweils befristet verlängert werden. „Das ist für alle Beteiligten höchst unbefriedigend und belastend. In Anbetracht der finanziell unsicheren Situation ist dieses Vorgehen der Aufgabenträger aber die vernünftigste Variante“, machte der DLT-Präsident abschließend deutlich. **DK**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Anton Drexler
Gemeinde Wiesenfelden
am 19.5.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Ludwig Biller
Gemeinde Weiherhammer
am 4.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Michael Cerny
Stadt Amberg
am 16.5.

Bürgermeister
Hubert Mangold
Gemeinde Schwaigen
am 17.5.

Bürgermeister Hans Henninger
Markt Flachslanden
am 22.5.

Bürgermeister Werner Langhans
Markt Wendelstein
am 25.5.

Bürgermeister Josef Loferer
Gemeinde Schleching
am 30.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Zita Baur
Gemeinde Fellen
am 19.5.

Bürgermeister
Alexander Greulich
Gemeinde Ismaning
am 24.5.

Bürgermeister
Erwin Gerstlacher
Gemeinde Ried
am 25.5.

Landrat
Alexander Tritthart
Landkreis Erlangen-Höchstadt
am 4.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Reiter
Gemeinde Oberottmarshausen
am 27.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Volker Satzinger
Gemeinde Burgsalach
am 26.5.

Bürgermeister Thomas Löffler
Gemeinde Steinbach a. Wald
am 4.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.



Markus Förster, AKDB-Dienststellenleiter Bayreuth und Abteilungsleiter Rechenzentrums-Services und Partnermanagement (links), mit Peter Leicht, Leiter des Briefzentrums der Deutschen Post AG und DHL in Bayreuth. Bild: Deutsche Post AG

„Heimat.Erlebnistag“ 2024:

Geschichte und Traditionen der Region

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e.V. und den Bezirken fand zum zweiten Mal der bayernweite „Heimat.Erlebnistag“ statt. Mit Aktionen, Führungen und Vorträgen zu Heimatthemen konnten Bürgerinnen und Bürger ihre Heimat noch näher kennenlernen. Ehrenamtliche, Heimatpflegerinnen und Heimatpfleger, Geschichtsvereine und Feldgeschworene boten rund 280 Veranstaltungen an.

„Das Trachtenkulturzentrum im niederbayerischen Holzhausen lässt die Geschichte und Traditionen der Region aufleben. Seit mittlerweile fast zehn Jahren leistet es einen wertvollen Beitrag zur Erhaltung der bayerischen Trachtenkultur – insbesondere das Trachtenkulturmuseum lädt zu einer Reise durch die bayerische Lebensart ein. Auch heute ist mit der Ausstellung zu Kunsthandwerk und Gartengestaltung, dem musikalischen Unterhaltungs- und Kinderprogramm sowie der historischen Kegelbahn einiges geboten“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Föderer bei der Eröffnung des „Heimat.Erlebnistag“ gemeinsam mit Niederbayerns Bezirkstagspräsidenten Dr. Olaf Heinrich, Vorsitzender des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege, und Geschäftsführer Dr. Rudolf Neumaier. Olaf Heinrich zufolge „gelingt eine Verknüpfung zwischen Herkunft und Zukunft vor allem dann, wenn wir in unserem Nahraum mit Traditionen, Bräuchen und den vielfältigen Angeboten der Heimatpflege in Kontakt kommen. Genau solche positiven Erlebnisse sind im Rahmen des „Heimat.Erlebnistages“ möglich.“

Interessante Fachvorträge Ausstellungen und Aktionen

Zu Ehren seines 30-jährigen Jubiläums war auch der Kreisobstlehrgarten im oberbayerischen Sankt Wolfgang mit einem Tag der offenen Tür Bestandteil des „Heimat.Erlebnistag“. Dabei konnten die Besucher bei interessanten Fachvorträgen, spannenden Führungen und einem vielseitigen Kinderprogramm Bayerns (Obst-)Vielfalt hautnah erleben. Laut Rudolf Neumaier „ist im Kreisobstlehrgarten auf kleinem Raum zu lernen, was bayerische Kulturlandschaft ausmacht. Streuobstwiesen sind ein immer wieder blühender Teil unserer Heimat und ein wertvoller Lebensraum. Schön, dass das an einem Tag der offenen Tür erlebbar gemacht wurde.“

Die Ausstellung „WALDgeschichten Fichtelgebirge“ im Gerätemuseum in Arzberg-Bergnersreuth (Oberfranken) zeigt

te die Bedeutung des Waldes im Fichtelgebirge als Erholungs-, Naturschutz- und Wirtschaftswald. Sie machte die Magie, zugleich aber auch die Verletzlichkeit des Waldes sichtbar und beleuchtete die Entwicklung in der Region anhand der sich wandelnden Nutzungen. Beschäftigung mit dem Wald ist dabei aktueller denn je: Mehr und mehr ist insbesondere der Fichtelgebirgswald herausgefordert durch Hitze und Klimawandel. Besonders die Fichte leidet unter Wassermangel, hohen Temperaturen und dem Borkenkäferbefall. Dem gilt es mit verstärkter Holzernte, Waldverjüngung und neuen Baumarten entgegenzuwirken.

Enorme Bedeutung des Waldes

Oberfrankens Bezirkstagspräsident Henry Schramm hob die vielfältigen Funktionen des Waldes hervor: „Der Wald genießt bei uns in Oberfranken eine enorme Bedeutung – kein Wunder, sind doch fast 300.000 Hektar der Fläche Oberfrankens von Wald bedeckt“, so Schramm.

Bayerischer Heilbäder-Verband:

In wenigen Schritten zur Kur

Rund 100 Vertreterinnen und Vertreter aus den Kurorten Bayerns informierten sich bei der Frühjahrstagung des Bayerischen Heilbäder-Verbandes (BHV) in Bad Endorf über die weitere Digitalisierung in den Heilbädern und Kurorten. Als Festrednerin hieß der BHV-Vorsitzende, Landrat Peter Berek (Wunsiedel), Bayerns neue Gesundheitsministerin Judith Gerlach willkommen.

Die bayerischen Heilbäder und Kurorte gehen mit einem bundesweit einmaligen Service online: Ab sofort können Patientinnen und Patienten online einen Kurantrag ausfüllen und auch den Kurort ihrer Wahl auswählen. Auf der Frühjahrstagung präsentierte der BHV die neue Homepage www.gesundes-bayern.de. „Mit dem digitalen Kurantrag, unserer sogenannten Kur auf Klick, beschreiben wir deutschlandweit Neuland. Und wir beweisen wieder einmal unsere Innovationsstärke“, hob Vorsitzender Berek hervor.

Die neue Homepage bietet für Interessierte einen kurzen, digitalen Weg zur ambulanten Vor-

sohle sei es deshalb ein besonderes Anliegen, auf die Verletzlichkeit und Schutzbedürftigkeit der Wald- und Forstbestände hinzuweisen: „Leider zeigen sich die Folgen der klimatischen Veränderungen gerade in unseren Wäldern in zum Teil dramatischer Weise. Den Wald zu schützen ist deshalb dringend notwendig und ein direkter Beitrag für den Erhalt unserer oberfränkischen Heimat.“

Vorbildliche Geschichtsarbeit

Bei der Abschlussveranstaltung „Mühlendorf – Heimat am Inn“ luden zahlreiche Führungen und Aktionen zur Erkundung der Kultur in der oberbayerischen Stadt ein. „Sie blickt auf eine über tausendjährige Geschichte zurück“, erläuterte Füracker. So konnten etwa die Katharinenkirche bei einer Einführung in die Geschichte der restaurierten Kirche samt Orgelkonzert und der Nagelschmiederturm bei einer Turmführung erkundet werden. Auch das Rathaus bot Führungen samt Schauspielerei an. Mit der Innföhre waren kostenlose Überfahrten möglich. Ebenso öffneten das Geschichtszentrum und das Museum ihre Türen. Wie Dr. Neumaier unterstrich, „macht Mühlendorf mit seinem großartigen Kreismuseum und dem herausragenden Stadtarchiv eine

vorbildliche Geschichtsarbeit. Beim „Heimat-Erlebnistag“ haben die heimischen Historiker wieder einmal bewiesen, dass sich lokale Identität hervorragend durch Geschichte vermitteln lässt.“

DK

Thomas Jahn, Bad Aiblinger Kurdirektor und Vorsitzender des Marketing-Ausschusses im BHV, verwies auf die umfangreichen Angebote auf der neuen Homepage. „Wir haben unseren Symptomchecker, der den Patienten erste Hinweise auf mögliche Erkrankungen gibt. Und mit unserem Gesundheitsfinder kann sich jeder seinen gewünschten Kurort mit den jeweiligen Dienstleistern wie Kurbetriebe oder Kliniken suchen. Er wird sofort dorthin verlinkt und kann gleich Gesundheitsprogramme oder seine ambulanten Vorsorgeleistungen buchen. Auch Informationen zu einem möglichen Gesundheitsurlaub sind auf der Seite. Insgesamt haben wir damit ein einmaliges digitales Angebot geschaffen.“

Ambulante Vorsorgeleistung ist gesetzliche Pflichtleistung

Obwohl die ambulante Vorsorgeleistung inzwischen gesetzliche Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenkassen ist, gibt es diese Kuren nach Berek Auffassung noch zu selten. Für 2023 wurden bayernweit 10.745 ambulante Vorsorgeleistungen registriert, mehr als 700 weniger als im Vorjahr. Das Bayerische Staatsministerium für Landwirtschaft, Forsten und Tourismus förderte den Digitalen Kurantrag mit 100.000 Euro und habe damit das Projekt erst ermöglicht, so der BHV-Chef.

Laut BHV-Geschäftsführer Frank Oette werden die Heilbäder und Kurorte die Digitalisierung weiter vorantreiben. „Insgesamt wollen wir mit der neuen Homepage und den effektiven Marketing-Maßnahmen die Präventionsangebote in unseren kompetenten Kur- und Heilbädern mit ihren natürlichen ortsgebundenen Heilmitteln stärken und die Fallzahlen der ambulanten Leistungen steigern.“



GZ KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

am 9. Juni werden die politischen Weichen für die Europäische Union und somit auch für die Zukunft unserer bayerischen Kommunen gestellt. Mobilisieren Sie jetzt unsere Kommunalpolitiker für die Europawahl 2024 und stimmen Sie für ein Europa, das unsere bayerischen Kommunen stärkt.

So finden Sie im nachfolgenden fünf Argumente für die CSU zur Europawahl aus kommunalpolitischer Perspektive.

Stimmen Sie für ein Europa, das die kommunale Selbstverwaltung stärkt – ein Europa, das

**Kommunalpolitischer
Wahlaufufruf
zur Europawahl 2024**

mehr rechtliche Freiräume für die Kommunen schafft, die politische Eigenverantwortlichkeit der kommunalen Ebenen unterstützt und auf die Leistungsbereitschaft der kommunalen Verantwortungsträger vor Ort setzt.

Stimmen Sie für ein Europa, das die Sicherheit und Ordnung garantiert – ein Europa, das unsere Bürger vor Kriminalität, Krieg und Terrorismus schützt und die Belastungen der irregulären Migration dauerhaft abmildert.

Stimmen Sie für ein Europa, das Wohlstand und Wachstum fördert – ein Europa, das unnötige Bürokratie verhindert, regionale Wirtschaftskreisläufe fördert und das europäische Vergabe- und Beihilferecht für Kommunen vereinfacht.

Stimmen Sie für ein Europa, das Gemeinschaft und Lebensqualität ermöglicht – ein Europa, das Städtepartnerschaften lebt, kommunale Leuchtturmprojekte fördert und die Entwicklung unserer Innenstädte und Dorfkerne ermöglicht.

Stimmen Sie für ein Europa, das die kommunale Daseinsvorsorge sicherstellt – ein Europa, das den Ausschuss der Regionen stärkt, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land gewährleistet und die Erfüllung der kommunalen Pflichten ermöglicht.

Ihre Stimme für die CSU ist eine Stimme für ein Europa der Mitte und für eine starke kommunale Stimme in Brüssel und Straßburg.

Mit kommunalpolitischen Grüßen

Ihr Stefan Rößle
*Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries*

OB-Barometer 2024:

Kommunale TOP-Themen

Laut OB-Barometer 2024, der repräsentativen Jahresbefragung des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu), ist „Kommunalfinanz“ das aktuell beherrschende Thema der Kommunen – dicht gefolgt vom TOP1-Thema 2023 „Geflüchtete“. Die Klimathematik hat 2024 an Bedeutung verloren.

Auch 2024 müssen die Kommunen mit verschiedenen Krisenfolgen gleichzeitig umgehen. Denn die Rahmenbedingungen haben sich auf der kommunalen Ebene nicht grundlegend verändert. Laut OB-Barometer des Difu nennen die Stadtspitzen im Jahr 2024 – erstmals seit 2015, dem Beginn der jährlichen Difu-Befragung – das Thema „Finanzen“ als aktuell wichtigstes Handlungsfeld für die eigene Stadt. Auf den weiteren Plätzen folgen die Themen „Unterbringung und Integration von Geflüchteten“, „Wohnungsbau und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum“ sowie die „Klimathematik“, die die (Ober)Bürgermeisterinnen und -bürgermeister (OBs) zugleich mit Aufgaben wie Energiepolitik und Wärmewende verknüpfen.

Wachsender Ausgabendruck

Geht es um den Blick in die Zukunft, also die künftig wichtigsten Aufgaben, so wird die Klimathematik wieder weit vorn genannt – aktuell scheint sie von drängenden Aufgaben überlagert zu sein.

„Das OB Barometer 2024 macht deutlich, dass die OBs im Vergleich zu den Vorjahren noch mehr die Finanzlage und die Haushaltskonsolidierung als wichtiges Thema auch für die Zukunft ansehen. Dementsprechend werden Fragen der Finanzverteilung zwischen den staatlichen Ebenen und steigende Ausgaben in den nächsten Jahren ein Thema bleiben. Gleiches gilt für die Aufnahme, Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen als kommunale Daueraufgabe“, so Difu-Institutsleiter Prof. Dr. Carsten Kühl.

Bei der Frage nach den krisenbedingt größten Herausforderungen stehen die Investitionen für Klimaschutz und Klimaanpassung auf Platz 1. Dazu gehören auch die Anforderungen, denen die Kommunen durch die Umsetzung des Gebäudeenergiegesetzes gegenüberstehen, u.a. die Erarbeitung einer kommunalen Wärmeplanung.

Als fast ebenso große Herausforderungen sehen die OBs die Aufgabe, ihre Innenstädte attraktiv und zukunftsfähig zu machen und in die Mobilitätswende zu investieren – all diese Erfordernisse hängen eng miteinander zusammen. Hinzu kommen die Herausforderungen durch die Unterbringung von Geflüchteten, die mit einer hohen Belastung der Ausländerbehörden verknüpft sind.

Diese vielfältigen Aufgaben und Herausforderungen fordern die Kommunen finanziell erheblich. Sie stehen unter wachsendem Ausgabendruck, der sich durch weiter steigende Sozialausgaben verschärft. Dies erklärt auch, warum die OBs in diesem Jahr Finanzfragen als das wichtigste Thema für die eigene Stadt nennen und die Finanzpolitik der Bereich ist, in dem sie am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern. Fast ebenso wichtig ist den Stadtspitzen trotz aller schon getroffenen Vereinbarungen, eine Verbesserung der Rahmenbedingungen bei der Flüchtlingspolitik zu erreichen. Städte und Gemeinden sind bei der Unterbringung, Versorgung und Integration geflüchteter Menschen an ihrer Belastungsgrenze angelangt und werden hier auch in den kommenden Jahren intensiv gefordert sein.

Innenstadtentwicklung

Das OB-Barometer des Difu zeigt, dass 2024 vorrangig die Handlungsfelder Finanzen, Geflüchtete, Klima und Wohnen die kommunale Agenda bestimmen. Aber auch das Thema Innenstadtentwicklung hat in der diesjährigen Befragung wieder an Bedeutung gewonnen, sicher auch ausgelöst durch die aktuelle Situation beim Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof. Diese wird in einer Reihe von Städten zu Kaufhausschließungen führen. Es stellt sich daher die Frage der Nachnutzung. www.difu.de/OB-Barometer. □

8.000 Besucher beim „Fest für die Demokratie“ im Landtag

Großes Interesse an der Arbeit des Parlaments

Insgesamt kamen rund 8.000 Besucherinnen und Besucher zum Tag der offenen Tür ins Maximilianeum. Landtagspräsidentin Ilse Aigner zeigte sich erfreut: „Wir sind ein offenes Haus für die Bürgerinnen und Bürger Bayerns – und das haben wir mit großem Stolz und herausragendem Erfolg gezeigt: Der Tag der offenen Tür war ein Fest für die Demokratie!“

Der Andrang war von Beginn an groß: Beim ersten Tag der offenen Tür im Bayerischen Landtag seit 2016 standen die Bürgerinnen und Bürger schon am Morgen an den Toren des Maximilianeums. Insbesondere bei den Begegnungen und Fragestunden mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner, den Vizepräsidenten Tobias Reiß (CSU), Ludwig Hartmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Markus Rinderspacher (SPD) sowie Landtagsdirektor Peter Worm war der Plenarsaal immer wieder aufs Neue komplett gefüllt.

Auch das Programm der Fraktionen im Bayerischen Landtag mit der Möglichkeit zu direkten Gesprächen mit den Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden war sehr gut besucht.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Ich habe unzählige gute Gespräche geführt und bin kaum durch die Gänge gekommen, weil so viele Menschen in den Bayerischen Landtag gekommen sind. Das freut mich sehr. Für dieses Interesse an unserer, an Ihrer Demokratie kann ich mich nur bedanken.“ □

Bayerische Forderungen:

„Zehn Punkte für Europa“

In der kommenden Legislaturperiode muss sich die EU auf ihre Stärken besinnen: Wohlstand sichern, Wettbewerbsfähigkeit stärken, Sicherheit und Freiheit garantieren und Ernährungssicherheit durch kluge Landwirtschaftspolitik gewährleisten. Hierfür sind unkomplizierte und pragmatische Lösungen gefragt. Um dies zu gewährleisten, fordert der Ministerrat folgende „Zehn Punkte für Europa“:

1. Jetzt einen „Economic Deal“, der sich am Dreiklang „technologieoffen, wissenschaftsbasiert, innovationsgetrieben“ orientiert
2. Ausreichend Energie zu angemessenen Preisen. An der einheitlichen deutschen Stromgebotszone darf nicht gerüttelt werden
3. Neue Ideen für eine gezielte Arbeitsmigration nach Europa
4. Unternehmerische Freiheit statt Dirigismus
5. Ein Europa, das die Landwirtschaft wertschätzt
6. EU als Sicherheitsversprechen
7. Rasche Umsetzung des neuen Gemeinsamen Asylsystems
8. EU-Erweiterung: Fördern, fordern, Werte bewahren
9. Stabile Finanzen - klares Nein zu neuen EU-Schulden
10. Ein Europa lebendiger Regionen.

DK

Europa beginnt in ...

(Fortsetzung von Seite 1) Sicherheitsrisiko anerkennen und wirksame Maßnahmen zu ihrer spürbaren Reduzierung ergreifen. Es gelte, deutsches Recht an einigen Stellen an europäisches Recht anzupassen. Freiwillige Aufnahmeprogramme müssten umgehend gestoppt und der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten beendet werden.

Weitere Länder müssten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Zudem seien Leistungen – gerade für Ausreisepflichtige – zu reduzieren. Ohnehin gestalte sich die Integration in den Arbeitsmarkt immer schwieriger, monierte Ferber. Deutschland sei das Land mit der geringsten Erwerbsmöglichkeit von Ukraine-Flüchtlingen.

Wenn nur noch die finanzielle Förderung im Mittelpunkt steht, reduziert dies deutlich den Anreiz, zu arbeiten“, stellte der MdEP fest.

Keine Vergemeinschaftung von Bankenrisiken

Ein Schritt in die falsche Richtung ist aus seiner Sicht auch die Zustimmung des EP-Wirtschaftsausschusses für eine Vergemeinschaftung der europäischen Einlagensicherung. Dies mit der Bankenunion gleichzusetzen, sei ein Fehler. Der CSU-Europaabgeordnete fordert, dass eine Reduzierung von Bankenrisiken Vorrang vor deren Vergemeinschaftung haben muss: „Wir müssen zunächst be-

stehende Risiken abbauen, bevor wir überhaupt über weitere Schritte nachdenken. Dafür braucht es einerseits den politischen Willen, andererseits aber auch einfach mehr Zeit.“

Kritik übte Ferber auch an der neuen Europäische Luftqualitätsrichtlinie, verbunden mit neuen Grenzwerten für Luftschadstoffe ab 2030. Fakt sei, dass sich die Luftqualität in der EU in den vergangenen Jahren deutlich verbessert habe. Die Verschärfung von CO₂-Flottengrenzwerten, EURO-7-Abgasnormen und Luftqualitätsstandards blende die Realität in den Kommunen völlig aus und stelle eine massive Belastung für Verbraucher dar.

Grenzwerte jenseits der Lebenswirklichkeit

Derart strikte Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxid mögen zwar prinzipiell gut gemeint sein, könnten aber zu einem Fahrverbot in vielen Innenstädten Deutschlands führen oder gar zu einem de facto Verbot des Dieselmotors durch die Hintertür. Eine derartige Verbotspolitik hätte gravierende Konsequenzen für die Kommunen, die nun gezwungen seien, mitten in der Krise im Eiltempo Busse oder Müllabfuhrwagen durch eine neue Fahrzeug-Generation zu ersetzen. „Nach den neuen WHO-Standards, deren Werte lediglich empfehlenden Charakter haben, hält selbst ein Elektrotaxi die vorgegebenen Grenzwerte nicht mehr ein. Dies hat mit der Lebenswirklichkeit nichts mehr zu tun. Damit käme der Öffentliche Verkehr zum Erliegen. Ökonomisch und politisch ist dies keine Option und für ein Land wie Bayern ein Todesurteil, weshalb die EVP-Fraktion die Vorgaben abgelehnt hat“, erklär-

te Ferber. Nun hoffe man auf eine Nachjustierung und entsprechende Korrekturen.

Digitaler Euro: Kein Mehrwert

Viele Fragen bleiben auch in Sachen digitaler Euro offen. Sein konkreter Mehrwert sei für den Bürger nicht erkennbar. Dass es Zweifel am Nutzen eines digitalen Euro gibt, liege auch daran, dass es in Europa bereits heute leistungsfähige Zahlungssysteme gibt. Wenn Sofortüberweisungen bald der neue Standard seien, gebe es keine offensichtliche Lücke, die ein digitaler Euro schließen muss. Kein Zweifel dürfe daran aufkommen, dass

der digitale Euro Bargeld zwar ergänzen, es aber nicht ersetzen darf. Bargeld werde auch in Zukunft gebraucht.

Ferbbers Fazit: „Es gilt, die Kernkompetenzen der EU zu stärken und die überbordende Regelungsflut und Eingriffe in die Kommunale Selbstverwaltung zurückzunehmen. So werden sich wieder mehr Menschen dem europäischen Projekt zuwenden. Der anhaltende russische Überfall auf die Ukraine und der terroristische Überfall auf Israel sowie die andauernde Flüchtlingskrise erfordern von den 27 europäischen Mitgliedstaaten gemeinsame Antworten.“

DK



VL.: Antisemitismusbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle, Präsidentin Eva Haller und Sozialministerin Ulrike Scharf. Bild: StMAS/Schäffler

Gemeinsam gegen Radikalisierung und Antisemitismus

Erfolgreiche Präventionsarbeit muss sich den technischen und digitalen Entwicklungen, wie der in der KI, anpassen. Deshalb lud die Europäische Janusz Korczak Akademie (EJKA) gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales (StMAS) zu einem Expertenkreis mit Fachkräften, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein. Dazu betonte Bayerns Sozialministerin Ulrike Scharf: „Radikalisierung, Extremismus und Antisemitismus sind allgegenwärtig. Als Gesellschaft müssen wir uns gemeinsam für Freiheit und Toleranz einsetzen! Prävention und die Weiterentwicklungen von Maßnahmen gegen jede Form von Extremismus und Antisemitismus unterstützen wir mit ganzer Kraft.“

chen sind hilfreich. Ein Schwerpunkt rund um den Haubach sind zwei aufwändige Biofilterbecken, die den Schadstoffeintrag vermindern und bei Starkregen das Schwemmwasser zurückhalten.

Immer wieder haben die Bürgerinnen und Bürger in Mühlhausen mit verheerenden Auswirkungen bei Starkregen zu kämpfen. Die Fluren um den Ort sind durch seine Lage in der Hallertau vor allem von Hopfenanbau und Spargelfeldern geprägt, der Boden besteht überwiegend aus feinem Sand. Mithilfe der Initiative boden:ständig wurde der Schutz des Ortes bei Starkregen ganzheitlich angegangen. Abflussmulden, Rückhaltebecken und ein Damm halten nun Wasser und Schlamm auf, bevor sie den Ort erreichen. Und die Planungen gehen weiter.

Für bessere Gewässerqualität

Damit der Pelhamer See eine bessere Gewässerqualität erreicht und diese auch langfristig gesichert werden kann, wurde ein boden:ständig-Projekt gestartet und die Flurneueordnung Pelhamer See eingeleitet. Gemeinsam mit den Landwirten, der Wasserwirtschafts- und Landwirtschaftsverwaltung wurden viele kleine Maßnahmen umgesetzt, wie etwa der Bau eines Rückhaltebeckens oder die Aktion Mehr Grün, bei der die Pflanzung von Bäumen und Sträuchern den Bodenschutz verbessert und die Erosion verringert. Die ingenieurökologische Maßnahme am Doblach hat bereits den ersten Starkregen erfolgreich überstanden.

Der Innovationspreis geht in diesem Jahr an die ILE Arbeitsgemeinschaft Obere Vils-Ehenbach (AOVE) im Landkreis Amberg-Weilheim für die Aktion „Sag wAS“. Mit diesem Beteiligungsformat für Jugendliche und mit der geplanten Gründung des „Regionalwerks Amberg-Sulzbach“ geht die AOVE den Weg voran in Richtung Mitbestimmung, aber auch in Richtung lebenswerte Region und Versorgungssouveränität. DK

Strategische Nachhaltigkeit:

Hof setzt auf die Ziele der Agenda 2030

Mit Blick auf globale Herausforderungen wie Klimawandel und soziale Ungerechtigkeit sehen sich Städte, Gemeinden und Landkreise zunehmend in der Verantwortung, für eine nachhaltige Entwicklung einzutreten. Ein Beispiel hierfür ist die Stadt Hof, die als 250. Kommune die Musterresolution „2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ unterzeichnet hat. Doch warum ist dieses Engagement vor Ort im Rahmen der kommunalen Entwicklungspolitik so bedeutend? Welche konkreten Maßnahmen ergreift die Stadt Hof? Und welche Rolle spielen dabei die Bürgerinnen und Bürger?

„Auf Wunsch der Oberbürgermeisterin befasst sich die Stadtverwaltung bereits seit geraumer Zeit mit der Umsetzung der

Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 innerhalb der Verwaltung“, erklären Hofs Klimamanager Ute Fischer und Johannes Groß. Die Agenda 2030 ist ein internationales Rahmenwerk mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung, auch bekannt als Sustainable Development Goals (SDGs). Sie wurde im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen beschlossen. Kommunen wie Hof spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, diese nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen.

Warum kommunale Entwicklungspolitik?

Die Welt ist in hohem Maße vernetzt, daher lautet die Frage nicht mehr: „Was haben Armut, soziale Ungleichheit oder Wasserknappheit mit uns zu tun?“ Sondern: Wie wollen Kommunen Verantwortung übernehmen? Mit

dem Engagement in der kommunalen Entwicklungspolitik soll die Welt ein Stück nachhaltiger und gerechter gestaltet werden. Eine Möglichkeit ist die Ausrichtung der eigenen Kommunalentwicklung an den universellen Zielen der Agenda 2030 und eine Lokalisierung der SDGs vor Ort. Der Schutz des Klimas oder die Bewahrung der Biodiversität müssen vor Ort angepackt werden, um weltweit Wirkung zu entfalten.

Die globalen Herausforderungen sind drängend, Abwarten ist keine Option. Und ohne die Kommunen geht es nicht, denn dann könnten schätzungsweise 65 Prozent der 169 Unterziele der Agenda 2030 nicht erreicht werden. Die Nähe der Kommunen zum Leben der Menschen macht sie zu einem idealen Ort für gemeinsame Projekte im Sinne der Agenda 2030. Wie also loslegen?

Hof geht voran: Von der Theorie zur Praxis

Das Unterzeichnen der Musterresolution, wie es das oberfränkische Hof nach dem Beschluss im Stadtrat am 11.03.2024 gemacht hat, ist für viele ein bewährter Start ins Engagement. Mit der Resolution bekennen sich die Kommunen dazu, sich für eine generationengerechte und zukunftsfähige Entwicklung sowohl vor Ort als auch global einzusetzen.

Die Stadt Hof plant passend zu SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ die Umnutzung von zwei innerstädtischen Gewerbebrachen zu klimaneutralen und klimaresilienten Wohnquartieren. Im Einklang mit SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ stehen bei der Überarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts

(Fortsetzung von Seite 1)

wicklung Oberpfalz und weiteren Fördergeldgebern demonstriert. In den vergangenen Jahren sind nicht nur Ferienwohnungen entstanden, sondern auch ein Eventstadel, ein Mühlrad und ein Café. Und die Planungen gehen weiter.

Zentraler Bestandteil der Dorferneuerung Zedtwitz war bereits von 2004 bis 2016 die Belebung der Dorfmitte. 2018 ergab eine Bürgerbefragung, dass sich die Zedtwitzer dringend eine fußläufige Einkaufsmöglichkeit, aber auch einen Treffpunkt im Dorf wünschen. In einem leerstehenden Dreiseithof entstanden ein neuer Dorfladen und ein modernes Café.

Dorfladen

Gut entwickelt hat sich der Dorfladen in der kleinen Gemeinde Neusitz vor den Toren Rothenburgs. Der Nahversorger, ein jahrelanger Herzenswunsch der Neusitzer, hat seit Juli 2023 geöffnet. Mit einer Photovoltaikanlage auf dem Dach, Wärmegewinnung durch eine Luft-Wasser-Wärmepumpe sowie einer modernen Kühl- und Wärmerückgewinnungsanlage ist der Dorfladen in dem ehemaligen leerstehenden TÜV-Gebäude auch energetisch gut für die Zukunft aufgestellt.

In der Kategorie „Herausragende Einzelleistungen zur Stärkung des ländlichen Raums im Bereich: Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel – Landschaftswasserhaushalt“



Global nachhaltiges Hof: Oberbürgermeisterin Eva Döhla (r.) steht persönlich hinter der Agenda 2030 und den 17 Zielen. Bild: Stadt Hof

Themen wie Klimaanpassung und klimafreundliche Wärmeversorgung im Mittelpunkt. Mit nachhaltiger Beschaffung und weiteren Maßnahmen will Hof SDG 12 „Nachhaltiger Konsum und Produktion“ umsetzen.

„Es ist uns ein großes Anliegen, die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in Planungen aktiv einzubinden“, sagen Fischer und Groß. Dies wird durch Workshops realisiert, wie sie etwa bei der Entwicklung des Klimaschutzkonzepts stattfinden.

Unterstützung durch SKEW

Interessierte Kommunen können in Einstiegsseminaren der

Weitere Informationen

Ihre Kommune möchte sich entwicklungspolitisch engagieren und Sie wünschen eine individuelle Beratung? Das nächste Online Einstiegsseminar findet am Mittwoch, den 11. September 2024 von 9:30 – 12 Uhr statt. Weitere Informationen finden Sie hier <https://skew.engagement-global.de/einstiegsseminar-kommunale-entwicklungspolitik.html> oder scannen Sie den QR-Code!

Kontakt

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
+49 228 20 717-2670
info@service-eine-welt.de
<https://skew.engagement-global.de>

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. □





Die beste Vorsorge für Krisen ist es, nachhaltiger zu leben.

Stephan Pusch, Landrat des Kreises Heinsberg

Foto: Martin Magunia

Der Kreis Heinsberg macht sich krisenfest. Die integrierte Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises verbindet alle wichtigen Themen von nachhaltigem Konsum bis hin zu Mobilität. So wird man zukunftssicher.

Wenn auch Sie sich mit Ihrer Kommune für lokale Nachhaltigkeit und eine gerechtere Globalisierung einsetzen möchten, berät, vernetzt und fördert Sie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

info@service-eine-welt.de | www.service-eine-welt.de

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | www.engagement-global.de

**ENGAGEMENT
GLOBAL** 
Service für Entwicklungsinitiativen

mit ihrer

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

im Auftrag des

 **Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung**

1.000 Schulen für unsere Welt:

Bildung als Sprungbrett in ein besseres Leben

Der Münchner Stadtrat Hans Hammer baut gemeinsam mit seiner Familie und seinem Unternehmen eine Schule in Tansania

Die Bayerische Gemeindezeitung berichtet kontinuierlich über die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“, deren federführender Initiator der Herausgeber der Bayerischen Gemeindezeitung, Landrat Stefan Rößle (Landkreis Donau-Ries), ist. In seiner Funktion als bayerischer Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) hat er das Projekt mittlerweile erfolgreich in alle kommunalen Spitzenverbände weitergetragen. Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag und dstgb – mit ihren Landesverbänden – unterstützen inzwischen weltweit Schulprojekte, vor allem aber im globalen Süden. Im August 2023 hat der Münchner Stadtrat Hans Hammer gemeinsam mit seiner Familie eine Schule in Tansania ihrer Bestimmung übergeben. Mit ihm sprach die GZ über die Hintergründe.

GZ: Herr Hammer, was hat Sie und Ihre Familie veranlasst eine Schule in Tansania zu bauen?

Hans Hammer: Egal wo auf der Welt: Der Schlüssel für zukünftigen Wohlstand ist Bildung. Wenn wir Menschen aus der Armut helfen wollen, müssen wir Bildungsmöglichkeiten schaffen. Unsere Familie und unser Unternehmen

haben eine enge Verbindung mit Afrika. Bereits in den 1960er Jahren wurde ein Entwicklungshilfeprojekt ins Leben gerufen. Die Entstehung dieser Schule in Tansania verdanken wir jedoch eher dem Zufall.

Während einer Familienreise – mit dem Ziel, meine vier Kinder für die Lebensrealitäten we-

niger privilegierter Menschen zu sensibilisieren – stießen wir durch Missio auf eine Grundschule, geleitet vom Orden der Rosminianer, bei der wir vor Ort mitarbeiten durften. Das Engagement der Aktiven vor Ort hat uns so sehr beeindruckt, dass wir gefragt haben, an welcher Stelle wir langfristige Hilfe leisten können. So entstand die Idee eine weiterführende Schule einzurichten, die die Schülerinnen und Schüler auf die Universität bzw. das College vorbereitet.

GZ: Können Sie finanzielle Größenordnungen nennen?

Hammer: Bislang wurden 375.000 Euro in die Infrastruktur investiert, einschließlich Gebäuden, Klassenzimmern, sanitärer Einrichtungen und Laborräumen. Die Gesamtinvestition

wird sich auf 550.000 Euro belaufen. Die Schule ist für bis zu 400 Schülerinnen und Schüler ausgelegt. Derzeit, während die ersten Jahrgangsstufen erst aufgebaut werden, sind 50 Schülerinnen und Schüler eingeschrieben.

GZ: Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit dauerhafter Schulbetrieb möglich ist?

Hammer: Wir legen unseren Fokus auf die Bereitstellung einer soliden Infrastruktur, während die Schule sich selbst tragen muss. Wir erhalten keine fortlaufenden staatlichen Zuschüsse. Daher sind wir auf engagierte Lehrkräfte vor Ort und eine aktive Elternschaft angewiesen, die die Schule mit Leben erfüllen. Es ist mir besonders wichtig zu betonen, dass wir keine externen Strukturen implementiert haben. Diese Schule entwickelt sich organisch aus sich selbst heraus. Der Orden der Rosminianer unterstützt uns bei der Kommunikation vor Ort und kümmert sich um administrative Belange.

GZ: Welche Partner haben Sie dabei unterstützt?

Hammer: Große Unterstützung haben wir durch den Orden der Rosminianer und Missio erfahren. Durch Missio wurden unsere Gelder unentgeltlich nach Afrika transferiert und Spendenquittungen ausgestellt. Besonderer Dank gebührt unseren großzügigen Spendern, darunter die Peter-Osyka-Stiftung, der Rotary Club München-Königsplatz, die Hammer AG sowie zahlreiche Freunde. Ohne ihr Engagement wäre dieses Projekt niemals realisiert worden.

Und natürlich freuen wir uns über jede weitere Spende, die den Bau der neuen Kantine sowie die Erweiterung der Schule sicherstellt. Die Verbindung für das Spendenkonto ist IBAN: DE96 7509 0300 0800 0800 04 bei der LIGA Bank (BIC: GENO-



Das Ehepaar Hans und Chantal Hammer inmitten der Ordensleute bei der Einweihung der Schule im August 2023.

Bild: Hammer AG

DEF1M05), Verwendungszweck: 54787-1146: Rosminian Fathers / Fam. Hammer.

1.000 Schulen für unsere Welt

GZ: Haben Sie sich evtl. einer bestehenden Organisation angeschlossen?

Hammer: Zu unseren Spendern gehört auch Landrat Stefan Rößle aus dem Landkreis Donau-Ries und daher sind wir auch eine der „1.000 Schulen für unsere Welt“.

GZ: Was ist das Konzept Ihrer Schule? Halten Sie auch künftig Kontakt?

Hammer: In unserer Schule werden Mädchen und Jungen gemeinsam unterrichtet. Wir verfolgen einen inklusiven Ansatz, soweit dies in Afrika möglich ist. Das bedeutet, dass wir Kinder aufnehmen, die sonst möglicherweise vor Herausforderungen stünden, wie zum Beispiel Albino-Kinder. Zudem stehen wir in engem Austausch, da unser Projekt noch nicht vollständig abgeschlossen

ist. Die Kantine muss noch fertiggestellt werden; sie befindet sich derzeit in einem provisorischen Zustand. Ebenso fehlt noch eine Bibliothek, und wir planen den Bau von Schlafsälen, damit Kinder aus dem Hochland und von weiter entfernten Orten unsere Schule besuchen können.

Des Weiteren streben wir die Einführung eines Stipendiatenprogramms an, um Familien, die sich die Schulgebühren nicht leisten können, die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder zu uns zu schicken. Es ist uns wichtig zu betonen, dass wir nicht dauerhaft für den laufenden Schulbetrieb aufkommen können; die Schule muss sich selbst tragen. Dennoch möchten wir sicherstellen, dass einzelne Kinder die Chance erhalten, unsere Schule zu besuchen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation.

GZ: Sie sind als Bauingenieur in der Projektentwicklung tätig und arbeiten mit Bauunternehmen eng zusammen. Sie haben nun erlebt, wie ein Schulgebäude in Ostafrika erstellt wurde. Im Rückblick: Gibt es etwas, was Deutschland sich abschauen könnte?

Hammer: Definitiv ja, denn wir müssen nicht immer Goldstandard bauen. Durch eine Reduzierung unserer Anforderungen und Vorschriften könnten wir erheblich kostengünstiger bauen, und dennoch würde alles einwandfrei funktionieren.

GZ: Auch die Stadt München engagiert sich in der kommunalen Entwicklungshilfe. Warum ist das wichtig?

Hammer: Insbesondere Humanisten sollten anderen Ländern die Möglichkeit für Entwicklung eröffnen, weshalb kommunale Entwicklungshilfe von großer Bedeutung ist. Neben der moralischen Verpflichtung, Armut und Leid zu mildern, existieren auch strategische Gründe für eine Entwicklungszusammenarbeit. Angesichts der Tatsache, dass Afrika bald vier Milliarden Einwohner haben wird, ist es unabdingbar, für Wohlstand zu sorgen. Andernfalls könnten sich Krisenherde unaufhaltsam vermehren.

GZ: Sie waren bei der Einweihung Ihrer Schule vor Ort, welche Botschaft haben Sie mit nach Hause genommen?

Hammer: Die Menschen, insbesondere die Kinder, sind wissbegierig und schauen optimistisch in die Zukunft. Sie beim weiteren Aufbau ihrer Fähigkeiten zu unterstützen ist eine Form der Hilfe zur Selbsthilfe, die gerne angenommen wird.

GZ: Die Schule trägt den Namen Cathy Hammer Secondary School, benannt nach Ihrer Mutter. Warum?

Hammer: Meine Mutter war das einzige Mädchen unter ihren vier Geschwistern und die Einzige, die einen Hochschulabschluss erlangte. Bildung hatte für sie stets einen hohen Stellenwert, insbesondere die Bildung von Mädchen, denn sie betrachtete Bildung als Sprungbrett in ein besseres Leben. **CH**

Verleihung „Bayerischer Eine Welt-Preis 2024“:

Sonderpreis für Augsburg und Mömlingen

Die Bayerische Staatsregierung, vertreten durch Ministerialdirektor Dr. Rainer Hutka, verlieh gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. auf der Burg Trausnitz in Landshut den „Bayerischen Eine Welt-Preis 2024“ zur Förderung des bürgerschaftlichen Eine Welt-Engagements. Dieser bereits zum siebten Mal vergebene Preis würdigt das Engagement von Menschen in Bayern, die sich für globale Gerechtigkeit, Menschenrechte, Solidarität, Frieden und den Schutz der Natur einsetzen.

Mit dem 1. Preis (3.000 Euro) wurde der Weltladen „fair miteinander“ e.V. (Ainring/ Mitterfelde) bedacht. Bereits seit 1987 gibt es im Pfarrzentrum St. Severin einen Weltladen. Das breite Warensortiment von Lebensmitteln über handwerkliche Produkte wie Schmuck, Musikinstrumente und Spielzeug bis hin zu Kosmetika stammt fast ausschließlich aus Fairem Handel. Alle Mitarbeiterinnen sind ehrenamtlich tätig.

Gegen Korruption und Ausbeutung

Mit dem Kauf im Weltladen wird der Kampf gegen Korruption und Ausbeutung unterstützt. Fair gehandelte und streng kontrollierte Waren aus Entwicklungsländern wie Chile, Peru, Afrika oder Indien tragen dazu bei, den Erzeugern ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen und selbstständig ihre Familien zu ernähren. Auch ein Schulbesuch der Kinder und Jugendlichen wird dadurch unterstützt und eine Minimalversorgung für Alte und Kranke gesichert.

Der zweitplatzierte Preisträger (2.000 Euro) Musicians for a better life e.V., München, ist ein gemeinnütziger Verein, der Projekte mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in sozialen Brennpunkten verschiedener Länder umsetzt. Ziel ist es, weltweit vor Ort Strukturen und Netzwerke mit Musikern aufzubauen und die Arbeit mit Musik als Basis für Entwicklungszusammenarbeit nachhaltig zu etablieren. Durch die gemeinsame Sprache der Musik werden Menschen unterschiedlicher ethnischer und sozialer Herkunft verbunden.

Wertvolle Unterstützung leistet der Verein in Rumänien, Tansania, Brasilien und Deutschland. So wurde im Herbst 2018 gemeinsam mit der Caritas in zwei Gemeinschaftsunterkünften in München-Laim ein Chor- und Musikprojekt mit Kindern im Grundschulalter begonnen. Studenten der Hochschule für Musik und Theater München unterrichten die Kinder in der Gemein-

schaftsunterkunft und bauen zwei Chöre auf. Musik stärkt sie und lässt sie durch ein internationales Repertoire verschiedene Musikstile und Kulturen kennenlernen und zu einer Gemeinschaft werden.

Über einen 3. Preis (1.000 Euro) durfte sich die gemeinnützige MI4People gGmbH mit Sitz in Neufahrn i. NB. freuen. Sie arbeitet mit Non-Profit Organisationen und Forschern, die sich dem Gemeinwohl widmen, zusammen, um der Frage nachzugehen, wie akute Probleme des Gemeinwohls mit Machine Intelligence (MI)-Technologien wie Data Science, Künstliche Intelligenz, maschinelles Lernen, Process Mining oder robotergesteuerte Prozessautomatisierung gelöst werden können.

Gemeinsam mit ihren Partnern kreiert und führt die MI4People gGmbH die MI-Projekte aus, kümmert sich um die Projektfinanzierung, macht Projektergebnisse öffentlich und sucht nach Möglichkeiten, die Ergebnisse am effektivsten zu nutzen. Aktuelle Projekte befassen sich unter anderem mit einem Bewertungssystem für die Bodenqualität, einer Allgemeinen Computer Vision für das Gesundheitswesen, der Erkennung von Meeresmüll über Satelliten, oder der Künstlichen Intelligenz für seltene pädiatrische Krankheiten.

Sonderkategorie Kommunen

In einer Sonderkategorie wurden zudem Kommunen für ihr Eine Welt-Engagement ausgezeichnet. Den 1. Preis, dotiert mit 1.000 Euro, teilen sich heuer die Stadt Augsburg und die Gemeinde Mömlingen im Landkreis Miltenberg.

Die Stadt Augsburg wurde für ihren umfangreichen Nachhaltigkeitsprozess, ihr Engagement als Fairtrade- und als Biostadt, für die Projektpartnerschaften mit Perwomajsk in der Ukraine und Ar Ramtha in Jordanien, für die dezentrale Unterbringung und Integration Geflüchteter und die Kampagne „Wir alle sind Augsburg“ gegen Antisemi-

tismus, Muslimfeindlichkeit und jegliche Form von Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geehrt.

Oberrbürgermeisterin Eva Weber bezeichnete die Ehrung als eine besondere Auszeichnung für die gesamte Kommune: „Die Auszeichnung würdigt unser aller Engagement, die Vielfalt in unserer Friedensstadt und den Zusammenhalt. Auch bestätigt uns die Würdigung, dass wir der Verantwortung im Bereich der Nachhaltigkeit und der Zivilgesellschaft, die wir als Kommune haben, gerecht werden.“

In Mömlingen, der ersten Fairtrade-Kommune der Region Bayerischer Untermain, tragen neben der langjährigen Eine-Welt-Arbeit der KfG (Katholische Junge Gemeinde) vor allem die Bemühungen der Steuerungsgruppe im kommunalen Bereich und Gemeindeleben durch alle gesellschaftlichen Gruppen Früchte. Die Gemeinde beschafft Produkte, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt sind, die Bauhofmitarbeiter tragen faire Arbeitskleidung und das Beschaffungswesen wird nach fairen und nachhaltigen Alternativen durchforstet. Die kulinarischen Ortsrundgänge mit einer festen Station im Eine-Welt-Laden mit Kaffee, Schokolade und fairer Weinprobe wurden 2022 als neuer touristischer Baustein entwickelt, sind regelmäßig ausgebucht und inzwischen eine feste Einrichtung mit steigender Nachfrage.

Zum FairFestival im Freizeitgelände Königswald mit den inhaltlichen Schwerpunkten Nachhaltigkeit, Fairer Handel und Geschlechtergerechtigkeit kommen bis zu 2.000 Besucher und viele Mitwirkende gestalten die Earth Hour mit zahlreichen fairen und nachhaltigen Angeboten. Der Dorfplatz wurde mit Fair Stones gepflastert, auf dem Friedhof werden nur noch Grabsteine ohne Kinderarbeit errichtet, Neubürger erhalten seit 2023 eine faire Neubürgermappe mit allgemeinen sowie Informationen der Fairtrade-Gemeinde.

Die Hans-Memling-Schule mit Schulweltladen und Partnerschaften mit den Primary Schools in Lupanga und Mdetete in Tansania ist seit 2017 Fairtrade-School und die Schüler tragen faire T-Shirts. Beide KiTas wurden als Faire Kita ausgezeichnet, die Kita Regenbogen ist inzwischen Ei-



Spenden statt Geschenke

„Keine persönlichen Geschenke“ erbat sich Landrat Stefan Rößle zu seinem 60. Geburtstag am 16. März. Wer ihm eine Freude machen möchte, so bat der KPV-Landesvorsitzende und GZ-Herausgeber, könne sich gerne mit einer Spende an der von ihm ins Leben gerufenen Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ beteiligen. Mit den Zuwendungen, so Rößles Wunsch, sollen weitere Schulbauprojekte finanziert werden. Die Resonanz war überwältigend: Insgesamt kamen Spenden in Höhe von mehr als 50.000 Euro zusammen. Damit können vier neue Schulen gebaut werden. Die aus den Geburtstagspenden entstandenen Schulbauprojekte markieren für Rößle ein besonderes Ereignis: Die Zahl der Projekte innerhalb der Initiative beläuft sich nun auf 250 und – sechs Jahre nach Gründung – beträgt die Gesamtpendensumme gut 10 Millionen Euro. Unser Bild zeigt bei der Scheckübergabe im Donauwörther Landratsamt oben von links: Barbara Weber (Hilfe für Togo e.V.), Clifton Grover (Street Child e.V., Landesmanager Deutschland), Landrat Stefan Rößle (1. Vorsitzender des Vereins „1.000 Schulen für unsere Welt e.V.“), Ramona Ruf (LRA Donau-Ries, Koordinatorin für Entwicklungszusammenarbeit); unten von links: Anton Weber (Hilfe für Togo e.V., 1. Vorsitzender), Simone Inhofer (Street Child e.V.), Pia Eberlein (Menschenfreude e.V.) und Jürgen Perneck (Menschenfreude e.V., 1. Vorsitzender). **Bild: Sonntag**

ne Welt-Kita. Der Asylhelferkreis kümmert sich in Kooperation mit der Gemeinde um die Integration von über 100 Flüchtlingen durch kulturellen Austausch, Kooperation mit JUZ und Vereinen, Einrichtung einer Kleiderkammer, Sprachunterricht und erfolgreicher Hilfe bei Praktikums-, Arbeits- und Wohnungssuche. Zahlreiche Flüchtlinge „revanchieren“ sich mit Hilfeleistungen im gemeindlichen Bereich.

Nominiert für den „Bayerischen Eine Welt-Preis 2024“ und mit einer Urkunde ausgezeichnet wurden schließlich in der Kategorie „Vereine / Initiativen / Schulen / Kirchengemeinden“: Eine Welt e.V. (Herrieden), Frauen für den Frieden (Augsburg), Haus der Nachhaltigkeit (Neu-Ulm), Indienhilfe e.V. (Herrsching), Pfarrei St. Nikolaus (Rosenheim), Staatliche Berufsschule 1 (Kempten) sowie Togoverein e.V. (Augsburg). **DK**

26. Internationaler bvse-Altapiertag:

Turbulente Zeiten in der Recyclingbranche

Zwei große Themenkomplexe bestimmten die diesjährige Tagung des bvse-Fachverbandes Papierrecycling, zu der bvse-Vizepräsident und Fachverbandsvorsitzender Werner Steingaß die internationale Altpapierbranche nach Berlin einlud. Die Zukunft der Recyclingfähigkeit faserbasierter Verpackungen stand ebenso im Vordergrund wie die Suche nach konstruktiven und tragfähigen Lösungen, die auch in Zukunft die Versicherbarkeit der von hohem Brandrisiko betroffenen Branchenunternehmen gewährleisten. Ein begleitendes Ausstellerforum rundete die Veranstaltung ab.

Vor rund 500 Teilnehmern sprach Steingaß von einer Achterbahnfahrt der Herausforderungen, die die Altpapierrecyclingbranche in Deutschland seit den turbulenten Ereignissen der Pandemie und des Ukraine-Konflikts erlebe. Das Herunterfahren verschiedener Wirtschaftsbereiche während der Pandemie habe zu einem Rückgang der Altpapiermengen in der Bundesrepublik geführt, während gleichzeitig die Nachfrage im Verpackungsbereich gestiegen sei. Die Folge: ein drastischer Preisanstieg, der bis Mitte 2022 anhielt und die Branche vor nie dagewesene Herausforderungen stellte.

Die Folgen des Ukraine-Konflikts hätten die Situation zusätzlich verschärft: Extrem gestiegene Energiepreise erhöhten die Produktionskosten für energieintensive Papierfabriken, während ein plötzlicher Einbruch der Nachfrage im Verpackungsbereich aufgrund des Konsumentenrückgangs zu existenziellen Bedrohungen für die Industrie führte. Dies zwang Papierfabri-

ken zu Abstellmaßnahmen und Preiskorrekturen. Laut Steingaß ist die Schmerzgrenze langsam erreicht, weshalb die Politik dringend gegensteuern müsse. Aus seiner Sicht „ist es unbestreitbar, dass die Politik, obwohl sie einige wenige Punkte regeln konnte, insbesondere wirtschaftlich vor großen Herausforderungen steht. Es scheint, dass die Regierung hier vollkommen überfordert ist.“

Bürokratische Hürden

Den Mittelstand als tragende Säule der Wirtschaft sieht Steingaß zunehmend mit bürokratischen Hürden konfrontiert, die das eigentliche Geschäft erschweren. Neue Gesetze, Verordnungen, Vorschriften, Auflagen, Verbote und langwierige Genehmigungsverfahren belasteten die Unternehmen. Gleichzeitig kämpften sie mit gestiegenen Frachtkosten aufgrund erhöhter Mautsätze, die je nach Fahrzeug teilweise verdoppelt wurden. Dies schwäche die Wettbewerbsfähigkeit

der Unternehmen auf internationaler Ebene.

„Wir müssen unsere Risiken minimieren und den Gürtel enger schnallen. Die schwierigen Zeiten sind noch nicht vorüber, und wir müssen uns darauf vorbereiten“, unterstrich der Fachverbandsvorsitzende. In diesem Kontext wird die kürzlich von der Europäischen Union verabschiedete Abfallverbringungsverordnung als weiterer Hemmschuh für die wirtschaftliche Entwicklung der Altpapierbranche bewertet. „Obwohl dank unserer intensiven Lobbyarbeit, insbesondere über unseren Dachverband EuRIC, nicht alle unsere Befürchtungen eingetreten sind, wird die neue EU-Abfallverbringungsverordnung den Export von Altpapier in Länder außerhalb der Europäischen Union erheblich erschweren“, kritisierte Steingaß.

Extreme Preisverfälle verhindern

Laut seinen Ausführungen wird gemäß der neuen EU-Verordnung ab Mai 2027 Altpapier nur noch in OECD-Staaten exportiert werden können, wenn der Empfänger alle zwei Jahre ein Audit einer unabhängigen Stelle vorweisen kann. „Wir sind uns alle bewusst, dass in Europa mehr als sieben Millionen Tonnen Altpapier keinen Bedarf finden. Wir sind auf den Export in Übersee

angewiesen, um extreme Preisverfälle zu verhindern, die bis hin zu Kosten für die Entsorgung führen könnten“, erklärte der bvse-Vize. Für Nicht-OECD-Staaten seien die Hürden noch höher. Um den Export zu ermöglichen, müsse der Nicht-OECD-Staat zunächst auf die Liste der EU gelangen, die es ihm erlaubt, Abfälle aus der EU zu importieren. Voraussetzung hierfür sei ein Abfallbewirtschaftungsplan des Nicht-OECD-Staates, der Informationen über das Abfallaufkommen, die Behandlungskapazitäten und die umweltverträgliche Entsorgung enthält. Nach Überprüfung durch die EU-Kommission und Aufnahme in die Liste müssten auch hier alle zwei Jahre unabhängige Audits bei den konkreten Empfängern stattfinden.

„Diese umfangreichen Anforderungen bergen die Gefahr, dass wichtige Absatzmärkte für hochwertiges Altpapier ernsthaft gestört werden und sich die Importeure anderen Ländern zuwenden, in denen solche Hürden nicht existieren“, warnte der Fachverbandsvorsitzende eindringlich. Eine positive Aussicht bestehe darin, dass die neue Abfallverbringungsverordnung keine detaillierten Vorgaben für die Inhalte der Audits im Empfängerstaat enthält. Die EU-Kommission werde eine Expertengruppe beauftragen, um dies zu klären.

Trotz der vorherrschenden Unsicherheiten besteht Steingaß zufolge die Hoffnung, dass die Altpapierrecyclingbranche ihre Resilienz unter Beweis stellen und sich langfristig erholen wird. Es sei jedoch unerlässlich, dass sowohl die Politik als auch die Industrie gemeinsam Lösungen finden, um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen. **DK**

Heimat genießen und Natur erleben:

Startschuss für die BayernTourNatur 2024

Die 24. BayernTourNatur startet in die Sommersaison: Mehr als 4.000 Veranstaltungstermine in ganz Bayern bis Ende Oktober umfasst das vielfältige Programm – und wöchentlich kommen weitere dazu.

Umweltminister Thorsten Glauber sprach bei der Auftaktveranstaltung im Stadtwald Augsburg von einem „bunten Veranstaltungsjahr 2024“. BayernTourNatur bedeute Heimat genießen, Natur erleben und die Umwelt wertschätzen. Die BayernTourNatur öffne den Blick für die kleinen und großen Naturwunder vor der eigenen Haustür. Gleichzeitig sei sie Wegbereiter für naturtouristische Angebote.

Glauber: „Das Programm liefert spannende Erlebnisse für Naturliebhaber. Es vermittelt außerdem wertvolles Wissen über die Natur in allen Regionen des Freistaats und ist damit ein wichtiges Fundament für den Artenschutz. Vor 24 Jahren haben wir diese Erfolgsgeschichte ins Leben gerufen. Im kommenden Jahr werden wir auf ein Vierteljahrhundert BayernTourNatur zurückblicken. Ich freue mich schon heute auf das großartige Jubiläum.“

Der Jahresauftakt 2024 fand in einem ganz besonderen Exkursionsgebiet statt: Der Bund Deutscher Forstleute (BDF) hatte den Augsburger Stadtwald als Waldgebiet des Jahres 2024 ausgewählt. Die bundesweite Auszeichnung ist damit zum zweiten Mal nach Bayern gegangen. Der rund 2.200 Hektar umfassende Augsburger Stadtwald zieht sich am Lech entlang und verfügt über eine große Vielfalt von Ökosys-

temleistungen innerhalb des Stadtgebietes. Er ist eines der ältesten und bedeutendsten Naturschutzgebiete Bayerns sowie Natura-2000-Gebiet.

Rund 500 Veranstalter

Nicht nur im Sommer, sondern das ganze Jahr über liefert das Programm der BayernTourNatur spannende Einblicke in das Naturgeschehen. Angeboten werden die Termine jedes Jahr von rund 500 Veranstaltern, darunter Landschaftsführer, Natur- und Kräuterpädagogen, Kultur- und Heimatvereine, die Gebietsbetreuung, Geo-, Natur- und Nationalparke, diverse Bildungseinrichtungen sowie umwelt-, touristisch- und erlebnisorientierte Institutionen. „Die BayernTourNatur präsentiert das großartige Engagement von Naturexperten aus allen gesellschaftlichen Gruppen im Freistaat. Für die Zukunft unserer bayerischen Naturheimat brauchen wir Naturfreunde, die ihr Expertenwissen und ihre Erfahrung begeistert weitergeben“, so Glauber.

Die Natur- und Umweltbildungsaktion wird unterstützt von den bayerischen Sparkassen als Premiumpartner sowie von der DB Regio Bayern, dem Deutschen Alpenverein, der AOK Bayern, der Landesapothekerkammer und den bayerischen Tourismusverbänden. **□**

Neue EU-Vorschriften:

Weniger Verpackungen, mehr Wiederverwendung und Recycling

Bestimmte Einwegverpackungen aus Kunststoff ab 1. Januar 2030 verboten

Ende April nahm das Parlament neue Regeln an, die für nachhaltigere Verpackungen und weniger Verpackungsmüll in der EU sorgen sollen. Mit der Verordnung, die mit 476 zu 129 Stimmen bei 24 Enthaltungen angenommen wurde, will man gegen die ständig wachsende Abfallmenge vorgehen, die Binnenmarktvorschriften vereinheitlichen und die Kreislaufwirtschaft ankurbeln.

Weniger Verpackungen und Einschränkungen bestimmter Verpackungsformen

Die vorläufige Einigung mit dem Rat umfasst nicht nur Zielvorgaben für die Verpackungsreduzierung (5 Prozent bis 2030, 10 Prozent bis 2035 und 15 Prozent bis 2040), sie verpflichtet auch die EU-Staaten, für weniger Verpackungsmüll aus Kunststoff zu sorgen. Damit weniger unnötige Verpackungen entstehen, gilt für Umverpackungen, Transportverpackungen und Verpackungen für den elektronischen Handel künftig, dass der Leerraumanteil höchstens 50 Prozent betragen darf. Hersteller und Importeure müssen außerdem für leichtere Verpackungen mit weniger Volumen sorgen.

Ab dem 1. Januar 2030 werden bestimmte Einwegverpackungen aus Kunststoff verboten, z. B. Verpackungen für unverarbeitetes frisches Obst und Gemüse, Verpackungen für Lebensmittel und Getränke, die in Cafés und Restaurants zum Verzehr angeboten bzw. ausgeschenkt werden, Einzelpartien (z. B. Gewürze, Soßen, Sahne, Zucker), kleine Einwegkunststoffverpackungen für Toilettenartikel in Hotels und sehr leichte Kunststofftragetaschen (mit einer Wandstärke unter 15 Mikron).

Ewigkeitschemikalien

Im Sinne des Gesundheitsschutzes ist es künftig verboten, bestimmte Grenzwerte überschreitende sogenannte Ewigkeitschemikalien (Per- und Poly-

fluoralkylsubstanzen, kurz: PFAS) in Verpackungen zu verwenden, die mit Lebensmitteln in Berührung kommen.

Verbraucher sollen mehr wiederverwenden und wiederbefüllen können

Bei Verpackungen alkoholischer und nichtalkoholischer Getränke (mit Ausnahme von Milch, Wein, aromatisiertem Wein, Spirituosen o. Ä.), Transport- und Verkaufsverpackungen sowie Umverpackungen sind besondere Ziele für die Wiederverwendung bis 2030 vorgesehen. Unter bestimmten Bedingungen können die Mitgliedstaaten eine fünfjährige Ausnahme von diesen Anforderungen erlauben.

Endvertreiber von Getränken und von Speisen zum Mitnehmen müssen es Verbraucherinnen und Verbrauchern ermöglichen, eigene Behälter zu verwenden. Außerdem müssen sie sich bemühen, bis 2030 10 Prozent ihrer Produkte in wiederverwendbaren Verpackungen anzubieten.

Bessere Abfallsammlung, wirksameres Recycling

Nach den neuen Vorschriften müssen alle Verpackungen (außer Verpackungen aus Leichtholz, Kork, Textilien, Gummi, Keramik, Porzellan und Wachs) strengen Anforderungen an die Recyclingfähigkeit genügen.

Es werden auch Mindestziele für den Rezyklatanteil von Kunststoffverpackungen und Mindest-

ziele für das Recycling von Verpackungsabfällen nach Gewichtsprozent vorgegeben.

Bis 2029 müssen 90 Prozent aller Einweggetränkebehälter aus Kunststoff und Metall (mit bis zu drei Litern Inhalt) getrennt gesammelt werden (im Rahmen von Pfandsystemen oder mithilfe anderer Verfahren, die dafür sorgen, dass dieses Ziel erreicht wird).

Berichterstatlerin Frédérique Ries (Renew, Belgien) sagte: „Erstmals führt die EU in einem Umweltgesetz Ziele zur Reduzierung von Verpackungen ein, und das unabhängig vom verwendeten Material. Die neuen Regelungen unterstützen Innovationen und sehen auch Ausnahmen für Kleinstunternehmen vor. Dass Chemikalien in Lebensmittelverpackungen nun komplett verboten werden, ist ein riesiger Erfolg für die Gesundheit der europäischen Verbraucher. Jetzt fordern wir alle Industriebranchen, die EU-Staaten und die Verbraucher auf, sich am Kampf gegen unnötige Verpackungen zu beteiligen.“

Bevor die Vereinbarung in Kraft treten kann, muss auch der Rat sie förmlich billigen.

Hintergrundinformationen

Im Jahr 2018 wurde in der EU mit Verpackungen ein Umsatz von 355 Mrd. Euro erwirtschaftet. Verpackungen verursachen jedoch immer mehr Müll. Die Gesamtmenge der Verpackungsabfälle in der EU stieg von 66 Mio. Tonnen im Jahr 2009 auf 84 Mio. Tonnen im Jahr 2021 an.

Im Jahr 2021 entstanden in der EU pro Kopf 188,7 kg Verpackungsabfälle. Wenn nicht mehr dagegen unternommen wird, dürfte diese Menge bis 2030 auf 209 kg ansteigen. **□**

Starke Partnerschaft.

Wir sind für Bayerns Kommunen da
Von der nachhaltigen Kapitalanlage bis zur **Fortschrittsfinanzierung** – gemeinsam mit den Sparkassen bieten wir Kommunalkunden ein lückenloses Leistungsspektrum. Zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle Förderprogramme der BayernLabo ergänzen unsere Leistungen. Erfahren Sie mehr unter bayernlb.de/oeffentliche_hand

Bayern LB
Wir finanzieren Fortschritt.

Finanzgruppe

bvse-Branchenforum in Düsseldorf:

Transformation der Schrottwirtschaft

Aktuelles aus der Schrottwirtschaft, dem Elektro(nik)-Altgeräterecycling sowie die fachübergreifenden Schnittpunkthemen Ökobilanzierung und Brandschutz standen im Zentrum des diesjährigen bvse-Branchenforums in Düsseldorf mit den Fachtagungen „18. Forum Schrott“ und „22. Elektro(nik)-Altgerätetag“.

Das „18. Forum Schrott“ richtete seinen Fokus zunächst auf die relevanten Entwicklungen der EU-Politik. Julia Blees (Secretary General, EuRIC) berichtete über die Situation der Schrottwirtschaft angesichts europäischer Politikvorgaben. Im Anschluss rückte die Transformation der Schrottwirtschaft in den Mittelpunkt der Veranstaltung. Alexander Neuhardt (Neuhardt Management Consulting GmbH) ordnete den Stahlhandel zwischen Herstellern und Verarbeitern ein und beschäftigte sich mit der Rolle des Stahlhandels in der Wertschöpfungskette und dessen strategischen Prioritäten.

Frank Peter von Agora Industrie zeigte Aussichten und Veränderungen für die Schrottwirtschaft auf, ehe Carolin Petri vom Eisenbahn-Logistik- und Waggonvermietunternehmen VTG den Teilnehmern multimodulare Logistiklösungen in der Schrottwirtschaft präsentierte. Sie gab Ausblicke darauf, wie Schrotte über verschiedene Verkehrslösungen zu den Abnehmern gelangen können.

Laut Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung zeigt die bvse-Analyse des Elektroschrott-Recyclings in Deutschland eine zwiespältige Bilanz: Während einige Verbesserungen erzielt wurden, bleibt eine Vielzahl von Herausforderungen bestehen, die dringend angegangen werden müssen.

Zero Waste Day:

Verpackungen aus Holz als idealer Beitrag zur Kreislaufwirtschaft

Mit Holz als Verpackungsmaterial lässt sich Abfall optimal vermeiden. Denn der nachwachsende Rohstoff aus dem Wald ist vielfach verwendbar und recycelbar, wie der Bundesverband Holzpackmittel, Paletten, Exportverpackung (HPE) anlässlich des „Zero Waste Day“ erklärte.

Der „Zero Waste Day“, der „Null-Abfall-Tag“, wurde von den Vereinten Nationen 2022 während der Corona-Pandemie und der einhergehenden Delle im Welthandel ausgerufen. Übergeordnetes Ziel des Zero Waste Day: Viel weniger Abfall, um die Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu erreichen, mit denen die Weltgemeinschaft bis 2030 deutliche Fortschritte bei Klima- und Umweltschutz, nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Konsum erzielen möchte.

„Der globale Warenaustausch hat sich wieder erholt – auch wenn Deutschlands Wirtschaft schwächelt. Höchste Zeit am Zero Waste Day zu erinnern: Im internationalen Handel, sei es in der Europäischen Union oder global, sind sichere Verpackungen aus Holz immer ein entscheidender Faktor. Denn Paletten und Holzexportverpackungen sind derjenige Lastenträger, der verlässlichen Import und Export erst ermöglicht“, sagt HPE-Geschäftsführer Marcus Kirschner.

Entscheidender Pluspunkt der Holzverpackungen: Sie stammen aus Biomasse, die klimaschädliches Kohlendioxid während ihres Wachstums bindet. „Verpackungen aus Holz sind daher in natürliche Kreisläufe eingebunden. Sie sind mobile Koh-

lenstoffspeicher, die global unterwegs sind“, erläutert Marcus Kirschner. Denn eine Palette aus Holz bindet ca. 30 kg CO₂-Äquivalente, das der Baum, aus dem sie stammt, aufgenommen hat. Bei einer angenommenen Menge von 3 bis 4 Milliarden Paletten, die allein in der EU stets im Umlauf sind, entspricht dies rund 100 Mio t CO₂-Äq., die in Paletten aus Holz gespeichert sind.

Nur langsame Verbesserung der Sammlungsqualität

Auch die Qualität der Sammlung verbessere sich nur sehr langsam und Fehler, wie die Erfassung von Bildschirmgeräten im Großcontainer, seien bis heute nicht korrigiert worden, kritisierte Rehbock. Zusätzlich seien viele Altgeräte in die Behandlungsstruktur integriert, obwohl sie nicht passen. Der offene Anwendungsbereich des ElektroG erfordere die Verarbeitung artfremder Altgeräte wie Kaffeebecher, Turnschuhe und Möbel, obwohl ihre elektronischen Bauteile nur einen geringen Anteil am Gesamtprodukt ausmachen.

Die wachsende Anzahl von Akkus führe immer wieder zu Bränden, wobei anzunehmen sei, dass diese mittlerweile täglich in der Branche un-

treten. Trotz intensiver Diskussionen seit 2016 bleibe dieses Problem nach wie vor ungelöst, wie Rehbock darlegte: „Was die Brandrisiken betrifft, ist es bereits fünf nach zwölf. Es ist an der Zeit, diese drängenden Probleme anzugehen. Die politisch Verantwortlichen müssen ordnungspolitisch handeln, um die Kreislaufwirtschaft von Elektro(nik)-Altgeräten zu stärken und die Branche bei der Bewältigung von Brandproblemen zu unterstützen.“

Probleme wirksam angehen

Der bvse-Hauptgeschäftsführer verwies auf eine Reihe von Lösungsvorschlägen, die bereits gemacht wurden, darunter die organisierte Annahme von Altgeräten durch Fachpersonal, eine herstellerfinanzierte Fondslösung zur Absicherung der Recycling- und Entsorgungswirtschaft im Brandfall sowie eine bessere Risikominimierung durch Produktdesign und Informationen über die Gefahren unsachgemäßer Entsorgung. Es sei unerlässlich, dass die politisch Verantwortlichen jetzt endlich handeln, um diese Probleme wirksam anzugehen. „Ein Verbot von Einweg-E-Zigaretten, die Abschaffung festverbauter Akkus und die Diskussion über ein Pfand für größere Akkus sind dringend erforderlich und dürfen nicht bis 2027 aufgeschoben werden.“

Nach den Worten von Sebastian Will, Mitglied im geschäftsführenden bvse-Präsidium, haben die jüngsten Entwicklungen in der internationalen Schrott- und Stahlindustrie verdeutlicht, wie schwierig die wirtschaftliche Lage und wie groß die un-

vor dem Hintergrund aktueller politischer Debatten in der EU hervor.

Ressourcen effizient nutzen

So ist zwischen den Institutionen der Europäischen Union - EU-Parlament, Ministerrat und Kommission - in den vergangenen Monaten die Verordnung zu Verpackungen und Verpackungsmittel (PPWR) heftig diskutiert worden. Der derzeit zur Debatte stehende Kompromiss trägt den besonderen Vorteilen von Verpackungen aus Holz ein gutes Stück weit Rechnung. Die Holzpackmittelbranche konnte damit politische wichtige Punkte im Sinne der Nachhaltigkeits-Vorteile von Paletten und Exportverpackungen durchsetzen. Andererseits droht mit der PPWR trotzdem deutlich erhöhter Dokumentations- und damit Bürokratieaufwand.

Fachkräftemangel im Blick

„In Zeiten des Fachkräftemangels sollten wir wertvolles Personal in Deutschland produktiv, nicht aber für überflüssige Kontrollen zum Schaden unserer Wettbewerbsfähigkeit verwenden“, mahnt Kirschner. Denn der Zero Waste Day will auch als Aufruf zu einer effizienten Nutzung nicht nur materieller, sondern auch personeller Ressourcen verstanden werden“, appelliert der HPE-Geschäftsführer im Sinne von EU-Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft. □

ternehmerischen Herausforderungen sind. Will berichtete, dass weltweit kein signifikantes Wachstum festzustellen sei. Es bestehe ein „Wirtschaftswirrwarr“, und momentan gebe es keine nennenswerten konjunkturellen Impulse.

„Dies spiegelt sich auch in harten Zahlen wider. Im Jahr 2023 verzeichnete die Stahlindustrie einen Rückgang von 3,9 Prozent in der Rohstahlproduktion im Vergleich zum Vorjahr. Besonders betroffen war die Elektrostaahlproduktion, die ihren Tiefpunkt mit lediglich 9,8 Mio. Tonnen erreichte und die Produktion aus dem Jahr der Finanzkrise 2009 nochmals unterschritt. Damals lag die hergestellte Tonnage über die Elektrostahlroute bei 11,3 Mio. Tonnen. In Europa sank die Stahlproduktion um 7,3 Prozent auf 126,4 Mio. Tonnen und damit deutlich stärker als auf dem deutschen Inlandsmarkt.“

Nicht zuletzt deshalb verzeichnet der deutsche Schrotthandel einen Netto-Export-Überschuss von 4,4 Mio. Tonnen Schrott, eine Zunahme von 24,8 Prozent. Der Netto-Exportüberschuss in der EU 27 kletterte um 14,5 Prozent auf nahezu 15 Mio. Tonnen. Diese gewaltigen Exportüberschüsse zeigen wiederum deutlich auf, wie enorm wichtig der internationale Handel als entscheidendes Ventil für die Materialaufbereitung ist.

Stahlindustrie: Hohe Investitionen in Produktionsstätten

Die Stahlindustrie besitzt den größten Anteil an Treibhausgasemissionen mit rund 30 Prozent der industriellen Emission und rund 6 Prozent der Gesamtemission in Deutschland. Die deutschen Hüttenwerke stehen daher vor der Herausforderung, ihre Produktion klimaneutraler zu gestalten. Die Stahlindustrie investiert daher massiv in die Modernisierung ihrer Produktionsstätten, um den ökologischen Fußabdruck zu reduzieren.

Will zufolge „profitieren die Stahlwerke von erheblichen staatlichen Zuschüssen zur Realisation der Transformation hin zu einer klimaneutralen Produktion. Die Medien berichten über immer neue gigantische Förderzusagen für die Stahlwerke. Doch trotz dieser milliardenschweren Subventionen hat erst kürzlich ein großer Stahlhersteller angekündigt, die Produktionskapazitäten um 23 Prozent zu kürzen.“

Für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft

Von der Politik werde dabei offensichtlich nicht wahrgenommen, dass die Schrottwirtschaft eine entscheidende Rolle spielt, um die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, hieß es in Düsseldorf. Nur durch die Erhöhung des Schrottanteils bei der Stahlherstellung könne eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft realisiert werden. Der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung hat daher das „Green Scrap“ Symbol eingeführt, um den Beitrag der Schrottwirtschaft zur klimaneutralen Produktion hervorzuheben. Dieses Symbol steht für den geschlossenen, grünen Kreislauf, der es ermöglicht, grünen Stahl herzustellen.

„Die Herausforderungen sind groß, aber mit gemeinsamen Anstrengungen und innovativen Lösungen können wir die Transformation der Schrottwirtschaft vorantreiben und einen bedeutenden Beitrag zum Umweltschutz leisten.“ Nur mit einer verstärkten Nutzung von grünem Schrott sei eine nachhaltige Zukunft für die Stahlindustrie gestaltbar, unterstrich Sebastian Will abschließend. **DK**

Qualitätsgesicherte Sekundärbaustoffe sind Rohstoffe der Zukunft

Die Bauwirtschaft wird in Zukunft am Einsatz ressourcen-, flächen-, energie- und umweltschonender Sekundärbaustoffe nicht mehr vorbeikommen. Diese Botschaft nahmen die rund 100 Akteure aus der Bau- und Recyclingwirtschaft, aus Planungsbüros sowie der Bau-, Naturschutz- und Umweltverwaltung auf dem Ostbayerischen Recyclingbaustoff-Aufschlag des Baustoff Recycling Bayern e.V. und des BUND Naturschutz in Bayern e.V. in Straubing mit.

Gleichwertige Qualität zu Primärrohstoffen – Breites Einsatzpotenzial

Mineralische Abfälle sind nicht nur die mengenmäßig größte Abfallfraktion in Deutschland, sondern sie bergen erhebliche, leicht zu realisierende, brachliegende Einsatzpotenziale. Und in der Bewertung vieler bereits realisierter Baumaßnahmen zeigt sich: Sekundärbaustoffe sind oder werden in Zukunft nahezu universell einsetzbar sein. Als Straßenbaumaterial, Pflanzgranulate, für die Betonherstellung oder für den Erd-, Tief- und Hochbau. Qualitätsgesicherte Sekundärbaustoffe erfüllen alle gestellten bau- und umwelttechnischen Anforderungen. Erfahrungen aus zahlreichen Einbauten in der Praxis zeigen: Verwender sehen keinen Unterschied mehr zu Produkten aus Primärrohstoffen.

Verwertungsquoten steigern

Mehr noch, Sekundärbaustoffe sind dabei, sich immer neue Anwendungsbereiche zu erobern und sich damit ganz klar als Rohstoffe der Zukunft zu etablieren. Zudem ist die Deponieraumknappheit ein weiteres wichtiges Argument dafür, die Verwertungsquoten mineralischer Abfälle zu steigern und weiter auszubauen. Dies machte Stefan Schmidmeyer, Geschäftsführer des bvse-Fachverband Mineralik – Recycling und Verwertung und Geschäftsführer des Baustoff Recycling Bayern e.V., in seinen Ausführungen zu den Einsatzmöglichkeiten von Sekundärbaustoffen in der Praxis und den Voraussetzungen für die erfolgreiche Umsetzung von Recyclingprojekten mit vielen Praxisbeispielen deutlich.

Erfolgsgeschichten in der Praxis: RC-Baustoffe in Bayernkaserne ...

So berichtete Schmidmeyer vom Erfolgsbeispiel auf dem Gelände der alten Bayernkaserne in München, in der sogenannten Recycling-Siedlung. 5.500 neue Wohnungen werden dort aus rund 75 Prozent der alten Bausubstanz errichtet. Ca. 1,2 Millionen Tonnen Material werden dabei direkt vor Ort wiederverwendet. Etwa 600.000 Tonnen Material werden zu hochwertigen zertifizierten Sekundärbaustoffen aufbereitet und anschließend als Straßenbaumaterial, als Pflanzgranulate, für die Betonherstellung oder für den Erd- und Tiefbau eingesetzt.

... und Humboldt-Universität

Auch beim Einsatz von Recyclingbeton im Neubau des Forschungs- und Laborgebäude Lebenswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin, in der R-Beton mit einer Gesamtmenge von rund 5.400 m³ sowohl für die Herstellung der Schlitzwand als auch für die Bauhauptarbeiten am Gebäude eingesetzt wurde, zeigten sich hervorragende Ergebnisse, betonte Schmidmeyer. „Dieses Projekt zeigt neben vielen anderen, dass Recycler in der Lage sind, eine qualitativ hochwertige rezyk-

lierte Gesteinskörnung für den Einsatz in Beton zu produzieren, die der natürlichen Gesteinskörnung qualitativ in keinem Punkt nachsteht. Die Transportbetonproduzenten konnten R-Beton problemlos mit den vorgeschriebenen Anforderungen, z. B. an Festigkeitsklasse oder Konsistenz, herstellen und dabei den R-Beton beim Einbau genauso handhaben wie Normalbeton“, so der Baustoffrecyclingexperte.

Schonung natürlicher Ressourcen

Mit dem vermehrten Einsatz von Recyclingbaustoffen können zudem unsere wertvollen natürlichen Ressourcen geschont werden, machte Johann Meindorfer vom BUND Naturschutz in Bayern deutlich. Die Einsparung von Ressourcen und Energie durch eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist zentral wichtig für den Klima- und Umweltschutz, bestätigte auch der Geschäftsführer des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land (ZAW-SR), Gangolf Wasmeier.

Auch wenn der Gesamtbedarf an Baustoffen nicht komplett durch Sekundärbaustoffe substituiert werden kann, so gilt es doch, das vorhandene und bei weitem noch nicht ausgeschöpfte Recyclingpotenzial bei den jährlich anfallenden Bau- und Abbruchabfällen, wie Bauschutt und Bodenaushub, so weit als möglich auszuschöpfen, forderte Stefan Schmidmeyer. Die rechtlichen Voraussetzungen sind geschaffen, die Technik ist vorhanden und aus wirtschaftlicher wie auch ökologischer Sicht wäre dies mehr als geboten.

Öffentliche Hand mit Vorbildfunktion in der Pflicht

Als unabdingbare Voraussetzung dafür, dass der Einsatz von Sekundärbaustoffen weiter voranschreiten kann, muss insbesondere die öffentliche Hand ihrer Verpflichtung und Vorbildfunktion nachkommen, umweltverträgliche Recyclingbaustoffe verstärkt nachzufragen und einzusetzen, betonte Meindorfer. Jedoch wurde dafür in den vergangenen Jahren vor allem auf kommunalpolitischer Ebene zu wenig unternommen. In diesem Zusammenhang zeigte sich der Mitinitiator des Ostbayerischen Recyclingbaustoff-Aufschlags sehr erfreut darüber, dass sich die Stadt Straubing mit Bürgermeister Werner Schäfer mit einem Konzept bereits klar zu einem nachhaltigen Beschaffungswesen bekannt habe, das auch den Einsatz von RC-Baustoffen umfasst.

Recyclingbaustoffe werden Primärrohstoffe überall ersetzen können

In Zukunft wird es wohl kaum mehr ein Bauvorhaben geben, bei dem Primärbaustoffe, wie Kies und Schotter, nicht auch in größeren Anteilen als bisher durch Recyclingbaustoffe ersetzt werden können, lautete Meindorfers Resümee. □

Kampf gegen Wohnungslosigkeit

Bundeskabinett legt Nationalen Aktionsplan vor

Erstmals hat das Bundeskabinett einen Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit (NAP W) beschlossen. Ziel ist es, die Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland bis 2030 zu überwinden. Dies erfordert eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern, Kommunen sowie Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft.

Der 30 Seiten umfassende Aktionsplan identifiziert als bundesweiter Handlungsleitfaden Rahmenbedingungen und Herausforderungen und setzt mit seinen inhaltlichen Leitlinien und den Leitlinien zum Verfahren einen akzeptierten und abgestimmten Handlungsrahmen für alle beteiligten Akteure.

Kernpunkt: Mehr bezahlbare Wohnungen

„Dass es diesen bundesweiten Handlungsleitfaden gibt, war ein expliziter Wunsch der Zivilgesellschaft, der vielen Menschen, die sich um obdach- und wohnungslose Menschen kümmern“, betont Klara Geywitz, Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwick-

lung und Bauwesen. Mehr bezahlbare Wohnungen seien dabei der Kernpunkt für die Bekämpfung von Wohnungslosigkeit. Dafür stelle der Bund Milliarden für den Sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Mit dem WohngeldPlus sei zudem eine wichtige Unterstützung für Menschen geschaffen worden, die Probleme haben, ihre Miete zu bezahlen. Gemeinsam mit allen Akteuren werde man nun zum Beispiel an den Standards für die Unterbringung in Notunterkünften arbeiten. Frauen und Männer sollten getrennt untergebracht werden können, wenn sie das möchten. Auch die Prüfung des Zugangs einer Krankenversicherung sei Teil des NAP. „Und wir werden das Thema wei-

ter auf EU-Ebene angehen, denn Wohnungs- und Obdachlosigkeit ist ein länderübergreifendes Problem“, erläutert Geywitz.

Neue Kompetenzstelle

Auf Bundesebene wird beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eine Kompetenzstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit eingerichtet. Damit wird das Ziel verbunden, mittelfristig eine bundeseigene Institution gegen Wohnungslosigkeit zu etablieren, die neben der fachlichen Beratung und Begleitung der Bundesressorts ein Ort sein soll, an dem Informationen und Wissen aufgebaut und geteilt, Investitionen in bezahlbares Wohnen für wohnungslose Menschen modelhaft gefördert sowie deren Beratung durch eine vernetzte Zusammenarbeit der örtlichen Institutionen unterstützt werden.

Zu Beginn des Umsetzungsprozesses sollen drei Facharbeitsgruppen eingerichtet werden: „Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit“, „Wohnraumversorgung“, und „Hilfen, Hilfesysteme und Notversorgung“. Außerdem soll einmal im Jahr ein Jahreskongress zum Nationalen Aktionsplan stattfinden.

Laut einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes gab es zum Stichtag 31. Januar 2022 rund 178.100 untergebrachte wohnungslose Menschen, darunter etwa 47.200 Kinder und minder-

jährige Jugendliche. Die Gesamtzahl der Menschen ohne Unterkunft auf der Straße sowie der verdeckt wohnungslosen Personen wurde im Untersuchungszeitraum vom 31. Januar 2022 bis 07. Februar 2022 auf rund 86.700 Personen geschätzt. Neue Gesamtzahlen zur Wohnungslosigkeit in Deutschland werden im zweiten Wohnungslosenbericht des Bundes Ende 2024 veröffentlicht.

Leitbild allein genügt nicht

In einer gemeinsamen Mitteilung begrüßen die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW), die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W) und der Deutsche Städtetag den Nationalen Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit. Laut Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, „bringen die Städte schon jetzt viele obdachlose Menschen unter. Das wichtigste Mittel gegen Wohnungslosigkeit ist und bleibt ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum. Hier braucht es mehr Unterstützung von Bund und Ländern. Dazu muss der Bund auch die im Koalitionsvertrag geplanten Vorhaben in den Bereichen des Miet-, Boden- und Bauplanungsrechts endlich umsetzen.“

Ein Leitbild allein werde allerdings nicht genügen, um das ambitionierte Ziel Realität werden zu lassen, machen BAGFW, BAG W und Städtetag deutlich. Es brauche auch politische Handlungsspielräume und finanzielle Ressourcen sowie eine Ausweitung des Mieterschutzes. Denn aktuell sind laut der neuesten Hochrechnung der BAG W über 600.000 Menschen in Deutschland wohnungslos, etwa 50.000 von ihnen leben ohne Unterkunft auf der Straße. Und dies, obwohl es eine Vielzahl an Unterstützungsangeboten von Städten, Gemeinden und Verbänden gibt sowie zahlreiche ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.

„Die Zahlen verdeutlichen, dass es große gemeinsame Kraftanstrengungen braucht, wenn man die Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden möchte. Aus den Leitlinien des Nationalen Aktionsplanes müssen deshalb schnell konkrete und zielgerichtete Maßnahmen werden. Notwendig ist eine ressortübergreifende und über alle staatlichen Ebenen hinweg abgestimmte Vorgehensweise und neue gesetzliche Regelungen genauso wie konkrete Förderinstrumente. Es geht darum, wohnungslose Menschen mit Wohnraum zu versorgen und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen effektiv vor dem Verlust ihrer Wohnung zu schützen“, so BAGFW, BAG W und Städtetag abschließend. **DK**



V.l.: Dipl. Ing. Alfred Emhee, Matthias Hörl, Raffael Diepold, Landrat Stefan Löwl und Annette Resch. Bild: LRA Dachau

Kommunales Wohnungsbaugespräch:

Lösungsansätze für die Wohnraumkrise in Bayern

Weniger Bürokratie, attraktivere Förderprogramme, Steuerentlastungen sowie die ideologiefreie Gleichbehandlung unterschiedlicher Bauformen: Mit diesen vier Schritten könne die aktuelle Krise der Bauwirtschaft und der Wohnraummangel gezielt überwunden werden. Davon zeigten sich die rund 80 Teilnehmenden der Veranstaltung „Kommunales Wohnungsbaugespräch – Aktuelle Trends zum nachhaltigen Bauen“, die Mitte April im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Dachau stattfand, überzeugt.

Um ins Gespräch zu kommen, brachte die Wirtschaftsförderung des Landkreises in Kooperation mit der Bauinnung Dachau und dem Bayerischen Ziegelindustrie-Verband dafür Vertreter der örtlichen Bauwirtschaft, Architekten und Planer, mit Kommunalpolitikern und Mitarbeitern von Bauämtern und Kommunen zusammen. Nach einer Begrüßung durch Matthias Hörl, dem Geschäftsführer der Hörl & Hartmann Ziegeltechnik GmbH & Co. KG aus Dachau und Vorstandsmitglied des Bayerischen Ziegelindustrieverbands hob Landrat Stefan Löwl die Baubranche als einen der wichtigsten Wohlstandsgaranten der Region hervor. Aus diesem Grund liegt sie im ganz besonders am Herzen.

Baustoffneutral und technologieoffen

Obermeister Raffael Diepold führte dann schließlich ins das Hauptthema des Abends, das nachhaltige Bauen ein und plädierte für Technologieoffenheit und Baustoffneutralität bei Baugentscheidungen, um größtmögliche Nachhaltigkeit über den gesamten Lebenszyklus zu erreichen. „Wem echte Nachhaltigkeit am Herzen liegt, muss baustoffneutral und technologieoffen bauen und für jedes Bauvorhaben den richtigen Baustoffmix finden.“

Dipl. Ing. Alfred Emhee zeigte in seinem Vortrag „Klimafreundlich bauen – Ökobilanz, Klimaresilienz & Recycling“ unter anderem den Weg zur Klimaneutralität der Baubranche auf und wie diese erreicht werden kann. „Der Schlüssel liegt insbesondere in der Einsparung von CO₂, da-

her ist die Ökobilanz (CO₂-Bilanz) inzwischen zentraler Bestandteil der Nachhaltigkeitsbewertung.“, so Emhee.

Wie die Transformation zur CO₂-Neutralität der Baubranche in der Praxis aussieht, stellte Matthias Hörl am Beispiel seines Familienunternehmens am Standort Dachau dar. Nachhaltigkeit wird bei Hörl & Hartmann mit einem geschlossenen Recycling-Kreislauf in fünf Schritten erreicht. Dieser beginnt mit dem ökologischen Abbau direkt am Werk, der Nutzung alternativer Energien bei der Produktion und der Wiederverwendung von anfallenden Abfällen. „Seit 2012 wurden am Standort Dachau mehr als 30 Mio. EUR in modernste Anlagentechnik und Energieeffizienz investiert, unsere brennstoffbedingten Emissionen konnten um 46 Prozent reduziert werden und wir erzeugen mehr Strom, als wir verbrauchen.“, sagt Matthias Hörl. Um dies zu erreichen hat das Unternehmen mittlerweile sogar eine Synthesegas-Anlage, die den Bedarf an Erdgas zu substituiert. In der anschließenden Diskussion und in den Gesprächen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ging es insbesondere um die Frage, auf welchen Wegen die Klimaneutralität am besten und schnellsten erreicht werden kann.

Landrat Stefan Löwl fasst zusammen: „Zahlreiche Bauakteure aus dem ganzen Landkreis konnten sich über die aktuelle Situation der Baubranche einen Überblick verschaffen und sich erfolgreich vernetzen. Denn mit den großen Herausforderungen durch Normen, Bürokratie und finanziellen Rahmenbedingungen müssen alle Akteure zusammenarbeiten.“ **□**



Bundesbauministerin Klara Geywitz.

Bild:Henning Schacht

Der Ober sticht den Unter

§ 13b BauGB – Gründe und Folgen der Unionsrechtswidrigkeit

Auf Einladung von Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL und Landesvorsitzender des Arbeitskreises Juristen der CSU, referierte Prof. Dr. Andreas Decker, Richter und Mitglied des 4. Senats des Bundesverwaltungsgerichts, über „§ 13b BauGB – Gründe und Folgen der Unionsrechtswidrigkeit“. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 18.07.2023 den § 13b BauGB als mit Europarecht unvereinbar beurteilt und deswegen den in diesem Verfahren aufgestellten Bebauungsplan „Oberer Kittel/Wüstes Stück“ der Gemeinde Gaiberg in Baden-Württemberg für unwirksam erklärt.

Die Vorschrift regelte die Überplanung von Freiflächen außerhalb des Siedlungsbereichs einer Gemeinde im beschleunigten Verfahren. Wenngleich durch den Gesetzgeber mit § 215a BauGB zwischenzeitlich eine Reparaturvorschrift erlassen wurde, hat die vorgenannte Entscheidung weiterhin große Auswirkungen auf Bauherren und Kommunen, denn das Verfahren betrifft nicht nur die Gemeinde Gaiberg, sondern, nach Aussage von Decker, mehrere hundert Gemeinden allein in Bayern, die im Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit der gesetzlichen Regelung Bebauungsplanverfahren begonnen oder – wie im Fall von Gaiberg – bereits beendet haben.

Hintergrund

Auf Grundlage von § 13b wurden im Jahr 2017 befristet Au-

ßenbereichsflächen in das beschleunigte Genehmigungsverfahren für Bebauungspläne einbezogen. Ziel war es, die Errichtung von Wohnraum im Außenbereich zu erleichtern. Diese Befristung wurde im Zuge einer späteren Novellierung des BauGB durch das „Baulandmobilisierungsgesetz“ vom 14. Juni 2021 bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.

Gegen den von der Gemeinde Gaiberg 2018 aufgestellten Bebauungsplan wurde in mehreren Verfahren geklagt. Den Normenkontrollantrag hat der Verwaltungsgerichtshof als unbegründet abgewiesen, denn er hielt § 13b BauGB für unionsrechtskonform, er ging davon aus, dass das Aufstellungsverfahren ordnungsgemäß durchgeführt wurde und der Bebauungsplan, jedenfalls in seiner letzten Fassung, auch materiell-rechtlich nicht

zu beanstanden war. Allerdings hat der BUND als Antragsteller die vom Verwaltungsgerichtshof zugelassene Revision eingelegt, sich aber darauf beschränkt, die Unionsrechtswidrigkeit des § 13b BauGB zu rügen. Der 4. Revisionssenat hat deshalb nur geprüft, ob § 13b BauGB mit den Vorgaben aus Art. 3 Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5 und Abs. 7 SUP-Richtlinie im Einklang steht. Das Ergebnis des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig lautete: § 13b BauGB wurde als mit Europarecht unvereinbar beurteilt.

Die Vorsitzende des BUND Baden-Württemberg, Sylvia Pilarsky-Grosch, begrüßt das Urteil. In einer Pressemitteilung heißt es: „Deutsches Baurecht darf europäisches Umweltrecht nicht aushebeln. ... Denn § 13b BauGB hat dazu geführt, dass hier in Gaiberg, wie auch in vielen weiteren Kommunen, Baugelände ohne Umweltprüfung ausgewiesen wurden.“ Der Anwalt des BUND, Dirk Teßmer, ergänzte: „Das Urteil geht in seiner Bedeutung weit über den konkreten Fall hinaus. Da § 13b BauGB für europarechtswidrig befunden wurde, gilt das – deutschlandweit – auch für alle anderen Bebauungspläne, die im Verfahren nach § 13b BauGB aufgestellt wurden.“

Wie es weiter geht, erklärt die Gemeinde in einer Pressemitteilung: „Die vom BVerwG als europarechtswidrig und damit als unanwendbar bezeichnete Norm betrifft das Verfahren, nicht den Inhalt des Bebauungsplans. Der Bebauungsplan kann ohne weiteres mit demselben Inhalt, lediglich in einem anderen Verfahren erneut aufgestellt werden. Das BauGB sieht für fehlerhafte Bebauungspläne ein „Heilungsverfahren“ (§ 214 Abs. 4 BauGB) vor.“ Für die Käufer und Bauherren im Baugelände bedeutet das, dass die Verwaltung dem Gemeinderat vorschlägt, ein Heilungsverfahren durchzuführen. **CH**



V.l.: Prof. Dr. Andreas Decker gemeinsam mit Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL. Bild:CH

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten



www.bayerngrund.de

Bayern Grund

- ✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen
- ✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in Ihrem Haushalt
- ✓ Wir sind Ihr „Bauamt auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten
- ✓ Wir arbeiten für Sie selbstverständlich nach den Vergabe- und Fördermittelrichtlinien



ABC der Heimischen Rohstoffe Dekarbonisierung

Ziel: Klimaneutraler Beton bis 2045

Beton, oder exakter gesagt, das zur Erhärtung zugegebene Bindemittel Zement, trägt weltweit zu rund 6 bis 7 Prozent der anthropogenen CO₂-Emissionen und deutschlandweit immerhin zu 3 Prozent (das sind rund 20 Mio. Tonnen pro Jahr) der menschengemachten Treibhausgasemissionen bei. Um klimaneutralen Beton herstellen zu können, muss bei der Zementherstellung angesetzt werden. Effizienzsteigerungen und die Anstrengungen zum Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien sollen bis 2045 weitestgehend CO₂-neutrale Produktionsprozesse ermöglichen. In der Fachsprache bezeichnet man das als Dekarbonisierung.

Bei der Zement- und Branntkalkherstellung ist eine Dekarbonisierung nur bedingt möglich, weil der überwiegende Anteil an Kohlendioxid prozessbedingt entsteht. D. h. selbst bei der Verwendung CO₂-neutraler Energien, wie z. B. grünem Wasserstoff oder Wind- und Solar-Strom, verbleiben rund 2/3 des heutigen Ausstoßes an Treibhausgasen, die bei hohen Temperaturen von rund 1.450 °C aus dem Ausgangsmaterial Kalkstein herausgelöst werden. Und Beton ohne Zement ist wie ein Aquarium ohne Wasser. Es funktioniert nicht.

Entwicklung neuer Zemente und leistungsoptimierter Betoneinsatz

Um ganz korrekt zu sein, besteht der handelsübliche Zement, der für die Herstellung von Beton benötigt wird, ebenso aus einer Vielzahl von Ausgangsstoffen, von denen nur der sogenannte Zementklinker den zuvor beschriebenen emissionsreichen Produktionsprozess durchläuft. Deshalb arbeitet die Zementindustrie bereits seit langem daran, einen Teil dieses Zementklinkers durch andere Bestandteile zu ersetzen.

Der Schlüssel zum klimaneutralen Beton: CCUS-Technologie

Um das Bauen mit Beton tatsächlich auf Null klimarelevante Emissionen zu bringen, bedarf es ganz neuer Technologien, an denen Zement-

und Kalkhersteller seit mehreren Jahren forschen. Das sind Verfahren, die eine Abscheidung des unerwünschten Kohlenstoffdioxids aus dem Abgasstrom der Zement- und Kalköfen und eine Weiternutzung oder dauerhafte Einspeicherung des CO₂ ermöglichen. Diesen Gesamtprozess bezeichnet man als CCUS.

Im Labor sowie bei kleineren Abscheideanlagen haben sich unterschiedliche Verfahren bereits bewährt. Noch bis Ende 2024 wird es den ersten klimaneutralen Zement geben, der im norwegischen Brevik produziert wird.

Allerdings: so einfach wie sich das hier anhört ist es nicht. Die Technik ist weitgehend bekannt und erprobt, aber es gibt eine Reihe von rechtlichen Hürden, z. B. bei der Einspeicherung. Für den Weg in die Klimaneutralität brauchen wir eine komplett neue Infrastruktur, um einerseits grüne Energie verfügbar und andererseits den Transport von abgeschiedenen CO₂ möglich zu machen.

Könnten wir nicht mittelfristig auf Zement verzichten?

Das scheint angesichts des weiterhin hohen Baubedarfs beim Wohnungsbau und in der Infrastruktur eher illusorisch. Beton ist zu vielseitig, um ihn in nennenswerten Mengen durch alternative klimaneutrale Baustoffe zu ersetzen. Und: ohne Zement funktioniert eben auch der Beton nicht. □

Begriffserläuterungen

- Dekarbonisierung: bezeichnet die Verringerung bzw. Vermeidung von Treibhausgasemissionen in allen Lebensbereichen (Wohnen, Verkehr, Industrie etc.) insbesondere durch die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger
- CCUS: „Carbon Capture and Utilisation bzw. Storage“, also auf deutsch „Kohlenstoffabscheidung und Nutzung bzw. Speicherung“

Arbeitskreis Militärkonversion in Penzing:

Ruf nach besserer Kommunikationskultur

Seit 2013 tauschen sich die bayerischen Konversionsstädte untereinander und mit Vertretern der bayerischen Staatskanzlei, des bayerischen Bauministeriums und des bayerischen Wirtschaftsministeriums aus, um eine tragfähige Nachnutzung für die ehemals militärisch genutzten Liegenschaften zu finden. Anfang Mai traf sich der Arbeitskreis Militärkonversion des Bayerischen Städtetags bereits zum zwanzigsten Mal an einem bayerischen Konversionsstandort.

„Man darf dabei nicht vergessen, dass einige bayerische Kommunen vom Abzug des Militärs schwer getroffen sind. Für die betroffene Kommune ist die Konversion eine komplexe Zukunftsaufgabe. Bislang militärisch genutzte Flächen, die oft zentral in den Städten liegen, müssen städtebaulich entwickelt werden und sie müssen vollwertig in die Gemeindefläche integriert werden. Die Kommunen benötigen langfristige Unterstützung und Planungssicherheit für diesen Prozess,“ betont das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Bayerischen Städtetags, Bernd Buckenhofer.

Allzu oft wurde der Planungsprozess in den Konversionsstädten durch unzureichende Kommunikation erschwert. So hat Penzings Bürgermeister Peter Hammer, Gastgeber der 20. Sitzung des Arbeitskreises, erst im Zuge der öffentlichen Berichterstattung von einer Bedarfsprüfung des Bundes auf der Penzinger Liegenschaft für das Raketenschutzschild Arrow erfahren. Dabei sind die Planungen für eine zivile Anschlussnutzung in Penzing bereits weit fortgeschritten: Die Penzing Studios möchten dort Europas größten Filmstudio-komplex errichten.

2018 erfuhren die Konversionsstädte zunächst über die Medienberichterstattung über neue Stationierungspläne des Bundes und eine Verschiebung der Frei-gabezeitpunkte der Liegenschaften. Auch bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden

den leisten die Konversionsstädte einen zentralen Beitrag, werden aber oft im Ungewissen gelassen.

Notwendige Neubewertung des Stationierungskonzepts

„Die bayerischen Konversionskommunen wollen einen wirkungsvollen Beitrag zur humanitären Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden leisten. Die aktuelle Situation macht es wieder erforderlich, dass Flüchtlinge auch in leerstehenden Kasernengebäuden und verlassenen militärischen Liegenschaften vorübergehend Schutz finden,“ unterstreicht der Vorsitzende des Arbeitskreises Christian Hinterstein, berufsmäßiger Stadtrat der Stadt Bamberg: „Wir kritisieren nicht die Notwendigkeit, auf geänderte Gegebenheiten zu reagieren. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine macht eine Neubewertung des Stationierungskonzepts der Bundeswehr notwendig. Wir kritisieren die fehlende Kommunikation. Weder der Bund noch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben BImA haben die betroffenen Standortkommunen über die neue Situation auf der Liegenschaft informiert. Dabei ist das vertrauensvolle Zusammenwirken von Bund und Kommunen für den Konversionsprozess zentral.“

Planungsunsicherheit ist ein ständiger Begleiter der dritten großen Konversionswelle in Deutschland. Auch die sogenann-

ten Verbilligungsrichtlinien, mit denen der Bundeshaushaltsgesetzgeber seiner Immobiliengesellschaft BImA erlaubt, Grundstücke verbilligt an Standortkommunen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, beispielsweise für den sozialen Wohnungsbau, zu verkaufen, wurden erst kurz vor Jahresende und dem Auslaufen der Verbilligungssätze um weitere fünf Jahre verlängert und auch punktuell verbessert.

Staatskanzleiminister Dr. Florian Herrmann und der Bayerische Städtetag haben massiv auf eine frühzeitige Verlängerung der Verbilligungsrichtlinien gedrängt, um den Standortkommunen dieselben Startchancen zu geben, deren Freigabezeitpunkt vom Bund nach hinten verschoben wurde.

Für den Bayerischen Städtetag ist die Verlängerung der Geltungsdauer der Verbilligungsrichtlinien ein Teilerfolg, sagt Buckenhofer: „Dass die Verbilligungen für jede geschaffene Wohninheit erhöht wurden, ist zu begrüßen. Es wird aber nicht berücksichtigt, dass in einem neuen Quartier nicht nur Wohnungen, sondern hierfür erforderliche Infrastruktur, Kindergärten, Schulen und Straßen, gebaut werden müssen. Es werden punktuelle Abzüge von teils hohen Kaufpreisforderungen gewährt. Der Bayerische Städtetag unterstreicht die Auffassung, dass der richtige Weg eine Bemessung des Kaufpreises unter Berücksichtigung der sozialen Zielsetzung der Standortkommune wäre. Sollten danach Planungsgewinne bei der Standortkommune entstehen, könnten diese mit dem Bund abgerechnet werden, sobald die Maßnahmen abgeschlossen sind. Die damaligen Als-Ob-Maßnahmen könnten dafür Vorbild sein.“ □

Lokale Kaltluft für die Planung richtig bewerten

Die aktualisierte Kaltlufttrichtlinie gibt für die Umwelt- und Flächenplanung eine überarbeitete und erweiterte Hilfestellung zur Beurteilung der Planungsrelevanz lokaler Kaltluftprozesse. Insbesondere wurden quantitative Beurteilungsmethoden ergänzt.

(Un-)Erwünschte Auswirkungen der Kaltluft

Die Bedeutung der lokalen Kaltluft für die Bereiche Stadtentwicklung, Straßenbau, Landwirtschaft und Immissionsschutz wird in der Richtlinie VDI 3787 Blatt 5 E hervorgehoben. Lokale Kaltluft, die sich bei autochthonen Wetterlagen in gegliedertem Gelände bildet und lokal die Temperatur beeinflusst, spielt eine wichtige Rolle in der räumlichen Gesamtplanung auf regionaler und lokaler Ebene.

Lokale Kaltluft ist Luft, die gegenüber ihrer Umgebungsluft kühler ist und als untere Atmosphärenschicht auf der Erdoberfläche lagert. Sie entsteht während klarer, austauscharmer und von überregionalen Windströmungen unbeeinflussten Witterungsbedingungen insbesondere nachts auf sich abkühlenden natürlichen, heißt unversiegelten Oberflächen.

Die Schichtung der Kaltluft ist sehr stabil und in flachem Gelände äußerst lagefest. In geneigtem Gelände erfolgt jedoch ein gravitativer Kaltlufttransport zu niedrigeren Geländelagen. Eine weitere Möglichkeit des Kaltlufttransports kann ggf. eine nahe gelegene städtische Wärmeinsel sein, die als relatives örtliches Tiefdruckgebiet die Kaltluft bodennah vom Umland („von der Flur“) in Richtung Siedlung saugen kann (Flurwind).

Die bodengebundenen Kaltluftströme sind jedoch sehr empfindlich gegenüber Strömungshindernissen wie Dämmen, Mauern, Häuserzeilen, Baumhecken, Gehölzen oder Wäldern, welche die Kaltluftströme stoppen und zu einem luvseitigen Kaltluftstau mit anschließender Ausbildung von Kaltluftseen führen können. Baum- und siedlungsfreie Täler und Ventilationsbahnen im urbanen Bereich hingegen fördern den Kaltlufttransport.

Kaltluft kann auf verschiedene Flächennutzungen positive oder negative Wirkungen haben. In der Landwirtschaft und im Straßenwesen beispielsweise kann Kaltluft in den kühleren Jahreszeiten die Bildung unerwünschter Fröste begünstigen. Im Städtebau hingegen ist die Zufuhr von Kaltluft aus dem Umland oder aus größeren innerstädtischen Parks zur Minderung insbesondere sommerlicher Wärmelastungen in Wohngebieten erwünscht, gerade auch im Hinblick auf die zukünftige Zunahme und Intensivierung von Hitzeperioden. Ferner können Kaltluftflüsse im Siedlungsraum zur lufthygienischen Verbesserung beitragen. Andererseits besteht in Gewerbe- oder Industriegebieten sowie in alten Wohnsiedlungen mit veralteter Gebäudeheiztechnik die Gefahr der Anreicherung der Kaltluft mit unerwünschten anthropogenen Spurenstoffen.

Die Richtlinie soll dazu beitragen, die positiven Effekte der Kaltluft bei der Planung von Wohngebieten, Industrie- und Gewerbegebieten, Verkehrswegen und Kraftwerken zu nutzen und bei Sanierung und Umnutzung bestehender Baugebiete und Anlagen zu verstärken. Die Beeinträchtigung der positiven Wirkung der Kaltluft soll bei der Erweiterung bestehender oder Planung neuer Baugebiete und Anlagen minimiert werden.

Richtlinie als Entscheidungshilfe für Planungsverantwortliche

Hinsichtlich des umweltrechtlich geforderten Schutzes der Naturressource Klima ergibt sich daher die planungsrechtliche Not-

VDV zur wirtschaftlichen Lage im ÖPNV:

Dramatische Zuspitzung

Aktuell sind nach Auskunft des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen mehr als elf Millionen Menschen im Besitz eines Deutschlandtickets. Im Laufe des ersten Jahres hätten rund 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger mindestens einmal ein Deutschland-Ticket besessen. Durch das Ticket seien die Fahrgäste in die Busse und Bahnen zurückgekehrt und die coronabedingten Fahrgastverluste damit weitgehend rückgängig gemacht worden.

„Die Fortsetzung dieser Erfolgsgeschichte ist jedoch gefährdet, denn die strukturelle Unterfinanzierung der Branche ist durch das Deutschland-Ticket verfestigt worden, die wirtschaftliche Lage des öffentlichen Nahverkehrs ist insgesamt dramatisch“, urteilt der VDV.

Der Bund ist am Zug

Nach den Worten von Ingo Wortmann, VDV-Präsident und Vorsitzender der Geschäftsführung der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG), „ist das Deutschland-Ticket ein Beispiel dafür, was möglich ist, wenn alle Akteure an einem Strang ziehen. Nach einem Jahr zeigt sich: Das D-Ticket hat maßgeblich dazu beigetragen, während der Pandemie verlorene Fahrgäste für den ÖPNV zurückzugewinnen. Insgesamt liegen die Fahrgastzahlen allerdings vor allem außerhalb der Ballungsräume und Großstädte noch etwas unterhalb der Vor-Corona-Jahre, daher haben wir uns mit einer Steigerung auf 15 Millionen D-Tickets bis zum Jahresende ein ehrgeiziges Ziel gesetzt – sofern die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.“

Aus Wortmanns Sicht ist nun der Bund am Zug und muss sich, so

wendigkeit, im Rahmen von Flächenplanungen potenzielle lokale Kaltluftprozesse zu erkennen, ihre lokale Wirkung zu beschreiben, hinsichtlich der Relevanz für das lokale Klima und die lokale Flächennutzung zu bewerten und gegebenenfalls durch geeignete Planungsmaßnahmen ein verträgliches Lokalklima zu erreichen.

Ziel dieser Richtlinie ist eine qualifizierte Hilfestellung für diese Aufgabe. Sie ermöglicht Umwelt-, Raum- und Stadtplanern die umwelt- und planungsrechtlich angemessene Berücksichtigung, Bewertung und Behandlung des Themas lokale Kaltluft, indem die Grundlagen und Wirkungen der Kaltluft auf der lokalen Skala erläutert werden. Der in überregional ausgedehnten Hügel- und Berglandschaften nachweisbare Einfluss regionaler Kaltluftflüsse bleibt aus Gründen der Übersichtlichkeit unberücksichtigt.

Qualifizierte Hilfestellung

Als neues Werkzeug dient ein grafisches Entscheidungsbaum-schemata zur Beurteilung der lokalen Kaltluftrelevanz für Siedlungen anhand topografischer Gebietsmerkmale. Ergänzend werden quantitative Methoden zur objektiven Bearbeitung des Themas aufgezeigt, wobei neben den weiterhin enthaltenen einfachen empirischen Methoden zur Erstein-schätzung erstmals physikalisch basierte Beurteilungsmaßstäbe bereitgestellt werden.

Die lokale Kaltluft gewinnt insbesondere durch den projizierten Klimawandel an Bedeutung und stellt somit einen wichtigen Faktor für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Raumplanung dar.

Die Richtlinie VDI 3787 Blatt 5 E „Umweltmeteorologie - Lokale Kaltluft“ ist im März 2024 als Entwurf erschienen und kann für 103,50 Euro bei DIN Media (Tel.: +49 30 2601-2260) bestellt werden. Einsprüche zum Entwurf können über das elektronische Einspruchsportal oder eine E-Mail an die herausgebende Gesellschaft (krdl@vdi.de) eingereicht werden. Die Einspruchsfrist endet am 30.06.2024.

VDI-Mitglieder erhalten 10 Prozent Preisvorteil auf alle VDI-Richtlinien. □

und selbst das genüge nicht, um die Kostensteigerung bei Personal, Energie oder Instandhaltung aufzufangen. Für Ausbau oder Modernisierung des Systems fehlten die Mittel. „Wir waren im ÖPNV nie weiter weg von dem im Zuge der Verkehrswende politisch vereinbarten Ausbauzielen als aktuell“, mahnte der VDV-Chef. DK

Nürnberg – Erlangen – Herzogenaurach:

VCD-Resolution für Stadt-Umland-Bahn

Im Rahmen einer vom Verkehrsclub Deutschland (VCD)/Landesverband Bayern organisierten Tagung bayerischer Bahnreaktivierungs-Initiativen in Nördlingen wurde eine Resolution zur Stadt-Umland-Bahn (StUB) von Nürnberg über Erlangen nach Herzogenaurach verabschiedet. Die StUB habe große Bedeutung für die öffentliche Mobilität und leiste einen Beitrag bei der Bewältigung der Klimakrise, betonten die Tagungsteilnehmer.

Das seit Jahrzehnten in der Diskussion befindliche Projekt der Einführung eines Stadtbahnsystems für Erlangen stelle den Anschluss an die Straßenbahn in Nürnberg und damit die Verbindung der unterschiedlichen Wissensstandsstandorte in der Metropolregion dar. Gleichzeitig verbessere es die Anbindung der Standorte von Adidas und Puma in Herzogenaurach.

Die StUB wird seit vielen Jahren diskutiert. Die geplanten Kosten von rund 640 Millionen Euro

tragen zu 90 Prozent der Freistaat Bayern und der Bund. Die Städte Nürnberg, Erlangen und Herzogenaurach haben bereits mehrere Millionen Euro in die Planung investiert.

Am 9. Juni findet ein Bürgerentscheid zur StUB statt. Initiator ist die Erlanger CSU-Stadtratsfraktion, die bauliche Eingriffe in ihrer Stadt befürchtet. Bei einem Bürgerentscheid 2016 hatten sich 60 Prozent der Teilnehmer für die Stadt-Umland-Bahn ausgesprochen. DK

Verkehrsministerkonferenz in Münster:

Offene Baustellen

Knapp ein Jahr nach der Einführung des Deutschlandtickets drängen die Bundesländer auf eine nachhaltige und längerfristige finanzielle Absicherung. Deshalb arbeiten sie mit dem Bund an der dauerhaften Finanzierung des Deutschlandtickets über das Jahr 2025 hinaus. Einen entsprechenden Beschluss haben die Minister und Senatoren auf ihrer Frühjahrssitzung in Münster getroffen.

Für 2024 soll der Einführungspreis von 49 Euro weiterhin bestehen bleiben, um möglichst viele Kunden für das neue Angebot zu gewinnen. Laut Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter, gleichzeitig Sprecher der unionsgeführten Länder, ist das Deutschlandticket noch nicht das Erfolgsmodell für ganz Deutschland, als das es gerne hingestellt wird. Vor allem im ländlichen Raum hätte den Menschen eine Investition in verbesserte Infrastruktur und ein zuverlässiges Angebot mehr gebracht als ein günstiges Ticket. „Da das Ticket aber nun eingeführt ist, sollten wir am einfachen Zugang zum öffentlichen Nahverkehr festhalten. Dafür ist aber maßgeblich, dass der Bund endlich die zugesagten Restmittel aus dem vergangenen Jahr überträgt. Nur so können wir den aktuellen Preis von 49 Euro für den Rest des Jahres gewährleisten.“

Auf der Grundlage der Entwicklung und der Prognosen zu den Verkaufszahlen, der Kostenentwicklung und somit des Zuschussbedarfs wird die Verkehrsministerkonferenz rechtzeitig in der zweiten Jahreshälfte 2024 einen Ticketpreis für das Jahr 2025 festlegen. Bekräftigt wurde auch die Bereitschaft für eine nachhaltige und längerfristige finanzielle Absicherung des Tickets über das Jahr 2025 hinaus.

Ein weiteres dominierendes Thema auf der Frühjahrssitzung der Verkehrsministerkonferenz war die Gesamtfinanzierung der Verkehrsinfrastruktur und des ÖPNV. Nach einer Studie des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) ist für den Öffentlichen Personennahverkehr allein bis 2031 ein Finanzbedarf für den Ausbau und die Modernisierung von rund 40 Milliarden Euro notwendig. Nach Auffassung der Verkehrsminister stellt dies jedoch nur eine Untergrenze der notwendigen Mittel dar. Hinzu kommen noch weitere notwendige Erhaltungsinvestitionen in die Straßen-, Brücken und Wasserstraßeninfrastruktur. Wie Bernreiter darlegte, „ist mehr Geld für die Infrastruktur zweifelsohne eine Forderung, hinter der wir uns alle versammeln können. Wichtig ist dabei, dass sich der Bund nicht

aus der Verantwortung stiehlt und über Umwege die Länder zur Kasse gebeten werden. Die Forderung an den Bund ist klar: Wir brauchen mehr Investitionen und eine zuverlässige Finanzierung für Straße und Schiene!“

Kritik an Bundesschienenwegebauausbaugesetz

Bayerns Verkehrsminister bekräftigte seine Kritik an der Novelle des Bundesschienenwegebauausbaugesetzes: „Das Gesetz ist dringend notwendig, um das marode Schienennetz in Deutschland auf Vordermann zu bringen. Aber in dieser Form ist es unbrauchbar, da wichtige Themen ausgeklammert werden. Hier müssen unbedingt grundlegende Nachbesserungen her. Deswegen haben die Länder den Vermittlungsausschuss angerufen, ich habe selbst im Bundesrat dazu gesprochen. Die Bahn muss ihr Netz dringend modernisieren. Allerdings darf sich das nicht nur auf so genannte ‚Hochleistungskorridore‘ beschränken. Wir haben in Bayern viele Regionalverkehrsstrecken, die dringend ertüchtigt werden müssen. Wir brauchen einen Booster für das gesamte Schienennetz, und nicht nur für die Hauptstrecken. Vollsperrungen darf es nur geben, wenn ein sinnvoller Schienenersatzverkehr organisiert und finanziert wird. Der Bund darf diese Aufgaben nicht auf die Länder abwälzen und muss wichtige Maßnahmen auf Haupt- und Nebenstrecken finanzieren. Das betrifft etwa die Umstellung auf das europäische einheitliche Zugsicherungssystem ETCS. Der Freistaat muss zahlreiche Nahverkehrsfahrzeuge entsprechend umrüsten, beziehungsweise Neufahrzeuge mit ETCS-bestellen. Das geht nicht ohne Förderung durch den Bund. Bislang ist das im Gesetz nicht enthalten.“

Ausbau und Modernisierung des ÖPNV

Auch beim Ausbau und der Modernisierung des ÖPNV-Angebots schaffe der Bund neue Probleme, so Bernreiter. Um die Klimaziele zu erreichen, sollen Busse

auf saubere, alternative Antriebe umgestellt werden. Eine europäische Richtlinie bzw. das Bundesgesetz zu deren Umsetzung schreiben Verkehrsunternehmen dafür Quoten vor. Laut Bernreiter sind hier massive Investitionen nötig. Die Unterstützung des Bundes für die Unternehmen sei nie ausreichend, die Förderungen immer überzeichnet. Der Freistaat habe deswegen freiwillig Mehrkosten für alternative Antriebe bezuschusst, wenn eine Bundesförderung abgelehnt wurde. 2023 seien mit sechs Millionen Euro insgesamt 236 Klimabusse gefördert worden. Da der Bedarf steigt, sei im bayerischen Koalitionsvertrag das Ziel von 400 Klimabusen pro Jahr festgeschrieben worden. Jetzt aber habe der Bund die Förderung massiv gekürzt. Heuer fehlten 77 Millionen Euro, bis 2028 seien es 210 Millionen Euro weniger. Dies widerspreche dem Klimaschutz und Sorge dafür, dass die höheren Kosten für alternativ angetriebene Busse über die Ticketpreise an die Fahrgäste weitergegeben werden. Dies könnten die Länder nicht ausgleichen.

„Statt über Fahrverbote zu sprechen, um die Klimaziele zu erreichen, sollte Bundesminister Wissing sich lieber für eine Fortsetzung der Förderung einsetzen“, empfahl Bernreiter. „Mit dieser Politik drohen beim gesamten ÖPNV in den kommenden Jahren ein Modernisierungstau und damit weniger Angebot für die Fahrgäste.“

Radverkehr

Stichwort Radverkehr: In einem 14 Punkte umfassenden Beschluss bedauern die Minister und Senatoren unter anderem, dass der Bund der Forderung vergangener Beschlüsse der Verkehrsministerkonferenz nach einer deutlichen Erhöhung der Bundesmittel zur Finanzierung der investiven Radverkehrsförderung auf 1 Mrd. Euro jährlich bis 2030 nicht entsprochen habe. Die Verkehrsministerkonferenz bittet darum, dass die Radverkehrsförderung des Bundes im Bundeshaushalt für das Jahr 2025 zunächst mindestens wieder das Niveau des Jahres 2022 erreichte und im Anschluss zunehmend gestärkt wird. Darüber hinaus wird der Bund aufgefordert, das Straßenverkehrsgesetz um eine Innovationsklausel zu erweitern, um die Erprobung zusätzlicher fahrradfreundlicher Maßnahmen vor Ort zu ermöglichen. **DK**



In Kooperation mit der Bayern Tourismus Marketing GmbH

Mobilität & Tourismus: Eine untrennbare Kombination

Mobilität und Tourismus sind untrennbar miteinander verbunden. Die Erreichbarkeit von Urlaubsdestinationen ist ein entscheidender Faktor bei der Wahl des Reiseziels und damit für Bayerns Destinationen von existenzieller Bedeutung. Mit Blick auf eine nachhaltige Tourismusentwicklung ist aber nicht nur die Anreise eine Herausforderung. Auch die Art und Weise, wie sich Gäste in der Destination bewegen, spielt dabei eine zentrale Rolle. Gleichzeitig beeinflussen Mobilität, Komfort und Flexibilität maßgeblich die Qualität des Aufenthalts und damit auch die Zufriedenheit der Reisenden. Attraktive und nachhaltige Mobilitätsangebote erhöhen die Gesamtattraktivität von Destinationen, fördern eine positive Entwicklung der touristischen Nachfrage und werden künftig auch immer stärker von Gästen erwartet werden.

Mobilität gemeinsam denken

Touristische Akteure haben auf diesen zentralen Aspekt des Tourismus aber nur bedingt Einfluss: Die Verkehrsplanung ist in der Regel Aufgabe der öffentlichen Verwaltung. Um die Mobilität in touristischen Regionen langfristig nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten, müssen auch die Besonderheiten des touristischen Verkehrs berücksichtigt werden. Eine enge Zusammenar-

beit zwischen Tourismusakteuren und Verkehrsplanungsverantwortlichen ist dafür unerlässlich. Der Erfolg des bayerischen Tourismus ist eng mit einer gut durchdachten Verkehrsanbindung und attraktiven sowie nachhaltigen Mobilitätskonzepten vor Ort verknüpft. Davon profitieren am Ende nicht nur die Gäste, sondern vor allem auch die Einheimischen.

In der vor Ort-Mobilität sind durch die Zusammenarbeit von Tourismus und kommunalen Verantwortlichen bereits spannende und erfolgreiche Ansätze entstanden. Beispielsweise im Bayerischen Wald mit dem „GUTi-Ticket“, das Urlaubsgäste, die in der Nationalpark- und Naturparkregion Bayerischer Wald umweltbewusst ohne Auto unterwegs sind, mit einer kostenlosen Nutzung des ÖPNV belohnt. Auch die digitale „Paffenwinkel-Gästekarte“ und die „Königscard“ im westlichen Oberbayern und im Allgäu animieren Gäste dazu, auf den Bus umzusteigen und damit zu den Sehenswürdigkeiten, Seen, Schlössern, Bergen und Veranstaltungen zu fahren.

Mehr zum Thema Mobilität und Tourismus wird in der kommenden Ausgabe des BayTM Magazins zu lesen sein. Dieses erscheint im Juli 2024 unter magazin.tourismus.bayern. Hier können auch alle bisherigen Ausgaben des BayTM Magazins abgerufen werden. **□**

Brandrisiko bei E-Scooter Batterien

TÜV-Verband und unabhängige Gutachten der ÖPNV-Branche kommen zu ähnlichen Einschätzungen

Im letzten Drittel einer langen Pressemitteilung des TÜV-Verbands, der politischen Interessenvertretung der TÜV-Prüforganisationen, zur Brandgefahr bei E-Scootern steht der entscheidende Satz: „Mit der angekündigten Novelle der eKfV sollte eine Angleichung der Sicherheitsanforderungen für Batterien von E-Scootern und Pedelecs erfolgen.“ Die dort geforderte Angleichung von Sicherheitsstandards bei den Batterien von E-Scootern an die höheren Anforderungen, die bei Pedelecs bereits gelten, sind aus Sicht der Betriebsverantwortlichen der ÖPNV-Unternehmen der wesentliche Punkt.

Laut VDV-Geschäftsführer Martin Schmitz „ist es gut, dass der TÜV-Verband an der entscheidenden Stelle zu ähnlichen Erkenntnissen kommt wie die beiden unabhängigen Gutachten, die wir als Branche dazu in Auftrag gegeben haben: Aktuell besteht eine Regelungslücke bei den Sicherheitsstandards der mechanischen Festigkeit von Batterien in E-Scootern. Was auf den ersten Blick wie eine Kleinigkeit oder Formalie wirkt, ist aus Sicherheitsaspekten und in Haftungsfragen ein entscheidender Baustein.“

Genau deshalb, so Schmitz, sähen sich die Betriebsverantwortlichen der ÖPNV-Unternehmen

aktuell zum Handeln gezwungen. Solange diese Frage offenbleibt, müsse weiterhin vor Ort durch die betrieblich Verantwortlichen entschieden werden, wie mit der Mitnahme von E-Scootern in Bussen und Bahnen umzugehen ist. „Da hilft auch der Hinweis auf eine Straßenzulassung dieser Fahrzeuge nicht.“

Regelungslücke schließen

Denn im Brandfall seien die Auswirkungen von brennenden Akkus und Batterien auf der Straße, also unter freiem Himmel, komplett anders als in geschlossenen Räumen wie in Bus

oder Bahn, bemerkte der Geschäftsführer. Besonders die entstehende Rauchentwicklung und auch das mögliche Feuer im Ein- und Ausstiegsbereich der Fahrzeuge könne in hohem Maße gesundheitsgefährdend für alle Fahrgäste in den Fahrzeugen sein. „Damit E-Scooter künftig überall im ÖPNV wieder mitgenommen werden können, muss die Regelungslücke geschlossen werden. Dies geht am besten über die Angleichung der entsprechenden Norm.“

Bis dahin könnten die Hersteller auch rechtssicher und verbindlich schriftlich erklären, dass ihre Fahrzeuge alle notwendigen gesetzlichen Vorgaben, auch bezüglich der Sicherheit der verbauten Batterie, erfüllen. Dazu reiche allerdings nicht eine Pressemitteilung mit vielen Aussagen im Konjunktiv. „Gerne stehen wir dazu auch weiterhin für den fachlichen Austausch mit dem TÜV zur Verfügung. Inhaltlich liegen wir an den entscheidenden Stellen nicht weit auseinander“, erklärte Schmitz. **□**

Ganz Bayern –
bei Ihnen zuhause.

www.tvbayernlive.de

IHR LOKALER
NACHRICHTEN-SENDER

Samstag, 17.45 Uhr auf RTL und per Satellit auf RTL FS

Sonntag, 17.00 Uhr bei Augsburg TV & allen Regionalprogrammen in Bayern

Alle Sendungen in der TV Now Mediathek

TV BAYERN
LIVE

SPORT

KULTUR

POLITIK

WETTER

LOKALE
NACHRICHTEN

GESELLSCHAFT

WIRTSCHAFT

Könige der Kochkunst in Schwangau

Gourmet Festival begeistert Gäste mit Allgäuer Erzeugnissen

Die Schwangauer haben über die Jahrhunderte schon viel an gekrönten und ungekrönten Häuptern gesehen. Könige, Ministerpräsidenten, (Staats)minister. Aber noch nie zuvor waren so viele Michelin-dekorierte Starköche bei ihnen im Ort zu Gast wie zum „1. Schwangauer Gourmet Festival“. Dazu zählen Simon Schlachter vom Sternerestaurant Pavo in Pfronten, Florian Wagenbach, Chef des Sternrestaurants Silberdistel in Ofterschwang, der in Füßen aufgewachsene und längst weit über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannte Moses Ceylan sowie Simon Prokscha, der sich seinen Michelinstern einst in Frankfurt erkochte. Er leitet mittlerweile nicht nur die Küche im Schwangauer Hotel Helmer, sondern ist zusammen mit Andreas Helmer, Chef des Schlossbrauhauses Schwangau und Vorsitzender der Dehoga Ostallgäu, spiritus rector des Festivals.

Ihrem Ruf folgten am ersten Maiwochenende insgesamt 30 Gastköche, einheimische Bierbrauer, Schnapsbrenner, Fischzüchter, regionale Erzeuger und extra angereiste Winzer aus deutschen und österreichischen Anbaugebieten. Über 400 Gästen boten sie im Schlossbrauhaus kulinarische Kunst auf Spitzenniveau, die einem klar umrissenen Konzept folgt. Regionaltypische Produkte stehen nämlich im Mittelpunkt, und das hat seinen Grund, wie Prokscha betont. „In unserer Region kann man eine große Produktvielfalt auf einem extrem hohen Level finden. Das Schwangauer Gourmet Festival ist ein Liebesbeweis daran und soll den Besuchern den Geschmack der Region auf die Zunge bringen.“

Ein „Liebesbeweis“, der nicht nur bei den Gästen, sondern auch auf politischer Ebene An-

klang findet. Die bayerische Tourismusministerin Michaela Kaniber würdigt entsprechend in ihrem vom Bundestagsabgeordneten Stephan Stracke überbrachten Grußwort die Allgäuer Landwirtschaft und die von ihr produzierten „Premium-Lebensmittel“. Daran knüpft in seinen Begrüßungsworten der Geschäftsführer der Allgäu GmbH und des Tourismusverbandes Allgäu Bayerisch Schwaben, Bernhard Joachim, ebenso an, wie die Landrätin des Ostallgäu-Kreises, Maria Rita Zinnecker. Sie war zwar terminlich verhindert, hebt aber in ihrem schriftlichen Grußwort „die gastronomische Qualität unserer Heimat“ hervor. Zugleich betont sie, dass derartige Veranstaltungen nicht nur die Branche stärken, sondern auch dazu beitragen, „neue Kolleginnen und Kollegen durch Begeisterung für

das Gastgewerbe zu gewinnen.“

Nachwuchsförderung liegt den beiden Festival-Initiatoren ebenfalls am Herzen. Deshalb haben Prokscha und Helmer eine Kooperation mit der Staatlichen Berufsschulen Ostallgäu und Oberallgäu gestartet und wollen damit Verantwortung für die Zukunft des Berufsstandes übernehmen. Da nichts mehr überzeugt als Taten, haben sie Berufsschüler eingeladen, sich während des Festivals selbst ein Bild von der Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Zunft zu machen.

Bei Essen und Trinken finden die Leute zusammen

Der Schwangauer Bürgermeister Stefan Rinke zeigt sich begeistert von der Resonanz auf das Gourmet Festival. „Es hat sich mal wieder bewiesen, dass bei Essen und Trinken die Leute zusammenfinden.“ So sei das Festival nicht nur ein Branchentreffen von 100 Mitwirkenden, sondern zugleich Börse für neue Geschäftsideen und -anbahnungen. Werbung für die gastronomische Leistungskraft Schwangaus ist es überdies. Zufrieden blickt Rinke auf die Tatkraft der heimischen Gastronomie, die nicht jammern und bei Anderen Hilfe einfordern, sondern selbst nach innovativen Ideen suche, um die eigene Attraktivität und die der Tourismusgemeinde zu wahren. Sein Wunsch nach Wiederholung verwundert da nicht. Er hat wohl gute Chancen, in Erfüllung zu gehen. Zwar will sich Prokscha noch nicht abschließend festlegen, ob er und Helmer das Genuss-Event im einjährigen oder zweijährigen Rhythmus fortsetzen. Der Blick in seine Augen verrät beim abendlichen Gespräch in kleiner Runde freilich, dass ihn längst das nächste Kulinarik-Highlight umtreibt. Die ersten Könige der Kochkunst haben zudem schon angedeutet, dass sie gerne wiederkommen würden. Sie fühlen sich in Schwangau wohl und in ihrem Können wertgeschätzt. **jmg**



V.l. Sternekoch Simon Prokscha, Schwangaus 1. Bürgermeister Stefan Rinke, Stephan Stracke, MdB und Braumeister Andreas Helmer. Bild: Andrea Hösl

Bürgermeister/in des Jahres 2024 gesucht

„Die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen der bayerischen Städte und Gemeinden tragen täglich ein hohes Maß an Verantwortung für das Wohl ihrer Bürgerinnen und Bürger. Viele gehen dabei den berühmten Schritt extra und engagieren sich weit über die an ihre Position gestellten Erwartungen hinaus“, erklärt Dr. Stefan Detig, der selbst Altbürgermeister der Gemeinde Püllach ist, die Idee hinter dem Preis.

Mit dem Preis werden Bürgermeister/innen ausgezeichnet, die innovative Maßnahmen und Projekte auf den Weg gebracht oder umgesetzt haben. Dabei sollen auch die eigenen Bürger vor Ort erkennen, welche hervorragenden Leistungen ihre Bürgermeister/innen bzw. ihr Bürgermeister/innen erbringt und auf sie bzw. ihn stolz sein. Vorschläge können bis zum 4. Juni 2024 eingereicht werden.

Kontakt

DETIG Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Dr. Stefan Detig, M.B.A., Altbürgermeister
Telefon: 089/72444850-0
Mail: info@detig-rsw.de □

Bezirk Niederbayern:

Kulturelle Bildung in Ganztagsangeboten einbringen

Qualifizierung von Ehrenamtlichen aus dem Kulturbereich für Angebote an Grundschulen

Ab 1. August 2026 wird stufenweise ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Beginnend mit den Erstklässlern des Schuljahres 2026/27 sind die Kommunen als Sachaufwandsträger der Grundschulen in der Pflicht, entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen und mit pädagogisch geschultem Personal abzudecken. Bezirkspräsident Dr. Olaf Heinrich will diese vom Gesetzgeber geschaffene Erforderlichkeit nutzen, um die kulturelle Bildung an bayerischen Grundschulen zu stärken.

Gemeinsam mit der freien Tanzvermittlerin Eva Seidl, dem Bildhauer und Kunstvermittler Hubert Huber sowie der stellvertretenden Vorsitzenden der Landesvereinigung „Kulturelle Bildung Bayern“, Marion Glück-Levi, diskutierte Bezirkspräsident Heinrich im Rahmen eines Podiums in der Freyunger Frey- bühne die Fragestellung, wie sich die kulturelle Bildung im ländlichen Niederbayern effektiv stärken lässt. Die Podiumsdiskussion war Teil des zweitägigen „Labors für Kulturelle Bildung Niederbayern“ im Rahmen des Projektes „Land schafft Kultur“ der Landesvereinigung „Kulturelle Bildung Bayern“.

Für Dr. Olaf Heinrich besteht der erfolgversprechendste Ansatz zur Stärkung der kulturellen

Bildung in der Fläche im Bereich der Schaffung schulischer Angebote jenseits des klassischen Unterrichts.

Niederschwellige und dezentrale Angebote

Als gute Möglichkeit neue Modelle der Vermittlung kultureller Bildung im schulischen Kontext zu denken und umzusetzen betrachtet Dr. Heinrich hierbei die gesetzliche Verpflichtung zur Schaffung von Angeboten der Ganztagsbetreuung für alle Grundschüler bis zum Jahr 2029/30. „Um junge Menschen für beispielsweise Kultur, Musik, Tanz, Theater oder Gesang zu begeistern, benötigen wir möglichst niederschwellige und dezentrale Angebote“, ist er über-

zeugt. Der schulische Raum eignet sich daher ganz besonders als Schnittstelle und Erstkontakt für musikalische, künstlerische, dramaturgische und tänzerische Angebote.

„Wir sollten jetzt die sich bietende Chance ergreifen, um Personal pädagogisch so zu qualifizieren, dass die künftige Ganztagsbetreuung an den Grundschulen mit vielfältigen kulturellen Angeboten ausgestaltet werden kann“, betont Bezirkspräsident Dr. Olaf Heinrich. Dabei erachtet er insbesondere ein Modell der Qualifizierung von Ehrenamtlichen des Kulturbereiches als erfolgversprechend. „Wenn wir

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Landrat des Landkreises Augsburg mit 262.493 Einwohnern und Einwohnerinnen (Stand: 30. Juni 2023) in 46 Städten, Märkten und Gemeinden.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich bin seit 2008 hauptamtlich als Landrat tätig.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Nach meinem Studium der Betriebswirtschaftslehre war ich bis 2003 als Diplom-Kaufmann in verschiedenen leitenden Positionen in den Bereichen Produktmanagement und



© Julia Pietsch

Martin Sailer

Landrat Landkreis Augsburg
Bezirkspräsident Schwaben

Vertrieb tätig. Von 2003 bis 2008 war ich Mitglied des Bayerischen Landtags. Beide Tätigkeiten übe ich aktuell nicht mehr aus. Allerdings bin ich nicht nur Landrat des Landkreises Augsburg, sondern auch Bezirkspräsident des Bezirks Schwaben.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Es gehört für mich zu den schönsten politischen Aufgaben, mich für meine Mitmenschen zu engagieren – insbesondere für diejenigen, die beispielsweise aufgrund eines Handicaps etwas mehr Unterstützung benötigen als andere. Deshalb bin ich in die Politik gegangen, deshalb setze ich in meiner Arbeit – sowohl als Bezirkspräsident als auch als Landrat – seit Jahren einen besonderen Fokus auf Teilhabe und Inklusion, Nachhaltigkeit und kulturelle Bildung. Ein Tag ist für mich ein guter Tag, wenn ich mit meiner Arbeit mit einem kleinen Baustein zu einem besseren gemeinschaftlichen Miteinander beitragen konnte.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Dadurch, dass ich bereits mit 17 Jahren Mitglied der Jungen Union wurde und dort schnell als Orts-, Kreis- und Bezirksvorsitzender immer mehr Verantwortung übernommen habe, habe ich, denke ich, gute Einblicke in die politische Arbeit bekommen.

Überdies habe ich mit 20 Jahren zum ersten Mal für den Gemeinderat kandidiert und bin dann später (1996) auch als Jüngster in den Gemeinderat von Diedorf gewählt worden. Beides – meine Zeit in der JU und im Gemeinderat – waren für mich eine gute Vorbereitung für meine spätere hauptamtliche politische Tätigkeit.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Ich bin im Mai 2008 zum ersten Mal zum Landrat des Landkreises Augsburg gewählt worden und sah mich danach relativ schnell den Herausforderungen und Problematiken ausgesetzt, die durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgerufen wurden. Unter anderem hatten wir in dieser Zeit mit 4,5 Prozent die höchste Arbeitslosenquote, an die ich mich im Landkreis Augsburg erinnern kann.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Aktuell beschäftigen mich insbesondere die Flüchtlingsthematik, die Unzufriedenheit in breiten Teilen der Bevölkerung, die adäquate, bedarfsgerechte Versorgung in den Bereichen Kinder- und Jugendpsychiatrie sowie die Finanzierbarkeit unserer Standards (beispielsweise im Bereich ÖPNV). In den letzten Monaten herrscht sehr viel Unzufriedenheit in unserem Land und gemeinschaftlich wird zumeist nur demonstriert (Klima, Krieg, Landwirtschaft, Demos gegen rechte Tendenzen etc.). Ich hoffe, dass unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren – und damit auch im Landkreis Augsburg – wieder näher zusammenrückt. Hierzu muss aber auch unsere Bundespolitik beitragen, indem sie nach-

vollziehbare Entscheidungen trifft, anstatt die Menschen in unserem Land durch interne Differenzen weiter auseinanderzudividieren.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

In den nächsten Jahren werden wir uns im Landkreis neben dem Thema ÖPNV insbesondere mit einem potenziellen Neubau für unsere Wertach-Kliniken, einem bedarfsgerechten Angebot in der Pflege, aber auch dem Neubau unseres Kreisjugendheims auseinandersetzen müssen.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich würde mir wünschen, dass sie ihren Mitmenschen gegenüber offen bleiben. Unabhängig davon, wie unterschiedlich wir teilweise über den ersten Blick wirken; am Ende des Tages funktionieren wir als Gesellschaft nur dann gut, wenn wir unsere Vielfalt als Stärke anerkennen und nicht gegeneinander, sondern gemeinsam an einem Miteinander arbeiten. Gerade in Zeiten, in denen rechte Stimmen laut werden, die versuchen, bestehende Problematiken für ihre Zwecke zu missbrauchen, ist es besonders wichtig, sich selbst ein Bild zu machen, sich auseinanderzusetzen und sich nicht von Dritten instrumentalisieren zu lassen.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Der Austausch mit meinen Mitmenschen – egal ob Kolleginnen und Kollegen, Mitbürgerinnen und Mitbürger oder Mitarbeitende – ist mir außerordentlich wichtig. Schließlich bin ich nicht gewählt worden, um nur meinen eigenen Willen durchzusetzen, sondern um mich für das Wohl aller im Landkreis Augsburg (und im Bezirk Schwaben) einzusetzen. Aus diesem Grund ver suche ich, wo es nur geht, in den gemeinsamen Dialog zu treten. Sei es im Rahmen von Bürgersprechtagen, über die Sozialen Medien, per E-Mail, in meiner Kinder- und Jugendsprechstunde oder im persönlichen Gespräch.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung wird weiter Einfluss auf alle unsere Lebensbereiche haben, natürlich auch auf die Kommunalpolitik. Sie hat ja seit der Pandemie bereits in vielen Kommunen Einzug gehalten (beispielsweise im Rahmen digitaler Meetings, aber im Landkreis Augsburg auch beim digitalen Bauantrag bzw. der digitalen Baugenehmigung). Im besten Fall werden auf diese Weise Abläufe vereinfacht und beschleunigt. Allerdings halte ich es nach wie vor für zwingend notwendig, dass wir uns in regelmäßigen Abständen persönlich begegnen. Im digitalen Raum macht man doch ab und an Dinge parallel. Im direkten Gespräch hingegen lasse ich mich zu 100 Prozent auf mein Gegenüber ein und kann auch die Mimik und Gestik viel besser deuten.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ich habe nicht unbedingt ein Motto, aber ich lebe nach dem Prinzip, dass ich mich selbst und meine eigenen Probleme nicht zu wichtig nehme. Diesen Charakterzug schätze ich auch an anderen Menschen und nehme ihn besonders häufig bei Kindern und Jugendlichen wahr, was ich schön finde. Wenn diese in meine Sprechstunde kommen, geht es eigentlich nie um Themen, die nur sie selbst betreffen, sondern immer um Anliegen, die der Gemeinschaft weiterhelfen.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Auch wenn das sehr nach einem Nachruf klingt und ich für diesen hoffentlich noch ein paar Jährchen Zeit habe, hoffe ich, dass ich meinen Mitmenschen als wertschätzend, verbindlich, interessiert, konstruktiv und lösungsorientiert in Erinnerung bleibe. □

es schaffen, die vielfältigen Kompetenzen der Ehrenamtlichen in die Schulen einzubringen, stärkt das unsere schulischen Ganztagsangebote“, unterstreicht der Bezirkspräsident. Hierbei könne man aus dem obligatorischen Betreuungsangebot einen echten Mehrwert für die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Kulturszene generieren und zugleich dem sich abzeichnenden, gravierenden Personalmangel im Bereich dieser Betreuungsangebote entgegenwirken, wie Heinrich weiter erläutert.

Das Projekt „Land schafft Kultur“ will die kulturelle Bildung in den ländlichen Räumen Bayerns

stärken. In partizipativen Laboren in allen sieben bayerischen Bezirken werden Entwicklungs- und Handlungsbedarfe mit den Akteuren vor Ort erarbeitet. Die Veranstaltungen der Landesvereinigung „Kulturelle Bildung Bayern“ dienen auch der Sichtbarmachung der lokalen Angebote der kulturellen Bildung und dem überregionalen Transfer bewährter Praxisbeispiele. Derartige Praxisbeispiele müssten nun zeitnah geschaffen werden, um die sich im Zuge des entstehenden Ganztagsanspruchs ergebenden Chancen optimal nutzen zu können, so Heinrich am Ende des Podiumsgesprächs. **- cw -**

Weil der Staat irren kann

Was Kommunalpolitikern aus Bayern zu „75 Jahre Grundgesetz“ durch den Kopf geht

In der zehnten Klasse des Gymnasiums lernen Jugendliche, mit dem Grundgesetz zu arbeiten. Auch Maurice Schönleben, Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion in Fürth, hat sich zunächst im Sozialkundeunterricht und dann später im Politik- und Geschichtsstudium mit dem Grundgesetz befasst. Was für ihn wichtig war: „Grundrechte nehmen eine elementare Stellung in unserer Rechtsordnung ein“, sagt er anlässlich des diesjährigen Jubiläums „75 Jahre Grundgesetz“. Besonders wichtig ist ihm Artikel 3.

Als Maurice Schönleben in der zehnten Klasse war, hatten homosexuelle Männer ein Grundrecht, das ihnen zum Zeitpunkt seiner eigenen Geburt im Jahr 1991 noch nicht zugestanden worden war. „Bis 1994 wurden sexuelle Handlungen zwischen Männern kriminalisiert“, erinnert der Kommunikationsberater. Diese grundgesetzwidrige Kriminalisierung zeigt für ihn etwas Wesentliches: „Wir brauchen Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat, denn der Staat kann irren und Unrecht begehen.“

Weil politische Herrschaft grundgesetzwidrig ausgeübt werden kann, muss Bürgern nach Überzeugung von Maurice Schönleben ein Beschwerderecht gegenüber dem Staat zugestanden werden. „Wir müssen von einer unabhängigen Justiz eine staatliche Maßnahme oder ein Gesetz auf seine Grundrechtskonformität hin überprüfen lassen können“, führt er aus. Ein Politiker auf allen Ebenen appelliert er: „Egal, über welches Gesetz, welche Verordnung oder Regelung wir beraten, wir dürfen Artikel 3 des Grundgesetzes, also die

Gleichheit aller Menschen, nie aus den Augen verlieren.“

Maurice Schönleben ist bewusst, dass viele Bürger mit bestimmten Corona-Regeln nicht einverstanden waren und dass sie bestimmte Corona-Vorschriften als grundgesetzwidrige Entmündigung empfunden hatten. Der SPDler kann dies nachvollziehen. Wobei er auch sagt: „Politik und Justiz konnten nur auf Grundlage der damals zur Verfügung stehenden Erkenntnisse entscheiden.“ Manche Maßnahme, die retrospektiv „irrsinnig“ erscheint, habe man aufgrund der damals unklaren Informationslage für erforderlich gehalten: „Doch nun ist eine saubere Aufarbeitung der Entscheidungen und Fehlentscheidungen wichtig.“

Gegen Demokratiefreundlichkeit

Maurice Schönlebens Parteikollege Norbert Seidl, Bürgermeister von Puchheim im Landkreis Fürstentumbrunn, sieht das Grundgesetz als ein wirksames Mittel gegen Demokratiefreundlichkeit an. Es sichere Meinungs- und Pressefreiheit zu und sei der wichtigste Schutz gegen Tendenzen hin zu Ungleichheit und Unfreiheit. Für ihn persönlich ist die grundgesetzlich garantierte Unantastbarkeit der Würde des Menschen der wichtigste Artikel. Daraus ergeben sich alle anderen Grundgesetzgarantien.

Das 1949 in Kraft getretene Grundgesetz mit seinen 146 durchnummerierten Artikeln, das bis dato rund 70 Mal geändert wurde, ist kein Stück Literatur wie jedes andere. Kaum jemand hat es in einem Stück von vorne bis hinten durchgelesen. Auch Schüler müssen dies nicht tun. Das wäre auch wenig sinnvoll, meint Norbert Seidl. „Auch, ob Jugendliche die Grundrechte auswendig aufsagen könnten oder nicht, wäre irrelevant“, betont der Hauptschullehrer: „Entscheidend ist das Verständnis für diese Rechtsgrundlage, die unser Zusammenleben regelt.“ Und die zum Beispiel besagt, dass jeder Bürger das Recht hat, gehört und geachtet zu werden.

Nicht immer gehört wurden Bürger, die darlegen wollten, warum sie den Corona-Regeln die Zustimmung verweigerten. Viele konnten das nur auf eigenen Blogs oder in digitalen Medien tun. Viele hatten das Gefühl, dass man sie in der Öffentlichkeit mundtot machen wollte.

Dass die damalige Situation nicht zuletzt im Lichte des Grundgesetzes schwierig war, sieht auch das Amnesty international-Mitglied Norbert Seidl: „Besonders in Bayern wurde Sicherheit durch Quarantäne als oberste Handlungsmaxime ausgegeben.“ Vor allem die Isolierung der Kinder und Jugendlichen mit der Folge, dass sich manche junge Menschen im Cyberspace verloren und nicht wenige psychische Störungen entwickelten, bewertet auch er im Nachhinein als „übereifrig“. Eine Abwägung hin zu mehr Kindeswohl wäre geboten gewesen.

Frage der Verhältnismäßigkeit

Was im Zeitraum zwischen März 2020 und April 2023 in Bayern galt, sieht auch Hans Kaltefleiter, UWB-Fraktionsvorsitzender im schwäbischen Günzburg,

heute kritisch: „Im Nachhinein mit dem jetzigen Wissen hätten einige Aktionen anders ablaufen können.“ Die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen sieht er heute als „nicht immer im Einklang mit dem Nutzen, der daraus erfolgte“. Gleichzeitig ist Hans Kaltefleiter überzeugt, dass damals jeder guten Willens war, das Richtige zu tun: „Respekt vor denen, die in der Verantwortung standen, Maßnahmen treffen zu müssen.“

Das Wichtigste am Grundgesetz ist für den Günzburger Stadtrat die Garantie, dass Menschen aller Kulturen und unabhängig vom sozialen Status in der Bundesrepublik dieselbe Würde zukommt. Diese Würde dürfen von niemandem verletzt werden: „Auch nicht vom Staat.“ Als Abwehrinstrumente schützen eben die Grundrechte die persönliche Freiheit der Bürger vor staatlichen Eingriffen.

Das Grundgesetz habe den Menschen in Deutschland ein Leben in Frieden und Freiheit gesichert und „eine geglückte Demokratie beschert“, hieß es vor zehn Jahren im Bundestag anlässlich der Feier zu „65 Jahre Grundgesetz“. Der Satz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so der Linken-Parlamentarier Gregor Gysi in seinem damaligen Redebeitrag, sei „die einzig richtige Antwort auf die Nazi-Barbarei“ gewesen. Auch für Joachim Jarosch, ÖDP-Fraktionsvorsitzender in Erlangen, ist Artikel 1 der allerwichtigste im Grundgesetz: „Unsere Großeltern des Grundgesetzes haben sich sehr genau überlegt, warum sie ihn an diese Stelle setzen.“

Anliegen des Anderen

Dieser Satz sollte nach Überzeugung von Joachim Jarosch ein ständiger Begleiter im Alltag sein: „Würde bedeutet für mich, dass jeder Mensch das Recht auf einen respektvollen Umgang hat.“ Respekt brauche es vor allem vor den Anliegen und Themen des anderen Menschen. „Würde hat für mich auch etwas mit Nächstenliebe und Menschlichkeit zu tun“, so der ÖDPler. In der heutigen Zeit, die durch digitale, „soziale“ Medien geprägt werde, komme dies oft zu kurz: „Wir sollten wieder deutlich mehr den Menschen in den Mittelpunkt stellen.“

Als Fürsprecher der Corona-Politik kann Joachim Jarosch die aktuell zum Teil massive Kritik am damaligen, nach Ansicht der Kritiker nicht grundrechtskonformen Vorgehen nicht nachvollziehen. „Es hat sich um ei-

GZ PINOS WELT



„Stell Dir vor, es ist Zeitenwende und keiner geht hin.“ Ok, nicht jeder mag es goutieren, einen gefühlvoll pazifistischen Spruch, der angeblich von Bertold Brecht stammt, hier gleichsam bellizistisch abgewandelt zu sehen. Aber so wenig der Ausspruch von Brecht stammt, so selten wird er vollständig zitiert. Carl Sandburg, der wahre Autor, hat nämlich 1936 geschrieben: „Stell dir vor, es kommt Krieg und keiner geht hin – dann kommt der Krieg zu euch.“ Womit wir wieder beim eigentlichen, richtigen Sinn der Zeitenwende wären.

Die Zeitenwende brauchen wir, damit der Krieg nicht zu uns kommt, der seit zwei Jahren seine hässliche Fratze in der Ukraine zeigt. Es hat ja ganz vielversprechend angefangen: Sondervermögen Rüstung, Einhaltung des 2-Prozent-Ziels für den Verteidigungshaushalt, stärkeres Bewusstsein für die Bedrohungslage in der Bevölkerung.

Vom eigentlichen und richtigen Sinn der Zeitenwende

Die Zwischenbilanz ist allerdings ernüchternd: Das Sondervermögen – fast aufgebraucht für eilig zusammengekaufte Rüstungsgüter, darunter amerikanische Bomber, die hinten und vorne nicht in die vorhandenen Hangars und zur übrigen Ausrüstung der Luftwaffe passen, Funkgeräte, die man nicht in die Fahrzeuge einbauen kann, ein Raketenschirm, der nicht mit unserem wichtigsten europäischen Partner, Frankreich, abgestimmt ist. Zum Erreichen des 2-Prozent-Ziels wird alles zusammengerechnet, was irgendwie mit Verteidigung zu tun haben könnte, einschließlich der Ruhestandsbezüge früherer Soldaten. Ob die Kosten für die jährliche Feierstunde zum Volkstrauertag im Bundestag eingerechnet werden, war nicht in Erfahrung zu bringen, ist aber wahrscheinlich. Und obwohl 68 Prozent der Deutschen höhere Verteidigungsausgaben befürworten, muss auch der Verteidiger im nächsten Haushalt voraussichtlich Federn lassen, weil ein sozialpolitisches Grundanliegen nicht angetastet werden soll: Wer nicht arbeitet, soll Bürgergeld beziehen.

ne globale Pandemie gehandelt, welche es seit 100 Jahren nicht mehr auf der Welt gegeben hat, und deren tödliche Auswirkungen nicht bekannt waren“, unterstreicht er. Und fragt: „Was würden die Leute heute sagen, wenn durch eine laxe Corona-Politik in der Pandemie mehrere Millionen Menschen gestorben wären und doppelt so viele unter Long-Covid leiden würden als heute schon?“

Für Julian Wendel, Behindertenbeauftragter der Stadt Würzburg, ist es erstaunlich, wie „präzise“ die bayerische Regierung in der Corona-Zeit den Meinungen von Wissenschaftlern gefolgt sei.

„In der Klimakrise wird die Wissenschaft aber nahezu komplett ignoriert“, so das SPD-Mitglied. Er würde sich wünschen, dass sich Verfassungsrichter mit den damaligen Grundrechtseinschnitten auseinandersetzen: „Nach meinem Verständnis waren die Einschränkungen unverhältnismäßig.“

Entfaltung der Persönlichkeit

Der wichtigste Artikel ist auch für Julian Wendel jener erste, bei dem es um die Würde des Menschen geht. „Davon abgesehen empfinde ich das Grundrecht auf eine freie Entfaltung der Persön-

Auch die Personalprobleme der Bundeswehr werden nur unzureichend angegangen. Aus der Regierung hört man nur, dass zu wenige Frauen bei den Streitkräften Dienst tun und die Junge Union hat es scheinbar aufgegeben, junge Wähler anzusprechen und die allgemeine Dienstpflicht im CDU-Grundgesetzprogramm verankern zu lassen.

Ein beliebtes Argument in der Debatte, dass die Personalstärke der Streitkräfte nicht erhöht werden könne, ist die Frage der fehlenden Kasernen. Richtig, viele einstmalig militärisch genutzte Flächen – Kasernen, Munitionsniederlagen, Truppenübungsplätze – wurden nach dem Ende des Kalten Krieges im Rahmen der Konversion ziviler Nutzung zugeführt. Das war auch aus heutiger Sicht richtig, denn der Bund hat es durch in der Regel äußerst günstige Konditionen in den 90er Jahren ermöglicht, dass die betroffenen Kommunen spannende und wichtige städtebauliche Entwicklungen anstoßen konnten.

Auch unsere alte Kaserne, einstmalig im Königreich Bayern für wackere, pickelbehaute Infanteristen vor den Toren der damaligen Stadt gebaut, war in den späten 90ern von städtischer Besiedlung umfasst und konnte harmonisch für ein Ansiedlungsvorhaben genutzt werden.

Wenn also für die Zeitenwende alle gefragt sind, dann sind das natürlich primär diejenigen, die neben einer tauglichen und funktionalen Ausrüstung unserer Streitkräfte auch den notwendigen Personalstand festlegen und Wege zur Gewinnung einer ausreichenden Zahl von Frauen und Männern für die Armee konzipieren müssen.

Es ist aber ebenso die Kommunalpolitik gefragt zu prüfen, ob und in welchem Umfang sich Grundstücke für Zwecke der Verteidigung identifizieren lassen. Man kann es natürlich so machen, wie eine Kommune in NRW, die den Erweiterungsbau einer Munitionsfabrik zu Gunsten irgendeines Feel-good-nice-to-have-Projekts blockiert. Aber das wird weder den ersten Zeiten noch den sicherheitspolitischen Gegebenheiten gerecht.

Denken wir an George Bernhard Shaw: „Wir werden nicht durch Erinnerung an unsere Vergangenheit weise, sondern durch die Verantwortung für unsere Zukunft.“

Ihr Pino

lichkeit, wie in Artikel 2 formuliert, als einen grundlegenden Baustein für unsere individuelle wie gesellschaftliche Integrität“, sagt er. Dieser Abschnitt gefalle ihm deshalb so gut, weil er nicht nur das Bestehende schützt: „Er formuliert auch das Recht auf eine individuelle und dadurch gesellschaftliche Entwicklung.“

Nach Auffassung des Behindertenrechtsaktivisten nehmen die Grundrechte den Staat in die Pflicht: „Und zwar vor allem in die Pflicht, die Grundrechte zu schützen und damit auch jedes Individuum.“ Dies betreffe ihn als Mensch mit einer Behinderung, der auf Hilfe von öffentlich finanzierten Assistenten angewiesen ist und der dadurch in starker Abhängigkeit lebt, besonders. „Es bedeutet, dass ich mich durch die Berufung auf meine Grundrechte aus diesem Gefüge der Abhängigkeit lösen und ein hohes Maß an Selbstbestimmung erreichen kann“, sagt er.

Bislang keine Verfassung

Als eine der ältesten demokratischen Verfassungen gilt jene der Vereinigten Staaten von Amerika. 1787 wurde sie verabschiedet. Heute verfügen fast alle Länder über ein geschlossenes Verfassungsdokument. Zu den wenigen Staaten, die weder eine formale Verfassung noch ein Grundgesetz haben, gehört Israel. Auch Deutschland hat keine Verfassung. „Dieses Grundgesetz, das nach Vollerfüllung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt“, heißt es in Artikel 146. Die solle vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen werden sein.

Pat Christ

THD-Verwaltungsstudierende auf Exkursion in Tschechien

Vom Hörsaal in die Praxis: Das stand auf dem Programm der Mastergruppe Public Management im 4. Semester. Hier bilden sich Verwaltungsmitarbeitende aus ganz Bayern berufsleitend am Wochenende weiter. Erstes Reiseziel war das Regionalamt in Karlsbad. Die Studiengruppe erfuh, wie weit die Digitalisierung in Tschechien schon fortgeschritten ist. Thema war die persönliche kostenfreie Datenbox, über die Bürgerinnen und Bürger zahlreiche digitalisierte Verwaltungsleistungen nutzen. Auch steht der Bevölkerung eine App für Ausweis- und Fahrerlaubnisdaten oder den Kfz-Schein zur Verfügung, mit der sie diese Dokumente sicher und verschlüsselt auf ihrem Smartphone mitführen können. Ebenso werden einfache Schreib- und Verwaltungstätigkeiten zunehmend digitalisiert: „Robotische Automatisierung“ ist hier das Stichwort um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Letzterer ist gerade in Tschechien spürbar, da hier mit einer Arbeitslosenquote von nur 2,6 Prozent Vollbeschäftigung herrscht und die Zahl der offenen Stellen darüber liegt.

Weiter ging die Exkursion nach Prag. Terezie Radoměřská, Bürgermeisterin des Bezirks 1 der Stadt Prag, präsentierte den Masteranden das vollautomatisierte Bußgeldverfahren für Parkverstöße. Der Bezirk generiert so 13 Prozent seiner Einnahmen. Einer der Höhepunkte der Studienreise war

der Besuch der Deutschen Botschaft in Prag, bei dem Erinnerungen an die Ereignisse im Jahr 1989 wachgerufen wurden.

Auf der letzten Reisestation in Wien erfuhren die Studierenden, dass in Österreich die Haushaltsreform weit vorangeschritten ist. Das KDZ (Zentrum für Verwal-

tungsforschung) bietet hier eine Transparenzplattform an, welche auf Freiwilligenbasis aussagekräftige Daten aus den Haushalten der Gemeinden einstellt und veranschaulicht. Starke Eindrücke hinterließen sowohl der Besuch bei den Vereinten Nationen in der „UNO-City“ als auch das Zusammentreffen mit dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl in Wien. Die Reise bildete den Abschluss eines anspruchsvollen Masterstudiums. Die Studenten werden nur noch ihre Masterarbeit anfertigen.

Infos zum Studium

Das 4semestrige Public Management M.A. richtet sich an Verwaltungsmitarbeitende mit Erststudium und beginnt immer zum Wintersemester. Information und Beratung: julia.dullinger@th-deg.de.

HSS-Veranstaltung zu Steuerung und Begrenzung irregulärer Migration:

Für Humanität und Ordnung

Autorin: Dr. Susanne Schmid

Das Thema „Migration, Flucht und Asyl“ steht auch mit Blick auf die Europawahlen weit oben auf der politischen Agenda. Die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 hat die Notwendigkeit einer kohärenten und umfassenden Migrations- und Asylpolitik – sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber Drittstaaten – deutlich gemacht. Die Hanns-Seidel-Stiftung und das Bayerische Innenministerium widmeten diesem Themenkomplex Ende April eine Podiumsdiskussion unter der Überschrift „Für Humanität und Ordnung – Mit neuen Impulsen irreguläre Migration zum Schutz vor Überforderung steuern und begrenzen“.

Oliver Jörg, Generalsekretär der HSS, stellte in seiner Begrüßungsrede die Schlüsselfrage: „Wie kann eine gemeinsame europäische Asyl- und Migrationspolitik implementiert werden, die der außen- und entwicklungspolitischen Dimension des Themas ebenso gerecht wird wie sie einen Ausgleich zwischen Zuwanderungsdruck und Zuwanderungsbedarf findet?“

Der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann, MdL, forderte in seinem Impulsvortrag: „Wir brauchen eine bessere Begrenzung der irregulären Migration – anderenfalls gefährden wir unsere Innere Sicherheit.“ Neben der Fortsetzung effektiver Grenz-

kontrollen müssten laut Herrmann auch Zurückweisungen an der deutschen Grenze im Falle eines Asylgesuchs möglich sein. Er verwies darauf, dass 2022 rund zwei Drittel der Asylbewerber nach Deutschland kamen, ohne vorher in einem anderen europäischen Land registriert und geprüft worden zu sein, oft ohne Ausweispapiere. „Das ist ein massiver Verstoß gegen geltendes europäisches Recht und auch eine ernsthafte Bedrohung unserer Sicherheit“, sagte Herrmann.

EU-Mitgliedstaaten wie Italien und Griechenland hintertrieben durch fehlende Registrierung oder gar offen erklärte Überstellungsstopps die zentralen Verein-

barungen des gemeinsamen europäischen Asylsystems – zu Lasten Deutschlands. Herrmann: „Selbst im Erstaufnahmeland registrierte Flüchtlinge, die nach Deutschland weitergereist sind, werden oft nicht mehr zurückgenommen, obwohl es das Dublin-Abkommen vorschreibt. Wie lange kann Deutschland das aktuell noch akzeptieren?“

Die irreguläre Migration wirke sich auch negativ auf unsere Kriminalitätslage aus. „Die gestiegenen Kriminalitätszahlen belegen es und die Stimmen aus den Kommunen, die uns sagen, sie seien am Limit, halten es fest – wir brauchen eine Begrenzung der irregulären Migration.“

Herrmann verlangte darüber hinaus eine Diskussion über das Konzept des sogenannten subsidiären Schutzes, der vor allem Bürgerkriegsflüchtlingen gewährt wird. „In einer Zeit, in der bewaffnete Auseinandersetzungen in vielen Teilen der Welt leider an der Tagesordnung sind, müssen die Fragen gestellt werden: Gewährt Deutschland weiterhin bei internationalen Krisen individuell und unbegrenzt Schutz? Oder wird künftig zusammen mit der Weltgemeinschaft und den EU-Mitgliedstaaten mit festen Aufnahmezusagen Schutz gewährt?“

Herrmann nannte in seiner Rede eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Migrationssteuerung wie die Beschleunigung von Asylverfahren,

die Einstufung weiterer sicherer Herkunftsstaaten oder auch die Reduktion finanzieller Anreize: „Wir zahlen einem Asylbewerber, der rechtskräftig abgelehnt worden ist, bis zu dem Tag, an dem er das Land tatsächlich verlässt, immer noch Sozialleistungen auf einem Niveau wie in keinem anderen europäischen Land. Das ist gegenüber den Steuerzahlern in unserem Land kaum vertretbar.“

Die Bundesregierung forderte der Bayerische Innenminister auf, jetzt schnellstmöglich die zentralen Weichen für einen echten Kurswechsel in der Asylpolitik zu stellen.

Deutschland erfüllt humanitäre Verpflichtungen

Die Expertenrunde, moderiert von BR-Moderators, Dr. Stefan Meining, kam zu folgendem Schluss: Deutschland erfüllt seine humanitären Verpflichtungen, es steht zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention. Das christliche Menschenbild gebietet die Unterstützung für Menschen in Not. Verfolgten zu helfen und ihnen Schutz zu gewähren, ist eine Frage der humanitären Verantwortung, der Mitmenschlichkeit und der Nächstenliebe. Dass Deutschland ein weltoffenes und solidarisches Land ist, zeigt die große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Ferner zählt Deutschland zu den führenden Aufnahmeländern von Schutzsuchenden weltweit. Seit Beginn des völkerrechtswidrigen russischen

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt der Sonderdruck „Tourismus in Bayern“ des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Angriffskrieges wurden über eine Million Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Ende 2023 lebten in Deutschland über drei Millionen Geflüchtete. 2023 wurden in Deutschland über 350.000 Asylanträge gestellt. Die Gesamtasylquote (Anteil positiver Asylentscheidungen) für alle Herkunftsländer lag im Jahr 2023 bei fast 52 Prozent. Deutschland gewährt Asylsuchenden Sozialleistungen auf einem Niveau wie in keinem anderen europäischen Land. Der Bayerische Innenminister resümierte vor diesem Hintergrund: „Humanität wird in Deutschland meist als selbstverständlich vorausgesetzt.“

Stefan Löwl, Landrat des Landkreises Dachau, sieht aktuell ein massives Abschiebe- und Integrationsproblem. Seine 17 Gemeinden sehen sich mit vielen parallelen Herausforderungen konfrontiert. Stetig kommen neue Geflüchtete an, die es mit Wohnraum zu versorgen gilt, gleichzeitig leben noch Asylbewerber aus den Jahren 2015/2016 in den Unterkünften (sogenannte Fehlbelegungen). Löwl führte aus, dass die Unterbringung zwar noch gelingt, aber Spracherwerb, Sozial- und Arbeitsmarktintegration schwer möglich sind. Einerseits aufgrund des Wegfalls von ehrenamtlichen Unterstützern, aber auch wegen Fehlbelegungen: „Integration im

Container geht nicht“, so der Landrat. Zwar könne der Landkreis Dachau Integrationserfolge vorweisen, aber bei zu großem Zuzug gelänge Integration nicht mehr. Löwl unterstrich die handlungsleitenden Motive „Humanität und Ordnung“ sowie „Fördern und Fordern“.

Staatsminister Joachim Herrmann betonte: „Die Menschen, die auf Dauer bei uns bleiben, wollen wir bestmöglich integrieren.“ Er verwies darauf, dass Bayern im Deutschlandvergleich die niedrigste Arbeitslosenquote sowohl von ausländischen Männern als auch von ausländischen Frauen hat. Bei den Einbürgerungen konnte Bayern 2023 einen Rekord von 36.000 Personen vermelden.

Die Podiumsdiskussion hat gezeigt, dass es beim Thema Flucht und Asyl keine einfachen Lösungen gibt. Dennoch ist jetzt die Zeit, die richtigen Weichen zu stellen: „In einer Epoche gleichzeitiger, tiefgreifender Umbrüche und Krisen braucht es politischen Weitblick und Mut zur unbequemen Wahrheit. Nur wer die Zeichen der Zeit erkennt, kann die Zukunft zum Wohl der Menschen gestalten“, so Oliver Jörg, der Generalsekretär der HSS.

Dies ist ein Auszug aus <https://www.hss.de/news/detail/humanitaet-und-ordnung-news11333/>.

Vorschau auf GZ 11

In unserer Ausgabe Nr. 11/2024, die am 6. Juni 2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energie: Erzeugung, Beschaffung, Speicherung
- Kommunale Finanzthemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung, Facility Management
- Kommunale Museen und Bibliotheken
- Kommunal-Marketing, Stadtmarketing

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Energiedienstleistung



Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

- Länderfahnen
- Gemeindefahnen
- Masten
- Bekleidung
- uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell, Stabil, Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:

0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning

Kommunalberatung

KUBUS

Firmensitz Schwerin 0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

Standort München 089/44 235 40-00 bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

Kommunalfinanzierung

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

Ihr Systempartner für multifunktionale Wärmerückgewinnung

Nachrüstbar im laufenden Betrieb

Montage vor Ort durch modulare Bauweise

Keim- und schadstoffübertragungsfrei

Werkseigener Kundendienst

Systemverantwortung durch Gesamtplanung

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):

Kliniken in Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Murnau, Schweinfurt • Universitäten in Regensburg und Würzburg • FH Aschaffenburg • Saturn Arena Ingolstadt • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, The Charles Hotel, TUM Garching, Villa Stuck • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH
www.sew-kempen.de



Teichrettung

WENIGER ALGEN. INTAKTE GEWÄSSER. WIR MACHEN DAS!

WWW.MIKROBIOM-LAB.DE





Tourismus in Bayern

Grußwort von Staatsministerin
Michaela Kaniber



© SMIEF

wege, Spielplätze, Bäder und Parks, dafür, dass Kultur und Freizeit vor Ort mit Leben erfüllt werden. Ohne Tourismus wären viele Kommunen für eine lebendige Infrastruktur zu

Was wäre der Tourismus ohne unsere Kommunen und das Engagement unserer Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker? Er würde nicht funktionieren. Denn unsere Gestalter vor Ort sind unerlässliche Antriebskräfte im Bayerntourismus. Sie wissen genau, was den Tourismus ausmacht. Sie sorgen für gepflegte Rad- und Wander-

klein, gäbe es weniger Arbeitsplätze und damit weniger Einwohner. Tourismus-Gemeinden sind immer auch Einheimischen-Gemeinden. Kommunales Engagement und starker Bayerntourismus sind zwei Seiten einer Medaille. Im vergangenen Jahr haben wir zum zweiten Mal mehr als 100 Mio. Gästeübernachtungen in Bayern gezählt. Dieses starke Ergebnis wäre ohne den Einsatz in Kommunalpolitik und Verwaltung nicht möglich. Dafür ein herzliches Vergelt's Gott.

Dieses Tourismusbewusstsein, also das Wissen über seine vielfältigen positiven Effekte, möchte ich weiter stärken. Gemeinsam müssen wir den Menschen nahebringen, dass sie auf vielfältige Art und Weise vom Tourismus profitieren, auch wenn sie nicht unmittelbar in der Branche tätig sind. Als neue bayerische Tourismusministerin ist es mir ein Herzensanliegen, gemeinsam mit unseren Kommunen den Tourismus weiterzuentwickeln. Nachhaltigkeit, Anpassung an den Klimawandel und Barrierefreiheit sind hier nur einige Stichworte. Es geht auch um das Thema finanzielle Unterstützung, vor allem um die Förderung kommunaler Tourismusinfrastrukturen und von Seilbahnen.

Beide Förderinstrumente haben sich bewährt, beide werden wir nach Kräften fortsetzen. Nähere Informationen dazu entnehmen Sie gerne diesem Sonderdruck.

Eine neue Fördermöglichkeit wird es ab Sommer für unsere bayerischen Kongressstandorte geben. Wir sind gerade dabei, ein Förderprogramm aufzulegen, mit dem wir die Akquisition neuer Kongresse in Bayern finanziell unterstützen. Wir werden das Programm so konzipieren, dass gerade auch kleinere Veranstaltungen gefördert werden können. Alle bayerischen Kongressstandorte werden davon profitieren können, gerade auch der ländliche Raum. Wir zünden den Kongress-Turbo, um die Sichtbarkeit Bayerns als Kongressstandort weiter zu erhöhen!

Auch wenn es um das Thema Digitalisierung geht, sind die Kommunen unverzichtbare Partner im Tourismus. Die Gäste erwarten, dass sie aktuelle Informationen und buchbare Angebote in digitaler Form erhalten. Deshalb wandeln sich auch die Anforderungen an die Tourismusinformationen in den Gemeinden. Neben der persönlichen Beratung geht es immer mehr um die digitale Eingabe und Pflege touristisch relevanter Daten. Öffnungszeiten, Auslastungs- und Verkehrsdaten in Echtzeit oder Informationen über Sehens-

würdigkeiten müssen digital verfügbar sein. Was digital nicht sichtbar ist, wird der Gast nicht finden!

Ziel ist es, unseren Gästen bestmögliche Informationen für ihren Aufenthalt bereitzustellen. Ich möchte alle kommunalen Akteure ermutigen, die Chancen von Digitalisierung und Open Data, also den freien Zugang zu strukturierten Daten, zu nutzen. Mit der Kompetenzstelle Digitalisierung und der BayernCloud Tourismus haben wir das passende Werkzeug geschaffen, um alle relevanten Daten zu sammeln, die in passgenaue Reiseerlebnisse und neue digitale Anwendungen umgemünzt werden können. Das bedeutet zufriedene Gäste! Und zufriedene Gäste kommen gerne wieder! Lassen Sie uns in diesem Sinne gemeinsam an einem Strang ziehen für unseren Bayerntourismus!

Michaela Kaniber

Bayerische Staatsministerin
für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

Das bringt Tourismus

Der Tourismus in Bayern boomt. Seit Jahren schreibt der Freistaat touristische Erfolgsgeschichte und behauptet auch im Jahr 2023 mit über 20 Prozent Marktanteil seinen Platz als Reiseland Nr. 1 in Deutschland. Rund 100 Millionen Übernachtungen und über 500 Millionen Tagesreisen verzeichnet Bayern pro Jahr und einen touristischen Gesamtkonsum von 47,5 Milliarden Euro.

Als Querschnittsbranche schafft der Tourismus damit rund 550.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze in verschiedenen Sektoren, die maßgeblich zur regionalen Entwicklung beitragen – von der Gastronomie über den Einzelhandel bis hin zur Landwirtschaft sowie der Kultur- und Freizeitbranche. Darüber hinaus erhöht er als Lebensader die Unternehmens- und Einkommensvielfalt sowie die Steuereinnahmen in den bayerischen Gemeinden. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Tourismus in vielen Regionen mitverantwortlich dafür, dass auch Klein- und Kleinstbetriebe eine Zukunftsperspektive haben.

Der Tourismus ist aber nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bayern, sondern auch ein Garant für die konstant hohe Lebensqualität im Freistaat. Gemeinden

und Destinationen, die bewusst auf Tourismus setzen, verfügen nachweislich über eine bessere lokale Infrastruktur und ein breiteres Freizeitangebot, über mehr Rad- und Wanderwege, ein abwechslungsreicheres gastronomisches Angebot, eine bessere öffentliche Nahverkehrsanbindung, ein attraktiveres Ortsbild sowie ein umfangreicheres

Brauchtums- und Kulturangebot. Investitionen in den

Tourismus sind daher nicht nur Investitionen in die Urlaubs- und Erlebnisqualität der Gäste,

sondern vor allem auch Investitionen in die Bevölkerung vor Ort – denn sie ist es, die

maßgeblich von dem vorhandenen Angebot profitiert. Eine höhere Zufriedenheit,

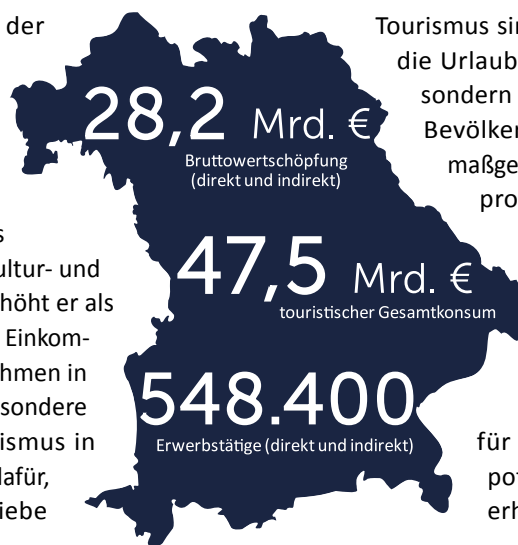
Wertschätzung und Identifikation mit ihrer Heimat sind die Folge.

Ebenso tragen Investitionen in den Tourismus dazu bei, einen

attraktiven Lebensraum zu bewahren sowie die Anziehungskraft

für Unternehmensansiedlungen und potenzielle Arbeits- und Fachkräfte zu erhöhen.

Um die Wirtschaftskraft und Lebensqualität Bayerns auch langfristig zu sichern und weiter auszubauen, braucht es eine starke, nachhaltige Tourismusedwicklung, die allen guttut. ■



Ein starkes Dach für den bayerischen Tourismus

Die Organisation, die in Bayern auf Landesebene für die Tourismus- und Freizeitwirtschaft zuständig ist, ist die Bayern Tourismus Marketing GmbH (BayTM). Als Landestourismusorganisation verantwortet sie im Auftrag des Freistaats und ihrer 28 Gesellschafter aus den verschiedensten Bereichen des Tourismus das nationale und internationale Marketing für das Urlaubs- und Reiseland Bayern. Sie unterstützt ihre Partner in den Orten und Regionen des Freistaats bei der Tourismusentwicklung als starker Wirtschaftsfaktor und wichtiger Arbeitgeber. Damit hilft die BayTM, regionale Wertschöpfungsketten, gute (Freizeit-)Infrastrukturangebote und natürliche Ressourcen zu bewahren – für eine lebenswerte Heimat für Einheimische und Gäste.

Die BayTM und ihre Aufgaben

Die BayTM ist der Motor der touristischen Entwicklung Bayerns. Sie begeistert für Bayern – nach innen und nach außen. Dabei setzt sie auf vier zentrale Aufgaben: Vernetzung, Wissensmanagement, Destinationsentwicklung und Vermarktung.

Bayern als Reiseziel platzieren

Die Vermarktung des Reiselandes Bayern ist Gründungsaufgabe der BayTM. Dabei kommuniziert sie den Freistaat mit einer klar definierten Storytelling- und Editorial-Marketing-Strategie als vielfältige und „traditionell andere“ Destination. Über ihre eigenen reichweitenstarken Kanäle

spricht die BayTM potenzielle Gäste an und vermittelt ihnen mit spannenden Geschichten ein facettenreiches, faszinierendes Bild von Bayern, das Sehnsüchte weckt sowie das einzigartige bayerische Lebensgefühl erlebbar macht und zu einer Reise in den Freistaat inspiriert.

Die BayTM ist gut vernetzt

Die BayTM engagiert sich als Netzwerker für den gesamten Reisemarkt. Denn sie ist überzeugt, dass in einer Querschnittsbranche mit einer Vielzahl an Akteuren und einer vielfältigen Tourismuslandschaft wie Bayern eine starke Vernetzung sowie ein gegenseitiges voneinander lernen, für den Erfolg unerlässlich sind. Deshalb sorgt die BayTM für den Austausch, den Dialog und den Zusammenschluss der unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteure in der Branche, sowohl im In- als auch im Ausland. Denn ein dicht geknüpftes, solides und verlässliches Netzwerk ist die wichtigste Voraussetzung für eine dynamische Weiterentwicklung der Destination Bayern.

Gleiches Wissen für Alle

Das Wissensmanagement ist eine der zentralen Aufgaben moderner Destinationsorganisationen. Der seit einigen Jahren stattfindende Wandel in den touristischen Aufgaben führt zu immer umfangreicheren Themen, die ein gewisses Grundlagenwissen voraussetzen. Die BayTM hat sich zum Ziel gesetzt, die Destinationen und Kommunen dabei zu unterstützen und gibt ihnen daher Hilfsmittel an die Hand, mit denen sie sich auf den Weg machen und in bestimmten Themenfeldern besser aufstellen können.

Wandel gestalten

Damit der Tourismus in Bayern auch in Zukunft weiter so erfolgreich ist, unterstützt die BayTM die touristischen Akteure im Freistaat auch bei der Destinationsentwicklung. Sie setzt Impulse, koordiniert neue Themen und stellt ihnen strategische Werkzeuge insbesondere in den Bereichen Nachhaltigkeit und Digitalisierung zur Verfügung, um die Branche bei der Umsetzung ihrer neuen Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus engagiert sich die BayTM intensiv für die Verbesserung des Images der bayerischen Tourismusbranche für mehr Tourismusakzeptanz. ■



Die BayTM schafft Plattformen für den Austausch, den Dialog und die Vernetzung der unterschiedlichsten Akteure in der Tourismusbranche.

Eine Zukunft für alle

Nachhaltige Destinationsentwicklung ist ein Kernthema für die BayTM. Die Idee dahinter: ein Tourismus, der als Lebensraumgestalter wirkt und Gäste und Einheimische gleichermaßen im Blick hat.

Das einzigartige Naturerlebnis, die bayerische Kultur und Tradition, die vielfältige Kulinarik und vor allem das typische bayerische Lebensgefühl sind die Grundlage für das Image und den touristischen Erfolg Bayerns. Sie sind die wichtigsten Gründe, warum jährlich Millionen von Menschen in den Freistaat reisen. Und diese Reisenden tragen in enormem Maß zum wirtschaftlichen Erfolg Bayerns bei. Wenn der Tourismus in Bayern auch in Zukunft erfolgreich sein will, dann geht das nur durch die Bewahrung der Heimat und damit seiner Existenzgrundlage: mit guter regionaler Wertschöpfung, stabilen gesellschaftlichen Strukturen und ressourcenschonendem Umgang mit der Natur.

Mit einer Vielzahl von touristischen Akteuren hat sich die BayTM daher auf den Weg gemacht und eine gemeinsame Vision für eine nachhaltige Destination Bayern geschaffen. Diese Vision bedeutet nicht „irgendwas mit Umweltschutz“, denn diese weitverbreitete Definition von Nachhaltigkeit greift viel zu kurz. Sie betrachtet ökologische, wirtschaft-



Das Handbuch zum Download:
tourismus.bayern/handbuch-nachhaltige-destinationsentwicklung



Zahlreiche Kommunen und touristische Organisationen haben mit einem Workshop der BayTM bereits ihre individuelle Strategie zur nachhaltigen Entwicklung ihrer Destination erarbeitet.





© Copyright: Gert Krautbauer

Nachhaltigkeit im Tourismus heißt, eine Balance zu schaffen zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialen und ökologischen Werten

liche und soziale Fragestellungen – und diese nicht isoliert voneinander, sondern gemeinsam und in ihrem Zusammenwirken. Schon lange kann der Tourismus nicht mehr als abgeschlossener Sektor begriffen werden. Als äußerst bedeutender Wirtschaftsfaktor muss er vielmehr als glaubwürdiger Lebensraumgestalter gesehen werden. Als Querschnittsbranche, die eine große Vielzahl von wirtschaftlichen Teilbereichen umfasst und die Verantwortung für das Allgemeinwohl trägt. Sprich, für eine hohe Lebensqualität von Gästen und Einheimischen gleichermaßen.

Die Matrix für nachhaltige Destinationsentwicklung

Darüber hinaus wurde ein gemeinsames Werkzeug erarbeitet, das den touristischen Akteurinnen und Akteuren im Freistaat konkrete Impulse gibt, wie sich Nachhaltigkeit in der eigenen Region fest verankern lässt – basierend auf den drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales sowie unter Berücksichtigung der von den Vereinten Nationen ausgegebenen „17 Ziele für nachhaltige Entwicklung“ (der sogenannten SDGs). Entstanden ist die Matrix für nachhaltige Destinationsentwicklung, angelehnt an einen Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie. Sie definiert 20 Aufgabenfelder mit zentralen Fragen und ausgewählten Beispielen, die als Inspiration für Projekte von DMOs sowie Touristikerinnen und Touristikern dienen sollen – weit über eine reine Produktentwicklung mit Ökolabel hinaus. Denn nachhaltiges Handeln ist seit jeher tief in der bayerischen Lebensart verwurzelt: Die traditionellen Formen des

Wirtschaftens in und mit der Natur, die Wertschätzung für die regionalen Erzeugenden und die hochwertige Arbeit bayerischer Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen, der lebendige Erhalt der reichhaltigen Kulturschätze und der saisonale, regionale Konsum – all das gibt es bereits. Aber auch das engagierte Miteinander in den Regionen, die Maßnahmen zum Erhalt von Natur- und Kulturlandschaft und der Biodiversität, das Engagement für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft und die Arbeit an einer immer besseren Lebensqualität für Bevölkerung und Gäste – auch das hat in Bayern längst Tradition. Nun kann es die Basis zu einer nachhaltigen Entwicklung des Tourismus sein.

Nachhaltigkeit muss zur Haltung werden

Die nachhaltige Organisation des Tourismus ist eine hochkomplexe Aufgabe, die sämtliche wirtschaftlichen, administrativen und gesellschaftlichen Aktivitäten rund ums Reisen betrifft. Doch zuallererst ist nachhaltiger Tourismus eine Frage der Haltung. Diese Haltung zu fördern und die Botschaft in die Destinationen zu tragen, dass Gäste und Einheimische im Einklang leben sollen – das ist die Mission der BayTM. Die BayTM versteht sich dabei als Inspirator und Wissensvermittler, aber auch als Koordinator. Sie bietet eine Vielzahl an Informationen zum Thema und ein eigenes Netzwerk für den Fach- und Erfahrungsaustausch zwischen den unterschiedlichen Akteuren an. Zudem können Destinationen und Kommunen Sensibilisierungsvorträge oder Workshops, die bei der Erarbeitung einer eigenen Strategie unterstützen, buchen. Erschienen ist auch ein Handbuch zur nachhaltigen Destinationsentwicklung in Bayern, das den Einstieg in die Matrix erleichtert und zudem viele praktische Tipps zur Arbeit mit ihr in der eigenen Organisation enthält. ■

Nachhaltige Destinationsentwicklung – das bringt's:

- Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Tourismus durch Erhalt der Natur und Stärkung des sozialen Miteinanders
- Zukunftsfähige Gestaltung und Positionierung des Tourismus
- Erhöhung der Tourismusakzeptanz und Zufriedenheit der Einheimischen
- Förderung lokaler Wertschöpfungsketten
- Sicherung von Arbeitsplätzen

Nähere Informationen zur nachhaltigen Destinationsentwicklung gibt's unter tourismus.bayern/matrix



Digital erfolgreich

Die digitale Zukunft des Tourismus in Bayern aktiv zu gestalten und zu fördern, ist eine der vier großen Kernaufgaben der BayTM. Die Destination Bayern soll noch digitaler und effizienter werden, um Gästen wie Einheimischen jederzeit und überall die bestmöglichen touristischen Informationen zur Verfügung zu stellen – denn das ist es, was Reisende immer häufiger als selbstverständlich erwarten – damit ihr Reiseerlebnis noch besser wird.

Mit der BayernCloud Tourismus (BCT) stellt die BayTM sämtlichen Akteuren eine zentrale Dateninfrastruktur für all ihre touristisch relevanten Informationen (von Points of Interest über Events, Wanderrouten und Öffnungszeiten bis hin zu Wetter- und Verkehrsdaten) zur Verfügung. Um eine breite Nutzung der Daten zu ermöglichen, sorgt die BCT für eine durchgängige und einheitliche Qualität sowie ein maschinenlesbares Format der Daten. Dadurch können diese unkompliziert in verschiedenen Anwendungen und Plattformen ausgespielt werden. Jede Änderung in der BCT wird anschließend auch in allen Ausspielungskanälen sichtbar. Dieser freie Datenfluss ist eine Grundvoraussetzung für mehr Effizienz, mehr Gästezufriedenheit, mehr Nachhaltigkeit und erfolgreicher Marketing im bayerischen Tourismus. Ein wichtiger Teil der Strategie ist zudem die Bereitstellung von Inhalten mit Open Data-Lizenzen, da diese erhebliche Synergien bei der gemeinsamen Datennutzung schaffen und somit die Reichweite der touristischen Daten erhöhen.

Die BayernCloud Tourismus ist ein Gemeinschaftsprojekt aller touristischen Akteure im Freistaat. Die lokalen Leis-

tungsträger, Kommunen und Touristinfos übernehmen die Pflege der touristischen Daten. Die übergeordnete Tourismusorganisation koordiniert optimalerweise die organisatorische und vertragliche Abwicklung der Anbindung an die BCT. Die Betreuung und Weiterentwicklung sowie die Koordination der verschiedenen Ausspielungskanäle sowie die Zusammenarbeit mit weiteren Datenplattformen übernimmt die BayTM. Gemeinsam tragen alle Akteure dazu bei, die BayernCloud Tourismus flächendeckend mit qualitativ hochwertigen Daten zu füllen und so die Grundlage für eine effiziente Gästeinformation und damit ein verbessertes Reiseerlebnis zu schaffen.

Beispiele für die Verwendung der BCT-Daten

Das Wintersportmodul

Die BayernCloud Tourismus wurde Anfang 2024 um ein Wintersportmodul erweitert, das Echtzeitdaten zu Schneehöhen, geöffneten Liften oder gespurten Loipen aus ganz Bayern via Schnittstellen in der BCT aggregiert. Damit schafft die BayTM eine standardisierte, qualitativ hochwertige Datenbasis und vereinfacht die Bereitstellung und Nutzung der entsprechenden Daten. Denn die gesammelten Daten können gebündelt an die verschiedenen Wintersportportale verteilt werden und stellen so eine einheitliche Qualität der Live-Informationen auf allen Portalen sicher. Akteure vor Ort pflegen ihre Daten künftig nur noch einmal in ihrem Managementsystem und sind trotzdem überall präsent. Über Widgets, interaktive Anwendungselemente, können die Daten kostenfrei auf den Websites von Destinationen und Kommunen eingebunden werden, was die Präsenz der Akteure vor Ort stärkt.

Das Karten-Widget

Mit dem Karten-Widget können interaktive Karten in eine Website eingebunden werden, die eine Vielzahl von touristischen Elementen aus der BayernCloud Tourismus anzeigen – ohne sich um die Aktualisierung dieser Daten kümmern zu müssen. Denn diese aktualisieren sich automatisch mit den aktuellen Informationen aus der BCT. Das Karten-Widget ermöglicht

- eine visuelle Übersicht über Sehenswürdigkeiten, Attraktionen oder Aktivitäten einer Region,
- die individuelle Auswahl der Datenkategorien (z.B. Attraktionen, Einkauf & Dienstleistungen, Essen & Trinken, Mobilität & Infrastruktur, Naturerlebnisse sowie Touren und Veranstaltungen) und

BayernCloud Tourismus – das bringt's:

- Kostenfreie Nutzung der BCT-Infrastruktur für Datenliefernde bzw. -bereitstellende
- Automatisierte Ausspielung und Aktualisierung der Daten auf verschiedenen Ausgabekanälen wie Online-Plattformen, Infoterminals, Apps, ...
- Offene Verfügbarkeit der Daten führt zu höherer Reichweite und Sichtbarkeit des eigenen Betriebs und/oder der Urlaubsregion
- Minimierter Pflegeaufwand durch Prinzip „einmal pflegen – überall ausspielen“
- Verwendung aller vorhandenen Daten für eigene Ausspielungen
- Rechtssicherheit bei Weiterverwendung von Daten, wie z. B. Bildern (Creative-Commons-Lizenzierung)
- Datenbasis zur Schaffung von neuen innovativen Lösungen für Gäste, z. B. digitale Gästekarte

Scannen Sie den QR-Code und sehen Sie „Die BayernCloud Tourismus kurz erklärt“:
<https://youtu.be/vFRIngfwDic>



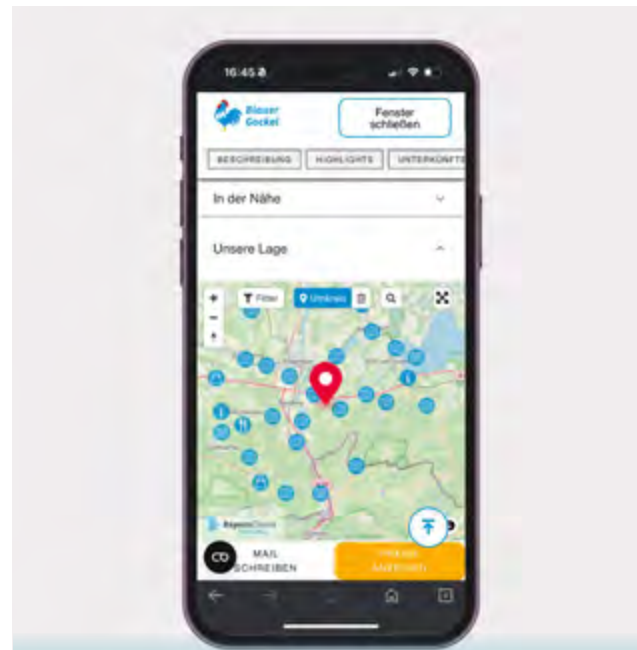
- flexible Filtermöglichkeiten, um die Informationen gezielt an die Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe anzupassen (z.B. Filter nach Tourismusregionen oder Orten, sowie eine Umkreissuche um den gewünschten Standort).

Jetzt dabei sein!

Sie möchten die vorhandenen Daten der BayernCloud Tourismus nutzen oder Ihre Inhalte an die BCT anschließen? Die BayTM unterstützt Sie mit

- Anleitungen zur Verwendung der verschiedenen Widgets,
- einem Leitfaden zu Datenmanagement und Open Data,
- einem kostenlosen Digitalisierungsscheck,
- Sensibilisierungsvorträgen und
- Schulungen. ■

Setzen Sie sich mit uns in Verbindung! Kontaktdaten sowie weitere Informationen finden Sie unter bayerncloud.digital.



Mit dem Karten-Widget kann eine Vielzahl touristischer Elemente aus der BayernCloud Tourismus auf der eigenen Website angezeigt werden.

Gut zu wissen: Richtlinien zur Förderung von öffentlichen touristischen Infrastruktureinrichtungen (RÖFE)

Eine wichtige Fördermaßnahme des Freistaats Bayern für Kommunen im Bereich Tourismus betrifft die Förderung öffentlicher touristischer Infrastruktureinrichtungen.

Attraktivität steigern und Qualität verbessern

Die Förderung soll zum Wohle der Gemeinschaft als Ganzes der Attraktivitätssteigerung und Qualitätsverbesserung der Tourismusinfrastruktur beitragen.

Wer kann gefördert werden?

Zuwendungsempfänger sind kommunale Körperschaften sowie ausschließlich kommunal getragene Organisationen (z.B. ILE, Zweckverbände). Das können auch privatrechtliche Unternehmen sein, an der die Kommune oder mehrere Kommunen 100 % der Anteile halten.

Was kann gefördert werden?

Gefördert werden öffentliche Einrichtungen des Tourismus im Sinne von Basiseinrichtungen der touristischen Infrastruktur, die von unmittelbarer Bedeutung für die Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Entwicklung von Tourismusgebieten sind und überwiegend dem regionalen Tourismus dienen. Das Vorhaben muss sich grundsätzlich in ein touristisches Entwicklungskonzept einpassen.

Es ist zwischen nicht einnahmeschaffenden (d. h. beihilfefreien) Maßnahmen wie etwa Kurparks, Kurwegen oder unentgeltlichen Tourismusämtern und -informationszentren und einnahmeschaffenden Maßnahmen wie beispielsweise Veranstaltungszentren, Kurhäuser oder Thermalbädern zu differenzieren.

Darüber hinaus sind auch Loipenspur- und Wegepflegegeräte förderfähig. Ebenfalls förderfähig sind Maßnahmen zur Besucherstromlenkung.

Wie hoch ist die Förderung?

Der Ausgangsfördersatz für Fördervorhaben liegt bei 35 Prozent. Unter Berücksichtigung der Lage des Investitionsortes in einem besonders strukturschwachen Gebiet, der finanziellen Leistungsfähigkeit des Maßnahmenträgers sowie weiterer Faktoren kann ein höherer Fördersatz gewährt werden. Was sind die wesentlichen Fördervoraussetzungen? Es werden nur Vorhaben gefördert, für die ein touristischer Bedarf vorliegt und die überwiegend touristisch genutzt werden.

Mindestinvestitionssumme

Die Mindestinvestitionssumme in diesem Programm beträgt 100.000 Euro, bei Loipenspur- und Wegepflegegeräten 50.000 Euro. Eigenständige Vorhaben zur Herstellung der Barrierefreiheit können bereits ab zuwendungsfähigen Ausgaben von 10.000 Euro gefördert werden.

Wo finde ich nähere Informationen?

Nähere Informationen zum RÖFE-Programm, insbesondere zur Förderrichtlinie, zur Antragsstellung und zu den Antragsformularen finden Sie auf der Website des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus unter:

www.stmelf.bayern.de/foerderung/foerderung-touristischer/index.html

Die Services der BayTM auf einen Blick

Der BayTM Hub

Im BayTM-Hub – dem Informationsportal für die bayerische Tourismuswirtschaft – finden Verantwortliche aus Destinationen und Kommunen jede Menge Wissen und Wissenswertes rund um den Tourismus im Freistaat: laufende Kampagnen, interessante Artikel aus Tourismus und Marketing, aktuelle und grundlegende Daten für ihre (Marketing-) Arbeit, Netzwerkmöglichkeiten und vieles mehr.

tourismus.bayern

Netzwerke und Veranstaltungen

Die BayTM schafft vielfältige Möglichkeiten für einen Austausch mit (neuen) Branchenkolleginnen und -kollegen sowie der BayTM. Die Netzwerke der Landestourismusorganisation sind die optimale Plattform für alle, die im oder für den Tourismus arbeiten, um sich übergreifendes Fachwissen anzueignen und Erfahrungen auszutauschen. Alle Events und Veranstaltungen gibt es unter:

tourismus.bayern/veranstaltungen

Tourismus Know-how

In unserem BayTM Magazin, in zahlreichen Artikeln auf dem BayTM Hub sowie den digitalen Knowledge-Breaks gibt es interessante Impulse, aktuelles Fachwissen und spannende Trends aus der Tourismusbranche, die die eigene Arbeit unterstützen.

Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen des Endkunden-Marketings

Destinationen und Kommunen, die ihre Produkte und Angebote über die BayTM vermarkten, profitieren von der Bekanntheit und Stärke der Marke Bayern. Mit mehr als 180.000 Websitebesuchen pro Monat, über 66 Mio. Impressionen auf Social Media und 520.000 Magazin-Exemplaren pro Jahr erreicht die BayTM eine Vielzahl potenzieller Gäste. Durch ihr gewachsenes Netzwerk an erfahrenen Autoren und Fotografen ist die BayTM in der Lage, hochwertigen Content zu den Urlaubsthemen ihrer Partnerinnen und Partner zu konzipieren und zu produzieren. So erreichen auch sie ihre Ziele und Zielgruppen ohne große Streuverluste.

tourismus.bayern/b2c-beteiligungsmoeglichkeiten

BayernCloud Tourismus

Offene Daten sind entscheidend für eine optimale Verfügbarkeit von Informationen aller Art, ob für Gäste oder Einheimische. Mit der BayernCloud Tourismus (BCT) stellt die BayTM die passende digitale Infrastruktur dafür zur Verfügung. Mit der BCT müssen Daten nur einmal eingepflegt und können dann überall ausgespielt werden – für mehr Reichweite und Sichtbarkeit. Ein Leitfaden und ein kostenfreier Digitalisierungsscheck unterstützen Destinationen und Kommunen bei einer effizienten Datenimplementierung und -aufbereitung. Alle weiteren Infos zur digitalen Destinationsentwicklung in Bayern unter bayerncloud.digital.

Zahlen und Fakten

Die BayTM stellt Destinationen und Kommunen grundlegende Daten rund um den bayerischen Tourismus zur Verfügung: Aktuelle Studienergebnisse, interaktive Statistiken und SVG-Grafiken zum Download. Damit können diese bestmögliche Marketingentscheidungen für ihre Arbeit treffen und sind bestens über die aktuellen Entwicklungen in der Tourismusbranche informiert.

tourismus.bayern/statistiken-und-studien

Fachwissen

Die BayTM teilt ihr Wissen für Märkte, Trends und Entwicklungen in verschiedenen Vorträgen und Workshops, die von Destinationen und Kommunen schnell und einfach gebucht werden können:

tourismus.bayern/b2b-beteiligungsmoeglichkeiten

Bildarchiv

Destinationen und Kommunen, die auf der Suche nach ansprechendem und inspirierendem Bildmaterial sind, werden unter bilder.bayern fündig. Die BayTM stellt dort eine umfangreiche und hochwertige Sammlung zur kostenfreien Nutzung zur Verfügung. Bewegtbildmaterial erhalten Interessierte auf Anfrage unter partner@bayern.info. ■

Sie möchten mehr über die Arbeit der BayTM und Möglichkeiten der Zusammenarbeit erfahren?

Dann vereinbaren Sie gerne einen Termin:

partner@bayern.info

Tel.: 089 212397-88

Hier geht's zur Anmeldung für den B2B-Newsletter der BayTM:

tourismus.bayern/newsletter



Besuchen Sie das Wissensportal für Deutschlands Tourismusland Nr. 1: tourismus.bayern

Sonderdruck der Bayerischen Gemeindezeitung

Bilder: Bayern Tourismus Marketing GmbH, StMELF

Gestaltung: Britta Eriskat

Verantwortlich: Constanze von Hassel (verantwortlich)

Redaktion: Sylvia Freund

Druck: Creo-Druck, Bamberg

Verlag: Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22

info@gemeindezeitung.de, www.gemeindezeitung.de